

Titelbild Thomas Schulz, Westhafen, Berlin 1988

Möge die Macht mit Dir sein

Ein Essay über das fragile Konstrukt Demokratie

Von Birgit Daiber

Berlin/Ginostra 2026

Inhalt

1. Kontext
2. Der Realitätscheck
3. Politische Macht und die handelnden Personen: Thomas de Maizière, Yanis Varoufakis, Angela Merkel
4. Was können uns die Protagonisten über Regierungsmacht sagen?
5. Ein Zwischenruf: Alexander Kluge und Politik als das Bohren harter Bretter
6. Zivilisation und Demokratie
7. Theorien politischer Macht – ein Versuch zu Jürgen Habermas und Hannah Arendt
8. Hannah Arendt, die Einzige
9. Les Siècles des Lumieres?
10. Anmerkungen von Norbert Elias zum Scheitern der ersten deutschen Demokratie
11. Das Eigengewicht des Gesamtprozesses und Demokratie
12. Ein kurzer Ausflug zur Europäischen Union
13. Über die Bedeutung von Wahlen
14. Anmerkungen zu Bürger- und Menschenrechten
15. Die autoritäre Regression: Donald J. Trump und die anderen
16. „Die dunkle Aufklärung“. Über das Projekt der Tech-Bros zur Abschaffung von Demokratie
17. Literaturverzeichnis

Macht bedarf keiner Rechtfertigung, da sie allen menschlichen Gemeinschaften immer schon inhärent ist. Hingegen bedarf sie der Legitimität.

Hannah Arendt

1. Kontext

Was ist das eigentlich, Demokratie? Warum gibt es nur noch eine Minderheit von Ländern in der Welt (sagt „The Economist"), die dieses politische System mehr oder weniger pflegen? Wie kann es sein, dass die Bürgerinnen und Bürger in den USA einen alle demokratischen Regeln missachtenden, die Welt mit Chaos überziehenden und sich selbst bereichernden Präsidenten wählen? – Dann aber nach zwei Jahren eine fulminante Kehrtwende machen und ihr Parlament mit neuer demokratischer Macht gegen diesen Präsidenten ausstatten? Wohingegen in Europa weiterhin immer mehr Menschen populistische und offensichtlich undemokratische Parteien wählen? Ist Demokratie ein Auslaufmodell? Oder können wir uns gar nicht vorstellen, dass dieses etwas langweilige Verfahren einmal weg sein könnte? Demokratie ist der Versuch, politische Macht zu begrenzen und transparent zu machen, also ein institutionelles System und ein Rechtssystem, in dem alle Bürgerinnen und Bürger in geheimen und freien Wahlen über die politische Macht mitentscheiden und das alle gleichbehandelt. Zugleich aber ist Demokratie ein Wertesystem, das sich aus den Menschenrechten entwickelt hat und das im Inneren der Gesellschaften wirkt. Wenn diese beiden Dimensionen von Demokratie nicht gleichzeitig real sind, läuft etwas schief.
Demokratie war das große Versprechen der Aufklärung. Wir fragen uns heute, wie konnte es geschehen, dass so etwas Geniales wie der Ruf nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit im 18. Jahrhunderts die Welt

ergreifen konnte? Die Erklärung der Menschenrechte war ein Quantensprung in der Entwicklung der Zivilisation.

Friedrich Schiller schrieb seine Ode an die Freude 1785, die heute die Hymne der Europäischen Union ist, kurz vor dem Sturm der französischen Revolution. Ja, da wurde sogar die Vernunft zur Göttin erhoben. Vernunft, das war in der Epoche des Aufbruchs die Verbindung von Naturerkenntnis, also Wissenschaft, Naturliebe und Aufklärung. Das Ethos der Befreiung des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit, die Menschheitsliebe, waren allumfassend. Am Ende des 18. Jahrhundert sang Europa die Marseillaise, in Deutschland auch die Ode an die Freude.

Demokratie greift nicht unmittelbar ins ökonomische Geschehen ein. Immanuel Kant sagte sogar, Demokratie sei eine Angelegenheit der öffentlichen Angelegenheiten – nicht aber der privaten.

Dann aber überrannte die Gewalt der ökonomischen Revolution alle Konventionen – jenseits der feinsinnigen Gedanken. Der Kapitalismus brach sich Bahn und es dauerte bis heute und in die Zukunft, dieses System zu sozialisieren und so die Brücke zu bauen zwischen Demokratie, der Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit bzw. Schwesterlichkeit und einem sozial verträglichen Kapitalismus. Hinzu kommt heute die Ökologisierung – was in einem auf Expansion konzentrierten ökonomischen System nicht gerade leichtfällt. Dabei ist Kapitalismus gar nicht auf Demokratie angewiesen. Staatskapitalismus in China und viele andere autoritäre Varianten auf der Erde funktionieren ebenfalls.

Das Ethos der Aufklärung zerbrach an der sich durchsetzenden Maschinenvernunft. Das kritisierten bereits Th.W. Adorno und M. Horkheimer. Mit der drohenden Zerstörung der Erde konnte dieses Ethos aber wieder wachsen, denn vielen wurde bewusst, dass Natur nicht ein Produktionsmittel für gute Verdienste, sondern etwas ist, wovon wir Menschen abhängig sind. Und die Naturwissenschaften und die

Technikentwicklung waren wieder von aufklärerischem Wert, weil sie uns nicht nur das Wissen über die Umweltzerstörung an die Hand geben, sondern auch die Möglichkeit, Lösungen zu finden.
Eine neue Phase der Aufklärung? Da kommt aber nicht echt Freude auf, groß sind die Beharrungskräfte des klassischen Kapitalismus und heftig sind die Angriffe der neuen autoritären Herrscher, die noch schnell alles ausbeuten wollen, was ihnen in den Weg kommt. Und da erscheint auch schon eine neue Dimension der technischen Revolution auf der Bühne: künstliche Intelligenz, die mit ihren Möglichkeiten die industrielle Revolution ablösen will, eine gigantische neue Dimension der Energievernutzung ankündigt und deren Protagonisten die klassischen liberalen Demokratien für altes, unbrauchbares Zeug halten. Die neue Welt der digitalen Kommunikation gibt eine Geschwindigkeit vor, die dazu verführt, die auf das menschliche Maß konzentrierten Kommunikationsprozesse als blödes Zeug abzutun angesichts der Konzentration von gesellschaftlicher und politischer Macht, die die Digitalisierung ermöglicht.
Es ist also an der Zeit, sich mit unserem politischen System genauer zu befassen. Das große Erbe der Aufklärung, die Systeme der politischen Demokratien, sind in Gefahr. Die Hoffnung, der selbstdenkende Mensch werde der Vernunft folgen, scheint vor der Verführungskraft autokratischer Rechtspopulisten und der Herrschaft der KI immer fadenscheiniger zu werden.

Es gibt erhebliche Unterschiede in den liberalen Demokratien auf der Welt. Das fängt bei den Wahlsystemen an: ob es sich um Mehrheitswahlsysteme handelt oder um Verhältniswahlsysteme oder um eine Mischform, ob der Präsident eines Landes eher repräsentative Aufgaben hat oder ob er volle Regierungsmacht hat, sogar mit der Möglichkeit, durch Dekrete am Parlament vorbei zu regieren, ob das Parlament ein Zweikammern-System

ist, in dem beide Kammern legislative Entscheidungsmacht haben… Alle Demokratien zeichnen sich aber dadurch aus, dass es eine zeitliche Begrenzung der Macht gibt, dass es Mehrparteien-Systeme gibt, dass Transparenz der politischen Entscheidungen hergestellt ist, dass es eine Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative gibt, dass die Justiz unabhängig ist, dass Gesetze für alle gelten, dass es unabhängige Medien gibt und dass freie, geheime Wahlen stattfinden.

Der Demokratie-Index 2025 von „The Economist“[1], der für 167 Länder erstellt wurde, umfasst 26 volle Demokratien, 48 fehlerhafte Demokratien, 61 autoritäre Regime und 32 hybride Systeme weltweit. Die vier Kategorien umfassen die folgenden Kriterien: Volle Demokratien fördern die Bürgerrechte und die politischen Freiheiten. Fehlerhafte Demokratien garantieren freie Wahlen und Grundrechte, aber mit Einschränkungen. Hybride Systeme sind solche, in denen Wahlfälschungen normal sind, zumeist keine unabhängige Justiz existiert und Korruption verbreitet ist. (Die Ukraine wird übrigens als hybrides System eingestuft.) Autoritäre Systeme sind solche, in denen es keinen Pluralismus gibt, Diktatoren oder absolute Monarchien herrschen, es keine freien Wahlen gibt, die Medien kontrolliert werden, keine unabhängige Justiz existiert und die Unterdrückung von Justiz an der Tagesordnung ist. Diese Kategorisierung zeigt, worauf es im Wesentlichen ankommt.

Der Demokratie-Index erfasst nicht das Anwachsen rechtspopulistischer und post-faschistischer politischer Kräfte insbesondere in Europa. Und auch die Vereinigten Staaten von Amerika werden bis jetzt nur als fehlerhafte Demokratie gewertet.

[1] The Economist, Democracy Index 2025, eiu.com

Demokratien werden nicht von außen zerstört, der Prozess der Zerstörung geschieht im Inneren. Adolf Hitler wurde gewählt, Donald Trump wurde gewählt, auch Wladimir Putin und alle anderen lassen sich immer wieder wählen. Autokraten und Diktatoren kommen heute kaum noch durch einen Putsch an die Macht, sie bedienen sich demokratischer Verfahren – und nicht ohne Grund sind dann Parlamente gerne ihre Angriffsziele: so geschehen beispielsweise beim Sturm auf das Capitol durch die Anhänger von Donald Trump nach seiner verlorenen Wahl im Januar 2021. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist auch die erklärte Absicht der deutschen AfD, als erstes das Europäische Parlament abschaffen zu wollen, bevor es der Europäischen Union insgesamt an den Kragen gehen soll.

Schauen wir hilflos zu, wie die Welt der Aufklärung und der politischen Demokratien beschädigt wird?

Es ist nicht Korruption, auch nicht die Missachtung des Rechts auf freie und geheime Wahlen, was klassische institutionelle Demokratien ins Wanken bringt. Dieses sind Kennzeichen von Autokratien und Diktaturen. Dennoch beschädigt schon der Anschein, dass institutionelle Politik ein „closed shop“ sein könnte, die Akzeptanz von Politik in Demokratien. Wenn es den Anschein hat, dass sich die Akteure bekämpfen und gleichzeitig gegenseitig mit Macht versorgen, wenn Politik immer wieder die mächtigsten Interessen bedient und soziale Gerechtigkeit nur ein leeres Wort ist, dann wenden sich die Bürgerinnen und Bürger mit Grausen. Und wenn dann manche der Akteure zu dem greifen, was im Englischen „the economical use of truth“ genannt wird, wenn sie also das zwingende Gebot der politischen Tatsachenwahrheit missachten, Fakten verdrehen und ihren Wunschvorstellungen folgen, oder aber zur Diskreditierung ihrer politischen Gegner einfach unwahre Behauptungen in die Welt posaunen (das Spiel mit der Lüge beginnt nicht erst da, wo das gesamte System attackiert wird), dann

verliert Demokratie ihre Kredibilität. Demokraten müssen sich an ihre Regeln halten. Dies alles gilt für Rechts- und Linkspopulisten nicht. Sie verkünden munter Lügen und malen eine heile Welt fürs Publikum jenseits der Realität.

Das Einfallstor für den Rechtspopulismus sind gesellschaftliche Krisen und die Überforderung der Bürgerinnen und Bürger, damit zu leben. „Der Populismus braucht die Krise, um gedeihen zu können, während die gestaltende Politik die Krise lösen muss. Das ist immer der längere Weg" sagte Robert Habeck so schön im Interview mit der Süddeutschen Zeitung (SZ, 30.6.23). Der Niedergang der Industrie und die tendenzielle Entmachtung des weißen Mannes in den USA, die fehlende Integration der aus Nordafrika stammenden Bevölkerung in Frankreich, die europäische Finanzkrise und die Nachwehen des Verlustes der DM in Deutschland, die Überforderung einiger der gerade dem kommunistischen Regime entkommenen Länder mit dem Anspruch der Europäischen Union – all diese Krisen standen am Beginn des Aufstiegs von Rechtspopulismus und Neo-Faschismus – und jedes Land hat seinen eigenen, spezifischen Kontext.

Rechtspopulistische Parteien stellen sich anti-elitär auf, behaupten, sich für die „kleinen Leute" einzusetzen gegen „die da oben", die Macht-Eliten. Gleichzeitig nähren sie den Traum vom starken Anführer und bauen neue identitäre Eliten auf. Die repräsentativ organisierten demokratischen Verfahren gehen ihnen zu langsam, sie nennen sie pauschal bürokratisch (und ja, in einer Autokratie mit einem starken Führer geht natürlich alles ganz schnell). Sie stemmen sich gegen die Europäisierung der Politik, wollen die Europäische Union auflösen oder nur eine Freihandelszone (ohne Freizügigkeit für die Bürgerinnen und Bürger). Die Klimakrise halten sie für normales Naturgeschehen und beklagen die Restriktionen für die Wirtschaft durch wie auch immer vorsichtige Anforderungen an Transformation. Sie pflegen einen nationalistischen Sound und sind gerne offen rassistisch.

Gleichzeitig bedienen sie sich an Versatzstücken linker Kapitalismus-Kritik. In Deutschland ließen sie sich sogar von extrem nach rechts schwankenden ehemaligen Aktivisten der Linken in kreative antiautoritäre Aktionsformen einweisen. Das alles ist in Europa politische Banalität geworden.

Sehr viel weiter sind die USA. Mit Donald Trump räumen sie die traditionellen demokratischen Verfahren ab, setzen das Parlament praktisch außer Kraft, verweigern relevanten Minderheiten die Bürgerrechte, verfolgen Flüchtlinge und stürzen durch mutwillige Kriege die Welt ins Chaos. In ihrem Habitus erinnern Donald Trump und seine Freunde an eine moderne Spielart der Königsdramen von Shakespeare. Die Tech-Bros schieben hinterher, was sie als „Dark Enlightment" realisiert wissen wollen, von Peter Thiel über Alexander Karp bis Curtis Yarvin philosophisch untermalt, radikal individualistisch, ein System in dem nur ökonomische Gewinner Platz haben und alle anderen als Loser ignoriert werden können. Sie setzen außerdem auf eine starke christliche Orientierung, wobei sie die Bergpredigt und das Gebot der Nächstenliebe außer Acht lassen und ihre eigenen Unterordnungsriten im Sinn haben. Die liberale Demokratie finden sie völlig veraltet, zu langsam und zu aufwendig. Sie wünschen sich eine Machtstruktur aus einem Guss, ein Land solle von einer starken Persönlichkeit wie ein Unternehmen geführt werden … Keine Frage, die EU finden sie zum Kotzen, denn hier gibt es Regeln für sie. Aber sie haben die Informations- und Kommunikationsmacht in bisher unvorstellbarem Maß. Donald Trump, der ganz sicher nicht ihren intellektuellen Ansprüchen genügt, ist für sie der nützliche Idiot, der die amerikanische Demokratie schleift, der Türöffner für ihre schöne neue Welt.

Beachtung im internationalen Kontext verdient aber auch die islamische Republik Iran, die eine unfassbar differenzierte und grausame und fast perfekte theokratische Gewaltherrschaft gegen das eigene Volk aufgebaut hat. Sie dürfte für so manchen Diktator als Vorbild dienen.

Ob wir uns mit unseren kleinen Hirnen und unserer kleinen Vernunft dagegen behaupten können? Stellen wir auf den Prüfstand, was wir dagegen zu setzen haben.

2. Der Realitätscheck: wie sieht es aus im politischen Betrieb, wenn wir auf die Realisierung unserer gemeinsamen Werte blicken?

Die Realität politischer Machtverhältnisse ist durch institutionelle Strukturen, festgelegte Regeln, Hierarchien, und durch die Beziehungen der handelnden Personen geprägt. Neben den formellen Regeln sind die informellen Regeln von Bedeutung. Nur manchmal, wenn es zu Betriebsunfällen kommt, werden letztere öffentlich sichtbar.

Die Kunst für die unsichtbaren Akteure im Hintergrund, also der Funktionäre, besteht darin, sich den Wendungen der Politik ihrer jeweiligen politischen Gruppierung anpassen zu können, aber gleichzeitig auf unaufgeregte Art und Weise Strippenzieher im Machtpoker zu sein. Sie haben einen längeren Atem als die Abgeordneten (wenn ihre Partei bei einer Wahl nicht gerade völlig abstürzt), sind zumeist auch fachlich viel besser als jene und schließlich sind sie auch mit dem praktischen Regelwerk des parlamentarischen Betriebs viel besser vertraut. Die Machtstrategien der Funktionäre sind allerdings nur so lange wirksam, solange sie unsichtbar sind. Das ist die Bedingung.

Alles andere führe ins Chaos, heißt es. Aber mit aufklärerischer Politik, mit der Achtung des guten Argumentes in der politischen Auseinandersetzung und gar mit der Realisierung großer Ideen hat das alles wenig zu tun.

Welche Rolle spielen politische Parteien? Auch wenn ein Prozess der Auflösung klassischer Parteien und der schnellen Neugründung in Gang gekommen ist, haben Parteien in den europäischen Ländern nicht nur die Funktion, Kandidaten für Wahlen zu nominieren und publikumswirksame

Slogans zu produzieren. Sie haben auch eine gesellschaftspolitische Funktion, indem sie mit ihrem jeweils spezifischen Profil zur Meinungsbildung beitragen.

Repräsentative Demokratien brauchen Parteien, die je nach Ausrichtung ihrer Programmatiken allgemeine gesellschaftliche Zielvorstellungen formulieren und in sich repräsentativ organisiert sind. Außerdem generieren die klassischen Parteien geschichtliche Erfahrungen. Diese Aspekte können soziale Bewegungen nicht bieten – auch wenn sie immer wieder notwendige politische Impulsgeber sind.

Viele junge Menschen wenden sich Parteien zu, weil sie deren allgemeine Zielsetzungen gut finden – dann aber erleben sie oft, dass diese im Nebel verschwinden. An ihre Stelle treten Interessenpolitik und Machtauseinandersetzungen – gebündelt in Strömungen, auch Flügel genannt (so, als sei der Körper der Partei eine fette Ente), die alle innerparteilichen Formationen, auch Arbeitsgemeinschaften, Ausschüsse usw. durchziehen. Der Zuordnung zu einer Strömung kann sich niemand entziehen – wer sich nicht selbst aktiv zuordnet wird zugeordnet – oder gründet eine neue.

Immer dann, wenn es um Wahlen zu innerparteilichen Ämtern geht, kommen dann auch individuelle Machtinteressen ins Spiel - und das beginnt nicht erst in den höheren Rängen, sondern bereits auf der kleinsten möglichen Ebene, in den Bezirksgliederungen. Heftiger noch kann der innerparteiliche Streit werden, wenn es um die Kür von Kandidaten für Mandate in Parlamenten geht. Die Praxis des individuellen Macht-Pokers lernen Politik-Zöglinge in den Parteien. Der Journalist Robin Alexander kommt angesichts der Kämpfe der Kandidaten für Spitzenmandate in der christdemokratischen politischen Familie 2021 zu einem resignierten Fazit: „In der Politik sind Fakten nur Munition in der Schlacht darum, welche Erzählung – welches „Narrativ“ – den

Sinn stiftet, der sich durchsetzt. Man kann ein Narrativ mit Fakten infrage stellen. Oder man erschüttert die Glaubwürdigkeit des Erzählers." (ALEXANDER, 2021, S. 33)

So erweist sich, dass die Regeln der Demokratie und der Vernunft im Alltag der Politik immer wieder durchsetzt sein können von nicht sehr zivilisierten Auseinandersetzungen. Ausgerechnet im Herzen der Demokratie werden die Regeln verletzt. Das ist fatal. Und auch die klügsten Köpfe haben keine Antwort darauf, wie man das ändern könnte.

Hinzu kommt aber, dass die Regeln selbst einer starren Ritualisierung unterworfen sind. Robert Habeck sagte im Admiralspalast[2], dass er die strikte Fraktionsbindung im Parlament, die komplizierten Abstimmungsregeln und andere dafür verantwortlich hält, dass Demokratie erstarrt und unlebendig wirkt. Dies ist ein Ansatz, der weitergedacht werden muss. Die parlamentarische Demokratie braucht eine Verjüngungskur und sie braucht Aufrichtigkeit, damit sie der Ort guter politischer Debatten, die zum Weiterdenken anregen, werden kann.

Hannah Arendt sagt, grundsätzlich handle es sich in der Politik um die Logik der Tatsachenwahrheit im Unterschied zur Vernunftwahrheit in der Philosophie – und wo Politik Tatsachenwahrheit missachte, bewege sie sich im Reich der Lüge – eine ziemlich klare Unterscheidung.

1972 schrieb sie einen frappierenden Text (als Kritik an den weltweiten Studentenprotesten, deren Gewaltverherrlichung sie scharf kritisierte). Darin analysiert sie das Verhältnis von Wahrheit und Lüge in der Politik, als hätte sie die Ära des Postfaktischen vorausgeahnt …

Die Unterscheidung zwischen der Vernunftwahrheit in der Philosophie und der Tatsachenwahrheit in der Politik ist ihr wichtig: „Wenn politische Macht sich an Vernunftwahrheiten vergreift, so übertritt sie gleichsam das ihr

[2] Robert Habeck im Spiegel-Talk: Wann kehren Sie zurück? www.spiegel.de

zugehörige Gebiet, während jeder Angriff auf Tatsachenwahrheiten innerhalb des politischen Bereichs selbst stattfindet. ... Tatsachen stehen immer in Gefahr, nicht nur auf Zeit, sondern möglicherweise für immer aus der Welt zu verschwinden. Fakten und Ereignisse sind unendlich gefährdeter als was immer der menschliche Geist entdecken oder ersinnen kann ...“ (Arendt, 1972, S.49). Die Beachtung der Tatsachenwahrheit ist konstitutiv für Demokratien, denn „Meinungsfreiheit ist eine Farce, wenn die Information über die Tatsachen nicht garantiert ist.“ (Arendt, 1972, S.58) Ohne Tatsachenwahrheit gerät Politik zur Lüge. Hinzu kommt eine trickreiche Form der politischen Lüge: „Die Trennungslinie zwischen Tatsachen und Meinungen zu verwischen, ist eine der Formen der Lüge, die wiederum insgesamt zu den Modi des Handelns gehören.“ (Arendt, 1972, S.73). Hier spricht sie auch davon, dass Tatsachen gerne „fortgelogen“ werden. Und das geht sehr einfach und ist eine große Verführung für politische Akteure, weil Menschen nun einmal dazu neigen, sich in ihrer eigenen Vorstellungs- und Interessenwelt zu bewegen. „Dass Menschen Tatsachen, die ihnen wohl bekannt sind, nicht zur Kenntnis nehmen, wenn sie ihrem Vorteil oder Gefallen widersprechen, ist ein so allgemeines Phänomen, dass man wohl auf den Gedanken kommen kann, dass es vielleicht im Wesen der menschlichen Angelegenheiten, der politischen wie der vorpolitischen, liegt, mit der Wahrheit auf dem Kriegsfuß zu stehen. Es ist, als seien Menschen gemeinhin außerstande, sich mit Dingen abzufinden, von denen man nicht mehr sagen kann, als dass sie sind, wie sie sind – in einer nackten, von keinem Argument und keiner Überzeugungskraft zu erschütternder Faktizität.“ (Arendt, 1972, S.56) Tatsachen sind der Gegenstand von Meinungen, die sehr verschieden sind, aber legitim, „solange sie die Integrität der Tatbestände, auf die sie sich beziehen, respektieren.“ (Arendt, 1972, S.58), Aber: „die Qualität einer Meinung wie auch eines Urteils (hängt) durchaus von dem Grad der ‚erweiterten Denkungsart’, der Unabhängigkeit von Interessen (ab)“. (Arendt,

1972, S.62) – also von dem, was man in der Politik als wohlverstandenes Allgemeininteresse versteht, oder einfacher ausgedrückt vom Gemeinsinn, dem Wertekontext von Demokratie.
Die Überlegungen von Hannah Arendt sind heute umso wichtiger, als mit der Herrschaft der sog. sozialen Medien die Chance, dass wir die Tatsachenwahrheit überhaupt noch erkennen und sie von allen Beteiligten überprüft werden kann, immer kleiner wird – zumal die großen Digital-Konzerne ziemlich viel Aufwand betreiben, um die Erkennbarkeit von Tatsachenwahrheit verschwinden zu lassen.

3. Politische Macht und die handelnden Personen

> *Hinter der Stirn, mit stärkster Aktivität, in der Mitte zwischen den Augen und dem Hinterkopf haust das ZOON POLITIKON, das politische Tier.*
> Alexander Kluge

Wie sehen Politiker selbst ihre Rolle? Wie begreifen Sie die Funktionsweise politischer Macht?
Neben den meistens flach gehaltenen und meistens auch von „Ghostwritern“ geschriebenen Erzählungen gibt es Selbstaussagen politischer Akteure, die tatsächlich Aufschluss geben über den realen Handlungszusammenhang politischer Macht.
Ich möchte dies an drei sehr unterschiedlichen Beispielen von Zeitgenossen aufzeigen: Thomas de Maizière, Yanis Varoufakis und Angela Merkel. Alle drei hatten miteinander zu tun: Thomas de Maizière war viele Jahre Minister in Merkels Kabinett und Yanis Varoufakis hat während der großen Finanzkrise als Finanzminister Griechenlands versucht, das Land in der

Euro-Zone zu halten, während sein Ministerpräsident, ohne ihn zu unterrichten, mit Angela Merkel verhandelte.

Thomas de Maizière steht in der Tradition preußischer Staatsdiener. Er ist das selten gewordene Beispiel eines Politikers, der durch Bescheidenheit, Disziplin und dem Wohle der Obrigkeit verpflichtet zu wirken versucht.

Nach seinem Ausscheiden aus der Bundesregierung 2018 war er noch bis 2021 Abgeordneter im Bundestag. 2019 veröffentlichte er ein Buch übers „Regieren", in dem er die Realität von Regierungsmacht unprätentiös beschreibt.

Ziemlich das Gegenteil ist **Yanis Varoufakis**, marxistischer Wirtschaftswissenschaftler und in internationalen linken Kreisen bestens vernetzt, der als Finanzminister der linken Regierung Griechenlands 2015 die EU aufmischte und für kurze Zeit zum Politstar wurde. Seine Strategie, Griechenland eine Strategie moderater Schuldentilgung zu ermöglichen, scheiterte. Er versuchte anschließend, die europäische Partei „Diem25" aufzubauen, konnte damit aber 2018 kein Mandat im Europäischen Parlament erringen, jedoch ist er weiterhin Abgeordneter im griechischen Parlament. 2017 erschien die deutsche Fassung seines Buches „Die ganze Geschichte – meine Auseinandersetzung mit Europas Establishment", in dem er über seine Erfahrungen mit der europäischen Politik in der Finanzkrise berichtet.

Angela Merkel ist die bedeutendste Politikerin Deutschlands. 16 Jahre war sie als Bundeskanzlerin auch die mächtigste Politikerin der Welt. Sie hat ein Buch über ihr Leben geschrieben, weil sie „nachvollziehbar machen möchte, wie Politik funktioniert, welche Prinzipien, welche Mechanismen es gibt – und was mich geleitet hat."[3] 735 Seiten incl. Anhang umfasst ihre Biografie, schwere Kost, denn sie beschreibt und beschreibt und beschreibt die

[3] Angela Merkel, Freiheit, Köln, 2024

Prozesse ihres Handelns. Eine Praktikerin der Macht, mit klarem Kompass der Humanität und – das macht sie ziemlich einzigartig - ohne herausgestellte persönliche Eitelkeit. Wie hat sie regiert und was lässt sich daraus über ihr Verhältnis zu Macht und Demokratie lesen, also: Was ist das Geheimnis von Angela Merkel?
Vorneweg: Die folgenden Selbstzeugnisse der drei PolitikerInnen sind keine Spaßlektüre.

Thomas de Maizière: Sie nannten ihn „Die Büroklammer“

Zu seinen Vorfahren zählen Hugenotten, die aus Frankreich geflohen waren. Nach dem Abitur macht er zunächst Karriere beim Militär (sein Vater war Generalinspekteur der Bundeswehr), dann studiert er Jura. Sein weiteres berufliches Leben verbringt er in der institutionellen Politik. Begonnen hat er als persönlicher Mitarbeiter bei Richard von Weizsäcker.
Thomas de Maizière war viele Jahre politischer Akteur in hohen Regierungsämtern. Er wurde Staatssekretär in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen, hier war er auch Minister. 2005 wurde er im ersten Kabinett von Angela Merkel Chef des Bundeskanzleramtes, dann von 2011 bis zu seinem Ausscheiden aus der Regierung 2018 zunächst Innen-, später Verteidigungsminister. Er ist bekannt als loyaler, fachkompetenter und ehrlicher Minister. Von Konflikten zwischen ihm und Angela Merkel drang sehr wenig nach außen. Bekannt wurde aber, dass er mit der Flüchtlingspolitik seiner Chefin ab 2015 nicht einverstanden war.



Nach seinem Ausscheiden aus der Regierung scheute er sich nicht, ein Buch übers Regieren zu schreiben, das sich von der sonst üblichen Selbstdarstellungslyrik politischer Akteure unterscheidet und sehr nüchtern Einblicke in den Alltag politischer Macht gewährt. Seine häufigste Formulierung ist „Ein Minister muss …“, er nimmt so eine Distanzierung von sich selbst als Person vor, die radikaler nicht sein könnte. Außerdem benutzt er immer die männliche Form (ich behalte dies im Folgenden bei, obwohl es mir inzwischen ein wenig esoterisch erscheint. B.D.).

Dieser Werkstattbericht ist keine leichte Lektüre, denn er zerlegt die Ausübung von Regierungsmacht in ihre formellen und informellen Regeln. Gleichzeitig wird die grundlegende Bedeutung der Kompromissfähigkeit im politischen Geschäft sichtbar.

Immer im Gedächtnis bleiben wird er mit seinem Statement zur Absage des Fußballspiels zwischen den Niederlanden und Deutschland sowie der Räumung des vollbesetzten Stadions im Sommer 2015. Nach sich verdichtenden Hinweisen auf einen Terroranschlag im Umfeld des Stadiums entschieden er und die regionalen Behörden, das Fußballspiel abzubrechen. In der ersten Pressekonferenz dazu bat de Maizière die Öffentlichkeit um

einen „Vertrauensvorschuss“ und sagte, wenn er Genaues über die Warnungen sagen würde, würde er die Sicherheit des Landes gefährden und die Bevölkerung verunsichern. In seinem Buch über das „Regieren“ sagt er dazu, der Anschlag sei als Doppelanschlag angekündigt worden und zum Zeitpunkt der Pressekonferenz seien immer noch Zehntausende Menschen am Hauptbahnhof von Hannover gewesen und es sei nicht sicher gewesen, dass dort nicht noch etwas passiere. Er habe keine Panik auslösen wollen. Es sei ihm in diesem Moment unter dem Druck der Situation nichts Besseres eingefallen …

De Maizière beginnt seine Erzählung über das Regieren mit seiner letzten Amtshandlung als Bundesminister 2017, als er an den Koalitionsverhandlungen für eine Schwarz-Grün-Gelbe Regierung beteiligt war. Aus der Koalition wurde bekanntlich nichts, aber seine plakative Anmerkung erhellt die Szenerie. Er sagt, er fände es affig, immer an vorderster Stelle auf den Bildern erscheinen zu wollen. Wenn die Kameras aus seien, dann gehe es in Regierungsverhandlungen um die Substanz und das seien Fachkompetenz und physisches Durchhaltevermögen.

Sein ausführlicher Bericht über die Entscheidungsprozesse in der Bundesregierung ist von durchschlagender Nüchternheit. Da ist nirgends auch nur ein Hauch von Machtverliebtheit zu spüren. Und das Regieren erscheint als überaus mühselige Angelegenheit, zumal in einem Land, in dem die Regierungen aus Partnern verschiedener Parteien bestehen.

Bemerkenswert ist, dass die Bundeskanzlerin nur an wenigen Stellen erwähnt wird, etwa wenn ihre Richtlinienkompetenz betont wird oder wenn es um Absprachen zwischen Minister*innen geht. In der Beschreibung der Regierungsmacht von de Maizière kommt sie ansonsten nicht vor.

Wie also geht Regieren?

Da werden in den Ministerien Referenten-Vorlagen erarbeitet, die dann vom zuständigen Minister überarbeitet werden, dann müssen die Vorlagen durch alle Ministerien gehen, bevor sie als Kabinetts-Vorlage behandelt werden. Es müssen viele Interessen berücksichtigt werden und die Vorlagen sind zumeist Kompromisse. Das alles geschieht im Wesentlichen jenseits der Öffentlichkeit, d.h. von den Auseinandersetzungen in der Regierung bekommt das Wahlvolk nur wenig mit. Zugleich müssen die Regierungsfraktionen im Bundestag über die Vorhaben informiert werden und können – in informellen Verfahren – Änderungen verlangen.

Die informellen Regeln umfassen auch Gespräche von mehreren Minister*innen und der Bundeskanzlerin. „Es werden in diesen informellen Gesprächsformaten die Argumente und Positionen, die im Gesetzgebungsverfahren vorgetragen werden, antizipiert. Geschieht dies nicht oder wird es ignoriert, dann werden solche politischen Absprachen nicht umgesetzt. Und das möchte niemand." (DE MAIZIÈRE, 2019, S.41) Manchmal kommt es auch zu „Paketlösungen". Da stimmen Minister der einen Koalitionsfraktion einer Vorlage der Minister einer anderen Koalitionsfraktion nur zu, wenn gleichzeitig eine andere Vorlage abschließend beraten wird. Die Vorlagen haben zwar sachlich nichts miteinander zu tun, aber „Ein politischer Erfolg wird der anderen Seite nur dann zugestanden, wenn gleichzeitig ein politischer Erfolg im eigenen Lager zustande kommt" (DE MAIZIERE, 2019, S. 44). Das alles spielt sich in der Regierung selbst ab. Wobei es dann auch noch jene Fälle gibt, in denen sich die Koalitionspartner gar nicht einigen können. Dann finden die berühmten Sitzungen des Koalitionsausschusses statt …

Wenn innerhalb der Regierung und in Absprache mit den Koalitionsfraktionen im Bundestag ein Vorschlag abgesprochen ist, dann erst werden die Gesetzesvorhaben im Parlament diskutiert. Die Fachausschüsse des Bundestags beraten darüber und geben ihre Stellungnahmen ab. Häufig

werden die Gesetzesvorhaben dann noch einmal verändert, bevor es zur Schlussabstimmung im Plenum kommt. Und dann gibt es in allen Belangen, die die Länder berühren auch noch den Bundesrat. Das alles ist schwere Arbeit an hartem Stein für einen Minister, der sich 24/7 Tage in der Woche in der Pflicht sieht. De Maizière gibt Einblick in Verhandlungsprozesse und scheut sich nicht, 10 kurze aber für jeden Politik-Freak sinnvolle Grundregeln für politisches Verhandeln zu geben (vgl. DE MAIZIERE, 2019, S.52/53) – ich erwähne dies nur so, zum Nachlesen.

Zu den eher informellen Regeln gehört die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Sicherheitsdiensten. De Maizière berichtet über diese wöchentlich stattfindenden nachrichtendienstlichen Lagebesprechungen wie auch über andere Sicherheitsgespräche. „Alle genannten Gesprächsrunden haben sich im Laufe der Zeit entwickelt. Für sie gibt es keine förmlichen Regeln und keine Geschäftsordnung. Und das ist das Geheimnis ihres Erfolgs. Denn Kenntnis und Vertrauen der handelnden Personen der Sicherheitscommunity zueinander sind das A und O, gerade angesichts unserer vielfältigen getrennten und doch aufeinander angewiesenen Sicherheitsbehörden und der für Sicherheit verantwortlich handelnden Minister und Staatssekretäre." (DE MAIZIERE, 2019, S.83) Dagegen arbeitet der Bundessicherheitsrat als formale Institution - allerdings tagt er geheim und erst durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts wurde sichergestellt, dass das Parlament über die Entscheidungen informiert wird. Über die Verantwortung in der Sicherheitspolitik sagt de Maizière: „Vertrauen bei der Bevölkerung ist das wichtigste Kapital eines mit Sicherheit betrauten Ministers. Lieber langweilig als falsch, lieber nachhaltig seriös als kurzfristig spektakulär, lieber langsam als überstürzt, das sind gute Eigenschaften für Minister im Sicherheitsbereich." (DE MAIZIERE, 2019, S. 89). Und: „In der Politik gibt es Hallodris, Trickser und solche, die glauben, mit Cleverness komme man

besonders weit. Das mag für den politischen Alltag gelten. Meine Erfahrung ist: In einer Krise zählt das alles nicht, sondern nur Solidität und Vertrauen, das man sich vorher erarbeitet hat. Und dies wird dann mit Solidarität zurückgezahlt, von der Öffentlichkeit, vom Koalitionspartner und selbst von der Opposition.“ (DE MAIZIERE, 2019, S. 92) Ach, gäbe es doch mehr von dieser Sorte Mensch in der Politik!

Sicher ist aber auch, dass sich der Mann immer in den vorgegebenen Grenzen bewegt – auch wenn er die Spielräume auslotet. Die eigenständigen Initiativen, die er benennt, bleiben deshalb auch eher kleinteilig: Z.B. eine bessere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern nach dem Terroranschlag 2016 in Berlin oder eine Reform der Bundeswehr (an der schon viele Minister und Ministerinnen vor und nach ihm gescheitert sind). Er sagt, nach einer Recherche habe er feststellen müssen, dass bis zu 90 Prozent seiner Termine reaktiv gewesen seien und nur wenige, die er aktiv selbst wollte.

Machtfragen seien in der Politik oft Beteiligungsfragen, sagt de Maizière. Er beschreibt dies an der Querschnittsfunktion von Ministerien: „Das bedeutet, sie sind nicht nur für ihren eigenen Zuständigkeitsbereich von Bedeutung, sondern sie werden bei Angelegenheiten anderer Ressorts stets beteiligt. … Dies ist offenkundig beim Finanzministerium, denn meistens geht es auch ums Geld. Aber auch das Innen- und das Justizministerium werden bei jeder Kabinettsvorlage beteiligt. Denn stets geht es um die Rechtsmäßigkeit zum Beispiel von Gesetzen um die Vereinbarkeit eines Vorhabens eines Fachministers mit dem Grundgesetz oder um die Rechtsförmlichkeit, also darum, ob die Formulierung eines Gesetzes für die Umsetzung tauglich und anwendbar ist.“ (DE MAIZIERE, 2019, S.101) Ein weiteres großes Feld der Zuständigkeit vieler Ministerien ist der Bereich der Sicherheit. Dieser Bereich gehöre zu den schwierigsten, den wichtigsten und den nobelsten Aufgaben jedes Staatswesens, sagt de Maizière.

An einer Stelle erwähnt de Maizière eine andere Spielart der ungeschriebenen Regeln innerhalb der Ministerien und sagt, dass nicht nur die unterschiedlichen Führungsstile von Ministern prägend seien, sondern die Ministerien selbst „von langfristigen Mentalitäten und Traditionen eines Ressorts geprägt (sind)." (DE MAIZIERE; 2019, S. 106)

Den Spitznamen „die Büroklammer" gaben ihm seine Mitarbeiter*innen, weil er sich immer auch durch die Aktenberge arbeitete. Er wolle nicht klagen, sagt er, denn er habe die Arbeit ja freiwillig gemacht, aber „Der Minister muss bei den Terminen gut vorbereitet sein. Das führte dazu, dass ich oft am späten Abend und nachts in meiner Berliner Wohnung gesessen und Akten gelesen habe. Und insbesondere nach einer Sitzungswoche fährt man als Minister mit zwei dicken Aktentaschen und unerledigten Akten ins Wochenende, damit sie zu Wochenbeginn bearbeitet sind." (DE MAIZIERE, 2019, S. 58) Die gute Führung von Akten liegt ihm am Herzen, das gilt nicht nur für die Inhalte, sondern auch etwa für die gleichen Schrifttypen und Zeilenabstände. Die Aktenwirklichkeit sage nicht alles, aber ohne Arbeit an und mit den Akten sei man verlassen. Und: „Ohne ein gut geführtes Büro, ohne Aktenstudium, ohne gute Rücksprachen, ohne klare Dienstwege wird ein Minister nicht erfolgreich sein." (DE MAIZIÈRE, 2019, S. 112)

Diese Arbeitsweise prägt auch sein Verhältnis zu den Mitarbeitern. Neben solchen, die er zu seinen Vertrauten zählte, sei es ihm immer wichtig gewesen, ein gutes Verhältnis zu allen zu pflegen. Außerdem habe er nur kleine Leitungsstäbe bevorzugt, weil so die Kreativität der Abteilungen eher gefördert worden sei. Nur durch ein gutes Verhältnis zu den Mitarbeitern sei auch jenes Maß an Loyalität erreichbar, das ein Mensch brauche, dessen gesamtes Leben, auch das private, unter ständiger Beobachtung stehe – allein schon durch den Personenschutz. Ebenso wichtig für die Kommunikation mit den Mitarbeitern seien die sog. „Debriefings", also der Informationsfluss nach

Gesprächen und Konferenzen, an denen nur er als Minister beteiligt gewesen sei.

Sodann beschreibt de Maizière die Kooperation mit allen, die er Kollegen nennt: die Kollegen Minister des Kabinetts, auch die des Koalitionspartners, die Kollegen Bundestagsabgeordnete der eigenen Fraktion sowie die Kollegen Länderminister, die mit dem gleichen Sujet befasst sind. Und wieder geht es um Loyalität: Er sagt, die doppelte Loyalität zu Partei und Fraktion auf der einen, zur Regierung auf der anderen Seite, verschiebe sich mit der Zeit zugunsten der Regierungsloyalität. Öffentliche Kritik zwischen Regierungsmitgliedern hält er nicht für sinnvoll: „Vor allem aber gilt – und wird dennoch von vielen Politikern und Journalisten nicht beachtet – dass sich die Bevölkerung für Zuständigkeitszuweisungen und gegenseitige Kritik nicht interessiert oder sich dadurch von der Politik insgesamt abwendet. Politiker und Minister sind nach Auffassung der großen Mehrheit der Bevölkerung dazu da, Probleme zu lösen und sich nicht gegenseitig für eine mangelnde Problemlösung verantwortlich zu machen." (DE MAIZIERE, 2019, S. 136)

Aber auch er ist nicht allein auf der Welt und braucht Ratgeber und Freunde als nötige Korrektive. Solche, die nicht primär im eigenen Interesse handeln, sondern im wohlverstandenen Interesse des Ministers. „Für einen Minister ist es wichtig, Menschen zu haben, die solche Ratschläge geben. Das ist nicht einfach, denn diejenigen, die am meisten davon verstehen, sind vorwiegend Mitarbeiter, die in einem Abhängigkeits- oder Hierarchieverhältnis stehen. Und diejenigen, die dem Minister am nächsten stehen und solche Empfehlungen geben könnten, kennen sich oft in der Materie oder in den Institutionen nicht aus und können deshalb menschliche Zuwendung, aber keinen politisch geeigneten Rat geben. … Das bedeutet, ein Minister braucht Mitarbeiter, die sich trauen, auch Unangenehmes zu sagen. … Ein Minister ist auch gut beraten, in seinem Freundeskreis Menschen zu haben, die sich

mindestens in vergleichbaren Institutionen auskennen und die aus der Distanz einen guten Rat geben können." (DE MAIZIERE, 2019, S.169/170) Ah ja, und dann befasst er sich mit Freundschaften in der Politik und sagt, diese seien eher die Ausnahme, auch wenn sich viele gegenseitig als Freunde bezeichnen. Nicht zu unterschätzen aber sei bei den Christdemokraten und den Sozialdemokraten die traditionelle enge emotionale Bindung an ihre Partei.

Insgesamt schätzt er aber den Zusammenhalt in seiner Familie als wichtigste Bindung ein, denn sie sei sehr wichtig für die Bodenhaftung und die Alltagstauglichkeit von Ministern. Soweit zum emotionalen Teil der Erzählung.

Was bleibt noch zu sagen zu dieser außerordentlichen Erzählung? Eines der letzten Kapitel nennt de Maizière „Haltungen und Werte". Zuerst geht es um Verantwortung. „Verantwortung ist der Korrespondenzbegriff zur Befugnis. Wer eine Befugnis hat, wer die damit verbundene Macht ausübt, der steht für die Folgen der Dinge ein, die in seinem Geschäftsbereich geschehen oder unterlassen worden sind. … Verantwortung (ist) die Kehrseite und Folge von Machtausübung." (DE MAIZIERE, 2019, S. 205) Er sagt auch, dass die Macht natürlich auf vielen Schultern in einem Ministerium verteilt ist, aber wenn es ernst wird, dann ist der Minister oft ganz allein. Neben der persönlichen Verantwortung gilt es auch die politische Verantwortung zu übernehmen für Dinge, die schief gehen. Gefährlich werden solche Dinge erst dann, wenn Rücktrittsforderungen nicht nur von der Opposition und der Presse, sondern auch von den eigenen Leuten erhoben werden. Auch de Maizière hat einige solche Situationen erlebt, wurde dabei aber immer „von den eigenen Leuten" gestützt.

Da kommt die Frage der Loyalität auf. Alle, die je im Politikgeschäft tätig waren, wissen, dass dies das Kostbarste ist, was es in der Politik gibt. Wir erinnern uns an die Fälle, wo nach einem Machtwechsel in der Regierung aus

der Mitte eines Ministeriums plötzlich der eine oder andere Skandal auftauchte, offensichtlich in dem Versuch, die neue Minister*in in die politische Verantwortung zu zwingen. Nicht zu reden von dem beliebten Spiel, in dem Insiderwissen durchgestochen wird. Und wie oft werden in der Öffentlichkeit plötzlich Eigenarten und Schwächen von politischen Akteuren diskutiert, die Journalist*innen nur aus vertraulichen Gesprächen mit engen Mitarbeiter*innen gewonnen haben können … De Maizière zählt Beispiele auf, in denen er mit Entscheidungen seiner jeweiligen Chefs, auch der Bundeskanzlerin, durchaus nicht immer einverstanden war - dennoch stand er loyal zu ihnen. Er sagt: „Jede Institution braucht Loyalität der Mitarbeiter zum Chef und des Chefs zu den Mitarbeitern. Das gilt natürlich auch für die Politik und für die Regierung. Dabei braucht es eine doppelte Loyalität des Ministers. Die eine gilt der Institution, also der Regierung oder dem eigenen Ministerium. Die andere gilt der Person an der Spitze. Mit Loyalität meine ich eine innere Verbundenheit, die weit über die professionelle Erledigung der übertragenen Aufgaben hinausgeht, die auch wichtig ist. Hinzukommen müssen Ehrlichkeit im Umgang, Treue und persönliche Zuverlässigkeit.“ (DE MAIZIERE, 2019, S. 215) Abschließend sagt er dazu: „Loyalität heißt nicht Kritiklosigkeit. Gute Loyalität bedeutet im Gegenteil, seinem Chef oder seiner Chefin zu widersprechen, eine andere Meinung zu äußern und Kritik zu üben. Dies muss nur intern geschehen und in einer Tonlage und in einem Geist, der deutlich macht, dass dies auf der Basis grundlegender Loyalität geschieht. Das ist übrigens eine der schönsten und wertvollsten Erfahrungen, die man als Minister machen kann, wenn man von seinen Mitarbeitern solch loyaler Kritik ausgesetzt ist oder eine positive Antwort bekommt, wenn man sie gegenüber seinem Chef oder seiner Chefin ausübt.“ (DE MAIZIERE, 2019, S. 218)

Ach, hätten die Beteiligten der Ampel-Regierung den Text von Thomas de Maizière doch aufmerksam studiert, bevor sie sich in ihre ménage-à-trois wagten …
Thomas de Maizière war lange Zeit Minister unter Angela Merkel: von 2005-2009 als Chef des Kanzleramts, von 2009-2011 als Innenminister, von 2011-2013 als Verteidigungsminister und von 2013-2018 wieder als Innenminister. Er war nicht einverstanden mit der Flüchtlingspolitik von Angela Merkel – es gab darüber aber auch keinen öffentlichen Konflikt zwischen ihm und seiner Chefin.

Yanis Varoufakis – Der Mann auf der Yamaha

162 Tage war Yanis Varoufakis 2015 Finanzminister des linken Regierungsbündnisses Syriza in Griechenland. In einer gigantischen und heldenhaften Anstrengung versuchte er, die EU und die internationalen Gläubiger davon zu überzeugen, ein Konzept linker ökonomischer Vernunft für sein bankrottes Land zu akzeptieren – und scheiterte krachend.

Ursprünglich Wirtschaftsmathematiker, wurde er Professor für Ökonomie zuerst in Athen, später in Austin (USA). Er hatte, bevor er für das linke Regierungsbündnis SYRIZA Finanzminister wurde, durchaus bereits politische Erfahrung gesammelt. Zwischen 2004 und 2006 war er Wirtschaftsberater der damals in Griechenland regierenden sozialdemokratischen Partei PASOK. Ab 2007 befasste er sich intensiv mit der globalen Finanzkrise – und war mit seinen Analysen in den Medien präsent. Heute ist er Abgeordneter im griechischen Parlament und wird immer noch gerne in den Medien zu wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen interviewt. Er selbst bezeichnet sich als unorthodoxen Marxisten, aber er ist keineswegs ein EU-Gegner.



Er beschrieb minutiös den Prozess seines Scheiterns – und liefert so ein Lehrbuch für alle, die sich mit der Hoffnung auf eine emanzipatorische Veränderung in die institutionelle Politik wagen.

Gleich zu Beginn gibt Varoufakis eine Einschätzung zu systemischer Macht von globalen Banken, multinationalen Konzernen und von Regierungen. Er spricht von „Super Black Boxes“, die auch von den Akteuren nicht ganz verstanden werden: „Was sich für viele wie eine Verschwörung der Mächtigen anfühlt, ist einfach etwas, das bei jedem Netzwerk von Super Black Boxes spontan entsteht“(Varoufakis, 2017, S.19). Der Schlüssel dazu seien Exklusion und Intransparenz, die Outsider entweder ausschließen oder kooptieren. „Solche Netze entwickeln sich organisch und werden von einer Eigendynamik angetrieben, die kein Einzelner kontrollieren kann ...“(Varoufakis, 2017, S.20). Deutlich wird an Varoufakis’ Beispiel aber auch, dass es für die Teilhabe an diesen Netzwerken vor allem um die eisenharte

Einhaltung der hier herrschenden informellen Regeln geht und die Akteure jeden Regelverstoß mit kollektiver Bestrafung ahnden. „Good smelling Natives“ nannte der Berliner Künstler Thomas Schulz sie in einem seiner Projekte über die Brüsseler Szenerie.

Um es vorneweg zu sagen: Varoufakis blieb Outsider, sowohl in Brüssel als auch in Athen. Er wollte Griechenland in der Eurozone halten und durch eine Umschuldung erreichen, dass keine großen Kredite mehr an Griechenland gegeben werden mussten, die vor allem zur Begleichung der Schulden bei französischen und deutschen Banken verwendet wurden. Er rechnete damit, dass dies im Sinne neo-liberaler Politik wäre – denn schließlich mussten die Steuerzahler dafür aufkommen. Außerdem war offensichtlich, dass Griechenland trotz einer verschärften Austeritätspolitik niemals in der Lage sein würde, diese Kredite zurückzuzahlen. Für die Umschuldung stellte er sich vor, dass die europäischen Länder, die für das erste Rettungspaket 2010 80 Milliarden Euro aufgebracht hatten, auf dieses Geld verzichten sollten – und dies war vermutlich einer der Denkfehler, die er machte. Zwar erfuhr Varoufakis während der Verhandlungen schmerzhaft, dass offensichtlich niemand von den Gläubigern damit rechnete, die ausgegebenen Kredite jemals wieder zurückzubekommen – gleichzeitig aber brachte er mit seinem Vorschlag nicht nur Deutschland, sondern auch diejenigen Länder der Eurozone gegen sich auf, die selbst unter extremen Auswirkungen der großen Krise zu leiden hatten. Alle wussten, dass die Kredite verloren waren – aber sie konnten es nicht wagen, dies ihren Bürgerinnen und Bürgern zu offenbaren. So könnte wohl die unheilige Allianz unter der Führung des deutschen Finanzministers mit den baltischen Ländern, der Slowakei und Finnland gegen jede Art von Kompromiss mit Griechenland zustande gekommen sein. Aber er machte noch einen zweiten Fehler: Er verknüpfte seinen Vorschlag mit der Drohung: sollte er nicht angenommen werden, werde Griechenland jede Kooperation mit den Institutionen abbrechen – und

gar nichts mehr zurückzahlen. Varoufakis ging davon aus, dass die Euro-Länder dann einlenken würden. Er berichtet, dass der deutsche Finanzminister ihm bereits in den ersten Wochen seines Kampfes um eine Lösung für Griechenland in einem Gespräch sagte, dass Griechenland besser aus der Eurozone ausscheiden solle. Varoufakis aber ging weiterhin davon aus, dass „die Institutionen" einlenken würden, wenn Griechenland die letzte Karte ziehen würde. Dies war vermutlich seine entscheidende Fehleinschätzung, denn wie die dramatischen Verhandlungen – nach Varoufakis' Demission – im Juli 2015 zeigten, war die Mehrheit der Vertreter der Eurozone entschlossen, Griechenland vor die Türe zu setzen, obwohl Griechenland zu diesem Zeitpunkt weichgekocht war und alle extremen Bedingungen erfüllen wollte. Nur die Intervention der Vertreter Frankreichs und Italiens verhinderte den Rauswurf.

Die Einsamkeit des Yanis Varoufakis war aber nicht nur durch seine Außenseiterrolle in Brüssel verursacht. Diese Einsamkeit war mehrdimensional und kein Herkules wäre in der Lage gewesen, diesen Kampf zu bestehen. Zu der Isolierung in Brüssel kamen zwei weitere, wahrscheinlich entscheidendere Faktoren:

Erstens geriet er auch in der griechischen Regierung mehr und mehr ins Abseits. Er vertrat die offizielle Position der Syriza-Regierung. Sehr bald aber suchte Alexis Tsipras den direkten Kontakt zu Angela Merkel, um einen Weg für den Verbleib Griechenlands in der Eurozone zu finden. Nach außen vertrat Yanis Varoufakis weiterhin seine Position in Brüssel, intern aber bröckelte die Unterstützung. Und so nahmen die Dinge ihren Lauf ... Am Ende hatte Varoufakis ein überwältigendes Referendum der Griechen für seinen Kurs im Rücken – und doch stand er allein da.

An diesem Beispiel kann man lernen, dass auch linke Politik nicht weniger durch Macht-Poker bestimmt wird. Und: die Interessen der Bevölkerung

werden auch hier nur gefiltert wahrgenommen, nicht zuletzt durch Partei-Interessen. Soweit zu diesem Teil des Lehrstücks.

Zweitens aber musste er mit der Illoyalität von hochrangigen Mitarbeitern in den griechischen Verwaltungen kämpfen. So wurde ihm eine sehr wichtige E-Mail der EU-Institutionen über Termine einfach nicht weitergereicht, weshalb sein detailliertes Papier über Reformvorschläge dann in Brüssel mit dem Argument, es sei zu spät eingereicht worden, schlicht nicht zur Diskussion zugelassen wurde. Außerdem hatte er im Präsidenten der griechischen Zentralbank einen direkten Feind. Wie viele ambitionierte Politikerinnen und Politiker, die der Wählerwille an die Macht gespült hat, sind nicht schon über die Fallstricke einer illoyalen Verwaltung gestolpert ...

Von besonderer Pikanterie ist aber der Bericht Varoufakis' über die Verhandlungen mit den Institutionen in Brüssel.[4] Es beginnt damit, dass die Herren der Euro-Gruppe direkt nach der Wahl am 25. Januar dem neuen Finanzminister einen Besuch abstatteten. Dies war der Moment des Abtastens aber auch einer direkten Drohung: Brüssel könne die griechischen Banken schließen lassen, wenn Athen sich nicht an die Vereinbarungen halte ... In der abschließenden Pressekonferenz zerschneidet Varoufakis das Tischtuch und sagt, dass seine Regierung nicht vorhabe mit der Troika „diesem Gremium, das sogar das Europa-Parlament als missglücktes Konstrukt betrachtet, zu kooperieren" (S.210) Dann reist Varoufakis zu vielen Treffen mit der EU-Kommission, Troika-Vertretern, Finanzministern einzelner Länder und deren Vertretern in der Europäischen Zentralbank. Alle zeigen sich relativ offen für die Vorschläge einer Umschuldung. Allein der Präsident der EZB geht auf scharfen Konfrontationskurs und droht mit der

[4] „Die Institutionen", das sind der Internationale Währungsfonds, die Europäische Zentralbank und die Gruppe der Finanzminister der Eurozone. Die EU-Kommission war schon lange vorher mehr oder weniger entmachtet worden und hatte ebenso wie das Europäische Parlament in der Eurokrisenpolitik nichts zu sagen. Die Vertreter der beiden wesentlichen Gemeinschaftsinstitutionen agierten als Türsteher am Eingang zu dem Theater.

Beendigung einer Ausnahmeregelung, die immerhin die Liquidität der bankrotten griechischen Banken garantierte. Gleichzeitig zog sich Draghi aber darauf zurück, dass die EZB keine politischen Entscheidungen treffe und nicht befugt zu einer monetären Finanzierung bankrotter Staaten sei. Und in Berlin ist Wolfgang Schäuble nicht bereit sich mit den Athener Vorschlägen zu befassen, sondern beharrt auf der Einhaltung der Vereinbarungen mit der Troika. Dann folgen die vielen Sitzungen der sog. Eurogruppe. Für die erste Sitzung hatte Varoufakis Papiere vorbereitet, die den Mitgliedern vor der Sitzung zukommen sollten. Ihm wurde jedoch erklärt, dies sei nicht möglich – mit einer halbherzigen Begründung von Wolfgang Schäuble, er müsse Papiere dem Bundestag vorlegen und dann seien alle Vorschläge von vorneherein tot. Varoufakis solle seine Vorschläge mündlich vortragen. Außerdem wurde er informiert, dass es gegen die Vorschriften verstoße, einzelne Finanzminister vorab zu informieren. ... Ein altbekannter Trick, mit der Geschäftsordnung in der Hand politische Debatten zu unterbinden ...
Der nächste Coup war die Sache mit dem verpassten Termin der Abgabe von Vorschlägen, als eine entscheidende Information über die Terminierung von seiner Verwaltung nicht an ihn weitergegeben wurde. Als nächstes legte ihm einer seiner Beamten einen Text für die Eurogruppe vor, mit dem Varoufakis nicht einverstanden sein konnte. Sie veränderten gemeinsam den Text – später aber stellte sich heraus, dass der Ursprungstext gar nicht von dem Beamten im griechischen Finanzministerium stammte, sondern von einem Mitarbeiter der verhassten Troika ... Und so ging es weiter. Dabei ging es nicht darum, dass sich die Institutionen gegen Griechenland einig waren: „Ein berühmtes Beispiel: Der IWF befürwortete vehement einen Schuldenschnitt, während die EZB ebenso vehement dagegen war. Und mit der Europäischen Kommission war es noch schlimmer: „Bei privaten Gesprächen stimmte EU-Kommissar Moscovici meinen Ansichten über eine konsistente Fiskalpolitik und Themen wie das Arbeitsrecht ebenso bereitwillig wie begeistert zu. Aber

dann lehnte der Vertreter der EU-Kommission in der Arbeitsgruppe Eurogruppe, Declan Costello, die daraus resultierenden Vorschläge in Bausch und Bogen ab. ... Die Trickserei ist eine bewusste Methode, Kontrolle über die Regierungen von Ländern auszuüben, deren Bankensektor oder öffentlicher Sektor in finanzielle Schieflage geraten ist. Für Politiker wie Wolfgang Schäuble ist sie ein fester Bestandteil ihrer Tätigkeit in den Gremien der Eurozone. Wenn ein Finanzminister beispielsweise einen Schuldenschnitt aufs Tapet bringen will, weigert man sich einfach, ihm den Namen eines Ansprechpartners oder eine Telefonnummer zu verraten ... Und für Apparatschiks ... ist die Trickserei von zentraler Bedeutung für den Erhalt ihrer persönlichen Macht“ (Veroufakis, 2017, S.379). Soweit zu den Aussagen über die „good smelling natives“ in Brüssel. Nach 162 Tagen trat Varoufakis als griechischer Finanzminister zurück. Sein Nachfolger akzeptierte alle Vorgaben der Institutionen. Schließlich konnte in einer dramatischen Sitzung im Juli 2015 der von Wolfgang Schäuble und einigen anderen geforderte Ausschluss Griechenlands aus der gemeinsamen Währung verhindert werden – weil Frankreich und Italien nicht bereit waren, einen solchen Beschluss mitzutragen.

Angela Merkel: die Große

Im Unterschied zu den allermeisten Autobiografien von Politikern beginnt sie nicht mit ihrem ersten politischen Engagement. Auf den ersten 118 Seiten erzählt sie ausführlich über ihre 36 Lebensjahre in der DDR und macht sichtbar, was sie mit dem Satz meint, sie sei nicht als Politikerin geboren

worden. Das wird (erfreulicherweise) niemand. Aber wie weit haben ihre Erfahrungen in der DDR etwas mit ihrem Verhältnis zu Macht und Demokratie zu tun?



1954 in Hamburg geboren, zieht die Pfarrersfamilie früh in die DDR und der Vater übernimmt ab 1954 den Waldhof bei Templin, eine evangelische Einrichtung für Menschen mit geistigen Behinderungen. Der Alltag mit Menschen mit Beeinträchtigungen gehört zu ihrem Leben als Kind und Jugendliche. Der enge Kontakt zu der Familie im Westen reißt aber nie ab. Sie sagt, sie habe eine glückliche Kindheit gehabt. Die Eltern sind aufmerksam und fürsorglich, die Familie trifft sich zum Abendessen und

bespricht alles. Die Eltern lehren sie und die beiden kleineren Geschwister, öffentlich nicht zu offen ihre Meinung zu sagen. Das fällt ihr nicht leicht. Sie lehren sie auch früh, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen, indem sie ihr zum Beispiel in der 2. Grundschulklasse überlassen, ob sie sich zu den jungen Pionieren meldet oder nicht. Da weiß sie schon, dass sie als Pfarrerskind niemals eine Chance hätte, eine normale höhere Bildung zu erwerben – es sei denn, sie würde sich später für die Ausbildung zur Theologin in einer evangelischen Hochschule entscheiden. Also wurde sie zunächst Jungpionier und trat später auch der FDJ bei. Während ihrer gesamten Schulzeit jedoch bekam sie die Tatsache, dass sie als Pfarrerskind nicht wirklich akzeptiert war, auf vielfältige Weise zu spüren – und immer wieder geriet sie in Schwierigkeiten. Sie sagt, „Das Leben in der DDR war ein ständiges Leben auf der Kante“[5].

1973 macht sie Abitur. Sie entscheidet sich für das Studium der Physik an der Universität Leipzig. Sie wohnt im Studentenheim, teilt sich das Zimmer mit drei Kolleginnen. Fünf Jahre dauert es, bis sie ihr Diplom machen kann. Sie nutzt auch die wenigen Möglichkeiten zu reisen: zu einem Studienaufenthalt nach St. Petersburg, nach Polen und Tschechien. In den Westen darf sie nur zu besonderen Familienfeiern reisen.

„Wenn ich an diese Anfangszeit zurückdenke, sehe ich mich unentwegt an meinem Sprelacart-Tisch* in dem Vierbettzimmer sitzen, um Übungsaufgaben in Analysis, Algebra und Theoretischer Physik zu lösen. Stunden über Stunden brütete ich über den Aufgaben, bis mir irgendwann die zündende Idee kam. Das Gefühl, die Lösung gefunden zu haben, war großartig und befreiend. In dieser Zeit lernte ich, dass es sich lohnt, nicht sofort die Flinte ins Korn zu werfen, sondern durchzuhalten, an die eigene Leistungsfähigkeit zu glauben, mich allein durchzuboxen. Anders als die

[5] A.a.O., S. 63

Schulzeit führte mich die Studienzeit tatsächlich an meine Leistungsgrenzen. Genau das hatte ich gesucht – und gefunden."[6] (*Das ist es doch, was wir alle unseren Töchtern mitgeben wollen: die Fähigkeit, sich auch unter schwierigen Bedingungen zu behaupten und dem eigenen Kompass zu folgen. Anmerkung B.D.).*

Sie wird von der Ausbürgerung von Wolf Biermann erschüttert, orientiert sich mit engen Freunden an der politischen Analyse von Rudolf Bahro und den Gedichten von Rainer Kunze. Sie sagt, es sei für sie überlebenswichtig gewesen, unbefangen ihren Freunden begegnen zu können. Dann lernt sie Ulrich Merkel kennen und heiratet ihn kurz vor dem Ende des fünfjährigen Diplom-Studiums. Es sei eine Studentenliebe gewesen, sagt sie.

In ihrer Diplomarbeit am Leipziger Institut für Isotopen- und Strahlenforschung der Akademie der Wissenschaften der DDR befasst sie sich mit der Anwendung statistischer Physik auf chemische Fragestellungen, also mit physikalischer Chemie. 1978 schließt sie die Diplom-Prüfung mit dem Prädikat „sehr gut" ab. Die letzten Jahre ihres Studiums in Leipzig sind aber auch von großen politischen Ereignissen geprägt, die sie aufmerksam verfolgt: 1972 veröffentlichte der Club of Rome „Die Grenzen des Wachstums", 1973 trat der Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR in Kraft, 1975 wurde die Schlussakte von Helsinki unterzeichnet, 1977 veröffentlichten die Dissidenten um Vaclav Havel in der Tschechoslowakei die Charta 77, 1978 wurde Karol Wojtila zum Papst gewählt und 1980 gründete sich Solidarnosc. Sie bezeichnet diese Zeit als „diffuse Großwetterlage".

Nach dem Diplom will sie mit ihrem Mann nach Ilmenau, um dort zu promovieren. Ihr Mann wird an der Hochschule angenommen, sie jedoch

---

[6] A.a.O., S. 66

* **Sprelacart** ist ein Markenname für spezielle mit Kunstharz gebundene Schichtstoffplatten, der in der DDR entstanden ist. Im Westen heißt das Verfahren Resopal.

wird nach ihrem Engagement in der evangelischen Studentengemeinde befragt und auch noch von der Stasi interviewt, ob sie bereit sei, für sie zu spitzeln, was sie geschickt ablehnt. Das einzige Angebot, das sie bekommt, ist eine Stelle im VEB Betrieb für Technisches Glas. Damit ist ihre wissenschaftliche Karriere in Gefahr – ihre Leipziger Kollegen helfen ihr aber, eine Stelle am Berliner Zentralinstitut für physikalische Chemie in der Abteilung Theoretische Chemie zu bekommen. So kann sie an ihrer Promotion arbeiten. Aber der starre Arbeitsalltag in Berlin-Adlershof und die Nähe der Mauer deprimieren sie. Ihr Arbeits- und Promotionsthema ist die Berechnung der Geschwindigkeitskonstanten einfacher chemischer Reaktionen, ein Thema, das auch für die Energiewirtschaft der DDR von Interesse ist. Die Arbeitsbedingungen sind nicht einfach, da der Computer von vielen Kollegen benutzt wird und sie mit einem Lochkartensystem arbeiten muss …. Sie ist immer noch Mitglied der FDJ und wird sogar in die Betriebsgewerkschaftsleitung gewählt. Um es zu einer Zulassung zur Promotion zu schaffen, muss sie auch noch Kurse in Marxismus-Leninismus besuchen, was sie als absurd empfindet – und entsprechend schlecht bewertet wird. Diese Bewertung spielte allerdings für das Ergebnis ihrer Promotion eine wichtige Rolle.

Die Beschreibung ihrer Studienzeit zeigt, dass sie ihre wissenschaftliche Arbeit mit aller Intensität verfolgte. Aber es ist kein gerader Karriereweg, sondern ein Weg mit vielen Stolpersteinen, an denen sie immer wieder vorbeischrammt. Wann immer sie Gelegenheit hat, mit internationalen Kollegen in Kontakt zu kommen, nutzt sie dies – allerdings geht das nur, wenn diese zu Besuch in die DDR kommen, denn Westreisen darf sie nicht machen. In den achtziger Jahren entkoppelt sich Angela Merkel zunehmend von den offiziellen Angeboten ihres Instituts und ist in einem kleinen Freundeskreis aktiv. Auch besucht sie Veranstaltungen der evangelischen Kirche zu Friedens- und Umweltfragen. Sie ist keine Anhängerin der

Friedensbewegung und auch der Supergau von Tschernobyl spricht für sie nicht gegen die Nutzung der Atomkraft, sondern für sowjetische Schlamperei. Sie ist sich mit ihren Freunden einig in der Ablehnung des DDR-Staates.

Mitte der Achtziger Jahre lernt sie ihren zweiten Mann, Joachim Sauer, kennen, mit dem sie bis heute verbunden ist. Er arbeitet am gleichen Institut wie sie, ist leidenschaftlicher Wissenschaftler und bereitet seine Habilitation vor, während Angela Merkel an ihrer Promotion arbeitet. Ihr Thema lautet „Untersuchung des Mechanismus von Zerfallsreaktionen mit einfachem Bindungsbruch und Berechnung ihrer Geschwindigkeitskonstanten auf der Grundlage quantenmechanischer und statistischer Methoden". 1986 wird sie Dr.rer.nat. Sie ist 31 Jahre alt. Sie sagt: „Ich war, so glaube ich, eine gute Wissenschaftlerin, aber nicht so sehr von der Wissenschaft fasziniert, wie man es sein musste, um allerbeste Ergebnisse in der Grundlagenforschung zu erreichen."[7] In den folgenden Jahren darf sie zweimal Familienbesuch im Westen machen, den sie auch zu direktem Kontakt mit Kollegen im Westen nutzt.

Dann kommt der heiße Herbst 1989, mit dem sich große Veränderungen ankündigen. Am 9. November 1989 macht auch sie sich auf in den Westen. Über ihre Geschichte in der DDR sagt sie abschließend: „Ich war in einem Land aufgewachsen, in dem am 9. November 1989 die eigene Bevölkerung, mit großer Hilfe der Menschen in anderen sozialistischen Ländern des damaligen Warschauer Paktes, die Mauer zu Fall gebracht hatten. Hier war ich erwachsen geworden, hier hatte ich versucht, die vom Staat überall aufgestellten Hindernisse zu umfahren, ähnlich einem Skifahrer beim Slalomlauf. Ich hatte versucht, das Beste aus der Situation zu machen, immer neugierig und unternehmungslustig zu bleiben, niemandem Schaden

[7] A.a.O., S. 107

zuzufügen und im Rahmen des Möglichen an meine Leistungsgrenzen zu gehen. Die Rahmenbedingungen kannte ich in- und auswendig. Ich hatte viel Glück gehabt. Jetzt war ich 35 Jahre alt, jung genug, um Neues zu beginnen. Ich hatte keine Vorstellung, wie genau es weitergehen würde. Aber eines stand für mich außer Zweifel: Die DDR war in ihrer Struktur von innen heraus nicht zu reformieren. Es war wie mit einer Strickjacke: Ist der erste Knopf falsch geknöpft, muss immer wieder ganz von vorne begonnen werden, um die Jacke richtig schließen zu können. Und der erste Knopf der DDR war falsch geknöpft. Davon war ich zutiefst überzeugt."[8]

Am 9. November 1989 wurde die Politikerin Angela Merkel geboren – auch wenn sie zunächst versucht, ihr bisheriges Leben aufrecht zu erhalten. Vier Tage nach dem Fall der Mauer fährt sie zu Kollegen nach Polen. Sie sagen ihr, dass ja nun wohl die deutsche Einigung anstehe. Die Idee fasziniert sie. Sie lauscht aufmerksam Helmuth Kohl, der sehr schnell sein 10-Punkte-Programm vorstellt, in dem von einer Konföderation die Rede ist und demokratische Strukturen als Voraussetzung genannt werden. „Das bisherige System fiel einfach in sich zusammen. Neue Parteien hatten sich entweder schon gegründet oder taten es in diesen Tagen. Am 7. Dezember 1989 tagte zum ersten Mal der zentrale Runde Tisch … Eines spürte ich genau: von den Entwicklungen war ich wie elektrisiert. Ich war überzeugt: Hier entsteht etwas Neues, ich möchte dabei sein, ich werde jetzt gebraucht, mit meinen Erfahrungen, meinem Leben, mit dem, was ich kann, und dem, was mir wichtig ist."[9]

Da scheinen bereits einige der Eigenschaften auf, die wir auf der politischen Bühne an ihr kennen lernen: in ihrer wissenschaftlichen Arbeit hat sie gelernt, Fakten präzise zu analysieren, in ihrer Kindheit auf dem Waldhof lernte sie, was Humanität bedeutet, und ihre Eltern gaben ihr einen klaren

[8] a.a.O.,S.118
[9] A.a.O.,S.130

Kompass mit. Ihre Erfahrung mit dem System DDR machte sie aber auch zur Macht-Taktikerin. Nur an einigen wenigen Wegkreuzungen ihrer politischen Karriere war sie bereit, sich über die von ihr als gegeben betrachteten Grenzen hinweg zu begeben.
Wie auch immer, dies im Gepäck, macht sie sich auf in die neue Zeit.
Es gab eine ganze Reihe neu gegründeter Parteien: Die Ost-SPD, das Neue Forum, Bündnis 90, Demokratie jetzt! – und den Demokratischen Aufbruch (DA). Angela Merkel schließt sich dem Demokratischen Aufbruch an und packt sofort mit an, auch besucht sie ein Wochenendseminar über den institutionellen Aufbau der Bundesrepublik. Einige der Akteurinnen und Akteure der neuen politischen Bewegungen kennt sie aus dem kirchlichen Umfeld ihrer Familie – Günter Nooke z.B. und Rainer Eppelmann.

Sie ist fasziniert vom Gedanken der deutschen Einheit. Dies ist ab Anfang 1990 auch die Position des Demokratischen Aufbruchs. Die Partei orientiert sich an Helmut Kohl und der West-CDU.
Angela Merkel hat nicht nur die Fähigkeit, sich im Chaos der Anfangszeit praktisch zu organisieren, offensichtlich hat sie die Gabe der Kommunikationsfreude und der öffentlichen Redefähigkeit: Sie wird zur Pressesprecherin des DA: „Ich machte mich an die Arbeit. Nach bestem Wissen und Gewissen versuchte ich in den folgenden Wochen, die Flut von Anfragen aus dem In- und Ausland zu bewältigen. Ein Student half mit, indem er mich in einem Polo durch Berlin fuhr, wenn ich Termine auswärts wahrnehmen musste.“[10]
Bereits vor der ersten freien Volkskammer-Wahl im März 1990 verband sich der DA mit der OST-CDU und der West-CDU zum Bündnis „Allianz für Deutschland“. Mitten im Wahlkampf verstärkte sich der Verdacht bis zur

[10] A.a.O.,S.139

nachweisbaren Gewissheit, dass der Vorsitzende des DA, Wolfgang Schnur, informeller Mitarbeiter der Stasi gewesen war[11]. Zunächst versuchte die West-CDU, die Information zurückzuhalten, dann aber offenbarte sich Schnur vor dem Westberliner Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen. Da niemand im Westen daran dachte, die DA-Leute im Haus der Demokratie zu informieren, fährt sie so schnell sie kann in die Geschäftsstelle der West-CDU und setzt sich still in den Raum, in dem Diepgen die Nachricht öffentlich erklärt – da ist keine Rede vom DA. „Dennoch hatte ich das Gefühl der Schmach. In meinem Kopf hämmerte es: Schnur, Kohl, Diepgen, Westberlin, CDU, Wahl – Wo bleibt der Demokratische Aufbruch?“[12] Zurück im Büro organisiert sie zusammen mit Rainer Eppelmann eine Pressekonferenz – und ihr Mann Joachim Sauer hilft ihr, da sie viel zu aufgeregt ist, eine Presseerklärung zu verfassen. Für alle ehrlichen Mitstreiter und Mitstreiterinnen des DA ist dies eine Katastrophe kurz vor der ersten freien Volkskammerwahl.

Die Ergebnisse der Wahl waren für den DA sehr ernüchternd, es waren nur 0,9 Prozent. Sie interpretiert dies nicht nur als Ergebnis des Falls von Schnur, sondern auch als Ergebnis der Anziehungskraft von Helmut Kohl, die CDU war mit 40,8 Prozent die stärkste Einzelpartei – damit hatte die „Allianz für Deutschland“ aber auch insgesamt gewonnen.

Sie wird als stellvertretende Regierungssprecherin der Regierung von Lothar de Maizière berufen. „Ich war am 17. April bei meinem Amtsantritt im Alten Stadthaus, dem Haus des Ministerrats, sprichwörtlich ins kalte Wasser geworfen worden… Bei den Hunderten Rechtsvorschriften, die die Regierung de Maizière verabschiedete, kam mir meine heute hinlänglich bekannte Liebe zum Detail zugute, um Sachfragen zu allen Vorhaben vergleichsweise präzise

[11] IMs wurden in der Anfangszeit auch in anderen der neuen Gruppierungen aufgedeckt.
[12] A.a.O.,S.146

beantworten zu können.“[13] Es geht in rasender Geschwindigkeit in Richtung Deutsche Einheit. Am 18. Mai 1990 wurde der Vertrag zur Wirtschafts- und Währungsunion unterzeichnet, am 23. August beschloss die Volkskammer der BRD nach Artikel 23 des Grundgesetzes beizutreten – mit Wirkung zum 3. Oktober, und bis dahin mussten alle Rechtsvorschriften angepasst werden. Sie arbeitet mit irrer Intensität am Ende der DDR - und gerät immer wieder in Konflikt, weil sie insbesondere mit der Lösung der Eigentumsfragen nicht einverstanden ist, aber „meine Einwände wurden vom Tisch gewischt.“[14] Sie begleitet auch Lothar de Maizière im September nach Moskau zu den abschließenden 2+4-Verhandlungen und bekommt Einblick in die internationale Verankerung des vereinigten Deutschland.

Mit dem 3. Oktober 1990 ist die DDR- Geschichte. Angela Merkel findet, dass sie in der kurzen und heftigen Zeit seit dem Fall der Mauer eigene politische Vorstellungen entwickelt hat und auch ziemlich genau weiß, dass es noch sehr vieler Anstrengungen bedarf, um die berechtigten Interessen der DDR-Bürgerinnen und Bürger durchzusetzen. Also beschließt sie, sich um ein Mandat im neuen gemeinsamen Bundestag zu bewerben. Die Bewerbung verläuft sehr holprig, klappt aber schließlich. Sie gewinnt tatsächlich ein Direktmandat und sagt im Rückblick: „Ich hatte großes Glück gehabt. Ich war 36 Jahre alt. – jung genug, um etwas Neues zu wagen, aber auch erfahren genug, meine Erlebnisse und mein Wissen mit Elan in die gesamtdeutsche Politik einbringen zu können. Und ich sollte in diesem Wahlkreis bis zum Ende meiner politischen Arbeit im Jahr 2021 verschwiegene Freunde an meiner Seite zu haben. Ich hatte eine politische Heimat gefunden.“[15]

Voilà, da ist sie, die Politikerin Angela Merkel. Sie beginnt als Aktivistin, wird aber in kurzer Zeit zur koordinierenden Organisatorin und Erklärerin von

[13] A.a.O.,S.152
[14] A.a.O..S.156
[15] a.a.O.,S.171

Politik – und das in einer Arbeitsintensität, die kaum vorstellbar ist, denn sie bleibt dabei, sich sachkundig zu machen, bevor sie darüber spricht. Ein Detailfuchs eben. Das Besondere ist, dass sie zugleich Beobachterin bleibt.

Angela Merkel macht zwischen 1991 und 1998 eine rasante Karriere. Sie wird schon 1991 Bundesministerin für Frauen und Jugend. Und ist nun mit den dramatischen Folgen der schnellen deutschen Einigung befasst. Wie die allermeisten Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler ist sie der Auffassung, dass die soziale Marktwirtschaft super ist und es sowieso keine Alternative dazu gibt: Viele sind damit beschäftigt, die Stasi aufzuarbeiten und finden, dass jede Kritik am westdeutschen System der Versuch ist, den alten Sozialismus wieder auferstehen zu lassen, andere, wie Angela Merkel, sind damit beschäftigt, sich in das institutionelle System der Demokratie einzufinden. Sie beschreibt in ihrer Biografie durchaus ihr Erschrecken darüber, wie brutal die ungefilterte Einführung der DM und des Eigentumsrechtes sind und versucht in ihrem Wahlkreis zu vermitteln und zu trösten – aber, wie gesagt, sie findet die deutsche Einigung super.

Ausführlich beschreibt sie die Diskussionen um das Abtreibungsrecht in der CDU zwischen 1991 und 1992. Im Einigungsvertrag war die Regelung zurückgestellt worden (*vermutlich aufgrund der Befürchtung, es könne hier ein Protest von Frauen aus Ost und West entstehen, B.D.)* Angela Merkel befürwortete keine Fristenlösung, aber eine Aussetzung von Strafen in den ersten 12 Schwangerschaftswochen ohne Dokumentation und gerichtliche Überprüfung einer Notlage. Formal war sie als Frauenministerin dafür überhaupt nicht zuständig, meldete sich als Frauenministerin aber trotzdem zu Wort und erhielt sehr viel Gegenwind in ihrer Partei, auch von Helmut Kohl. Sie sagt aber heute, dass sie einen Zickzack-Kurs gefahren habe, und sie habe sich in dem Versuch einer „sehr vorsichtigen Eigenständigkeit“[16]

[16] A.a.O.,S.226

verheddert. Ein weiterer Konflikt tat sich auf, als sie einen Rechtsanspruch für Kinder ab drei Jahren auf einen Kindergartenplatz für die gesamte Republik einführen wollte. Dies gelang ihr, trotz erheblicher Widerstände in der CDU, 1996.

1992 wird sie eine der stellvertretenden Vorsitzenden der CDU. Da bricht sie sich auch noch ein Bein – und lernt Beate Baumann kennen, die bis zum Ende ihrer politischen Karriere zu ihrer engsten Mitarbeiterin wird.

1994 wird Angela Merkel Umweltministerin. Nach wie vor ist sie davon überzeugt, dass die Nutzung von Atomenergie eine gute Sache ist. Sie bekommt heftigen Gegenwind in der Öffentlichkeit, denn ihr Vorgänger Klaus Töpfer war ein hervorragender Umweltminister. Und ab 1995 beginnen die großen Proteste der Umweltbewegung gegen die Castor-Transporte mit Atom-Abfall nach Gorleben. Sie fährt in die Höhle der Löwen nach Lüchow-Dannenberg und diskutiert mit Atomkraft-Gegnern. Sie ist der Meinung, dass es wichtig ist, sich mit Gegenargumenten direkt auseinanderzusetzen – in diesem Fall ändert aber niemand die Meinung. Zudem macht sie einen Vergleich, den sie im Nachhinein selbst als völlig daneben bezeichnet: Ein wenig radioaktiver Strahlung bei den Castoren sei wie beim Kuchenbacken, wo ein wenig verschüttetes Backpulver auch nicht dazu führe, dass der Kuchen nichts würde. Und sie sagt, es sei ein schweres Versäumnis gewesen, dass sie ihren Fehler nicht umgehend eingestanden, sondern den Kopf in den Sand gesteckt habe. Insgesamt drei Castor-Transporte gab es während Angela Merkel Zeit als Umweltministerin. Immer noch hielt sie an ihrer Verteidigung der Atomkraft-Nutzung fest, lernte aber in den ganzen Auseinandersetzungen, dass ihr Ideal der sozialen Marktwirtschaft von der innigen gemeinsamen Verantwortung in schwierigen Fragen brüchig war. Sie sagt: „Ich lernte, dass am Ende immer das Primat der Politik gilt. … Nicht die Wahrheit, so unangenehm sie im Moment sein mochte, brächte uns politisch

um, sondern nur das Verschweigen von Fakten. Niemals lügen oder etwas unter den Teppich zu kehren, hieß unsere Devise."[17]

Ihr Gesellenstück in Außenpolitik, sagt Angela Merkel, habe sie 1995 in der ersten UNO-Konferenz zur Klima-Konvention von Rio 1994 in Berlin bestanden. Sie war die Präsidentin der Konferenz und wollte diese Konferenz zu einem Erfolg machen. Sie arbeitete sich minutiös ein in die Strukturen der staatlichen und nicht-staatlichen Verhandlungspartner und die Eigendynamik einer solch riesigen Konferenz und schaffte es am Ende durch eine unermüdliche Pendeldiplomatie tatsächlich zu verbindlichen Treibhausbegrenzungen zu kommen. Es folgte ihre Konzentration auf Europa, und 1997 veröffentlicht sie ein Buch zum Thema.[18] 1998 verliert die CDU die Bundestagswahl.

Bis 1999 erwähnt Angela Merkel Helmut Kohl nur vier Mal direkt in ihrer Autobiographie: das erste Mal als er sie im November 1990 fragte, ob sie sich vorstellen könne, etwas mit Frauen zu tun zu haben, das zweite Mal, als er sie beim Parteitag 1991 direkt ansprach, das dritte Mal, als er ziemlich sauer darauf reagierte, dass sie in einer Klausur der Partei 1991 unbedingt ihre liberale Position zur Abtreibungsfrage darlegen wollte, und das vierte Mal, als er sie nach ihrem Beinbruch 1992 in der Charité besuchte. Natürlich bezieht sie sich des Öfteren auf Entscheidungen Kohls, aber diese vier Male waren es – in neun Jahren der unmittelbaren Zusammenarbeit. Kein Wort sagt Angela Merkel über ihre Beziehung zu Helmut Kohl, auch absolut nichts dazu, was sie von ihm gelernt hat. Trotzdem ist zu vermuten, dass sie ziemlich viel von ihm gelernt hat. Angela Merkel wurde zu einer liberalen Christdemokratin. Ein Erbe, das sie von Helmut Kohl übernommen haben dürfte. Außerdem hat er sie von Anfang an gefördert und immerhin wird sie

[17] A.a.O., S. 239/240

[18] Angela Merkel, Der Preis des Überlebens – Gedanken und Gespräche über zukünftige Aufgaben der Umweltpolitik, Stuttgart, 1997

1998 Generalsekretärin der CDU – während Wolfgang Schäuble Vorsitzender und Helmut Kohl Ehrenvorsitzender wird.

Im Dezember 1999 platzte die Bombe: Helmut Kohl gab zu, illegale Spenden eingesammelt zu haben und weigerte sich, die Spender zu nennen. Zusätzlich kamen andere verdeckte Spendenfälle an den Tag. Angela Merkel war entsetzt, sie sah die Partei ins Bodenlose abstürzen: „Weder konnte ich die Dinge einordnen noch sie kontrollieren. Sie überrollten die Partei – und sie überrollten auch mich. Ich dachte Tag und Nacht nach und zermarterte mir das Hirn: Wie können wir das stoppen? Wie können wir einen Niedergang vermeiden, wie ihn zum Beispiel die italienische Democrazia Christiana erlitten hatte? Wie können wir es schaffen, den politisch-moralischen Bankrott, den diese neuerliche Spendenaffäre für die CDU bedeutete, zu überwinden? Und dabei fühlte ich mich alleingelassen – und zunehmend alleinverantwortlich.“[19] Sie entschloss sich, „eine politische Einordnung vorzunehmen, schonungslos, öffentlich, der Zukunft zugewandt.“[20]

Deshalb ging sie ins Risiko und schrieb jenen berühmten Text, mit dem sie ihre Partei für eine neue Zukunft öffnen will und die Ära Kohl endgültig verabschiedet. Helmut Kohl legte seinen Ehrenvorsitz nieder, aber damit nicht genug, direkt im Nachgang stellten sich weiterer Spendenaffären heraus, und so musste auch Wolfgang Schäuble als Partei- und Fraktionsvorsitzender zurücktreten. Dies war die Stunde der Angela Merkel. Nachdem sie erfuhr, dass einige der Granden der Partei vorhatten, einen anderen Kandidaten für den Parteivorsitz zu nominieren – ohne offenes Wahlverfahren - verkündete sie öffentlich ihre Kandidatur – und gewann auf dem Parteitag den Parteivorsitz: „Ich, eine Frau aus der DDR, aus dem demokratischen Aufbruch kommend und erst seit neuneinhalb Jahren Mitglied der CDU, wurde kurz darauf mit 897 von 935 Stimmen zur

[19] A.a.O., S.259/60
[20] A.a.O., S.263

Vorsitzenden der Partei gewählt … Nie wieder, auch als Bundeskanzlerin nicht, erlebte ich einen Parteitag mit einem solchen Gefühl der Einigkeit zwischen der CDU und mir und mir und der CDU."[21] Sie hatte die Delegierten mit ihrer aufrüttelnden Rede für die soziale Marktwirtschaft und das christliche Menschenbild für sich gewonnen. Ihr glaubt man das noch. Auf jeden Fall war dies die programmatischste Rede ihrer gesamten politischen Zeit.

Sie sagt: „Ich zahlte Lehrgeld und musste um meine Autorität kämpfen."[22]Die folgenden Jahre beschreibt sie in Lernschritten: sie lernt, wie mächtig Männerbünde im Inneren der Partei sind, wie sehr sie sich mit der CSU verständigen muss (zur Wahl 2002 überlässt sie Edmund Stoiber die Spitzenkandidatur), und sie lernt, wie trickreich Gerhard Schröder und seine rot-grüne Regierung sich Mehrheiten im Bundesrat verschaffen können. Sie lernt, dass es nicht immer um das bessere Argument geht, sondern um die Durchsetzung von Machtpositionen: „Politische Sachfragen sind fast immer auch Machtfragen, und wer es schafft, Begriffe zu prägen, ist erfolgreich, inhaltlich wie machtpolitisch."[23] (Eigentlich eine Plattitüde). Nach der verlorenen Wahl 2002 nimmt sie Friedrich Merz den Fraktionsvorsitz weg. Und sie setzt sich als Kanzlerkandidatin durch. Aus der Zeit ihrer Kandidatur nimmt sie zwei wesentliche Lernschritte mit. Erstens (nachdem Schröder 2003 mit der Agenda 2010 in Schieflage geraten ist): „Revidiere nie ohne Not harte und unpopuläre, aber unumgängliche Reformen Deiner Vorgänger."[24] Und zweitens: Sie konstatiert in der Debatte um den Irak-Krieg ein „Verhetzungspotential,"[25] gegen das jede Argumentation sinnlos ist.

[21] A.a.O., S.270
[22] A.a.O., S.273
[23] A.a.O., S.277
[24] A.a.O., S.289
[25] A.a.O., S.291

Dann kommt die vorgezogene Bundestagswahl 2005. Sie muss gegen Gerhard Schröder antreten, dem sie Energie und Schlagfertigkeit bescheinigt. Eigentlich erwartet die CDU ein Ergebnis mit bis zu 45 Prozent. Der Vorsprung vor der SPD schmilzt aber vor dem Wahltag immer mehr zusammen. Vor dem großen Auftritt aller Parteivertreter am Wahlabend ist sie bereits über die Prognose informiert, dass die CDU leicht vor der SPD liegen wird. Sie sagt in ihrem Eingangsstatement, dass SPD und Grüne abgewählt sind und dass der Auftrag zur Regierungsbildung bei der CDU und CSU liegt. Dann folgt der berühmte emotionale Ausbruch von Gerhard Schröder, der versucht, Angela Merkel abzuqualifizieren und sich selbst als den Einzigen anzupreisen, der eine stabile Regierung stellen kann. Sie schreibt dazu: „Ich dachte, Wahnsinn! Was ist denn hier los? Ich konnte nicht einschätzen, wohin die Sache laufen würde, es hätte mich aber sehr gewundert, wenn es gut war, was er gerade abzog. … Ansonsten sagte ich zu mir: Warte ab, was weiter passiert. Reg Dich bloß nicht auf, sprich nur, wenn Du angesprochen wirst, guck, wohin das führt.“[26] Da ist sie wieder, ihre Fähigkeit zu beobachten und sich selbst zurückzunehmen. Und ihre unschlagbare Fähigkeit, zu warten. Es lohnt sich: sie gewinnt die CSU für sich und verhandelt mit Franz Müntefering eine große Koalition. Am 22. November 2005 wählt der Bundestag sie zur Bundeskanzlerin: „Ganz allein auf der Regierungsbank sitzend, fühlte ich: Du hast etwas ganz Besonderes geschafft, als Frau und als Ostdeutsche. … Auch nach meinen weiteren Vereidigungen 2009, 2013 und 2017 war ich in diesen Sekunden des Alleinseins auf der Regierungsbank erfüllt von einer heiteren Aufmerksamkeit.“[27]

[26] A.a.O., S.298/299
[27] A.a.O., S.307/308

Es folgen sechzehn Jahre der Kanzlerinnenschaft. Mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit hätte sie auch noch die Wahl 2021 gewonnen, wenn sie sich noch einmal zur Wahl gestellt hätte.

Die Regierungszeit von Angela Merkel ist geprägt von heftigen Krisen: Zuerst die europäische Finanzkrise, 2011 Der Super-Gau im Atomkraftwerk Fukushima in Japan, ab 2014 die Ukraine-Krise, ab 2015 die Flüchtlingskrise, dann die Covid-Pandemie – und zum Schluss auch noch die aufziehende brutale Aggression Russlands gegen die Ukraine.

Angela Merkel beschreibt ausführlich den strengen Arbeitstag als Bundeskanzlerin, aber auch die Aufteilung und Einrichtung des Bundeskanzleramtes. Über ihr Büro sagt sie: „Ich (war) mir sicher, dass ich in meinem Leben nie wieder einen so schönen Arbeitsort haben würde. Und zum Beginn ihrer Kanzlerinnenschaft dankt sie auch ganz kurz: „In meinem bisherigen Leben hatte ich viel Glück gehabt: Glück mit dem Fall der Mauer 1989, Glück mit meinen Eltern, die meine Fähigkeiten und Fertigkeiten zur Entfaltung gebracht hatten. Glück mit meiner ganzen Familie, meinen Freunden und Begleitern, die mich immer wieder ermutigt und zu mir gestanden hatten, selbst dann, wenn ich es ihnen nicht leicht gemacht hatte.“[28] Sich auf Willy Brandt beziehend sagt sie, sie wolle mehr Freiheit wagen.

Sie beginnt mit der Umsetzung der Agenda 2010 ihres Vorgängers und zusammen mit ihrem SPD-Finanzminister möchte sie die Verschuldung Deutschlands auf die Maastrichter Kriterien zurückführen. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer erlaubt ihr auch, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu senken. Und dann ist da noch die Erhöhung des Renteneintrittalters auf 67 Jahre, die Franz Müntefering von der SPD entwickelt hatte – die einzige Reform des Rentensystems, die zu einer Entlastung des Systems beitrug, bis

[28] A.a.O., S.320/321

heute. Zusammen mit Ursula von der Leyen arbeitet sie an der Einführung des Elterngeldes und dem Ausbau von Kita-Plätzen – einen Rechtsanspruch darauf hatte sie ja bereits in den neunziger Jahren als Ministerin erreicht. Stolz zieht sie ihr Resumée: „Die Frauenerwerbstätigkeit stieg nach Angaben des statistischen Bundesamtes on 59,5 Prozent im Jahr 2005 auf 65,1 Prozent im Jahr 2009 und auf 72,0 Prozent im Jahr 2021."[29]

Anders als ihr Vorgänger und auch ihr Nachfolger hat sich Angela Merkel sehr schnell auf die europäische und internationale Politik konzentriert und dort eine Verhandlungssicherheit entwickelt, die wahrscheinlich einzigartig ist. Beim G-8-Gipfel 2007 in Heiligendamm z.B. rang sie den versammelten Staatschefs, auch den USA, die Zusage ab, eine Halbierung der CO2-Emissionen bis 2050 ernsthaft zu prüfen.

Doch dann begann sich die große Weltwirtschaftskrise anzukündigen, die später in der Euro-Krise mündete. Und die bis heute nicht wirklich verarbeitet ist.[30] Es begann in Deutschland mit dem drohenden Zusammenbruch einer kleinen Industriebank, die sich massiv mit schlechten Immobilien-Krediten in den USA verspekuliert hatte und es bestand die Gefahr, dass es zu einer Kettenreaktion von Zahlungsunfähigkeiten am deutschen Bankenmarkt kommen könnte. Angela Merkel und ihr SPD-Finanzminister Steinbrück reagierten sehr schnell und sicherten die Bank ab. 2008 dann explodierte die Bombe in den USA, das Geschäft mit schlechten Krediten und Leerverkäufen platzte und der völlige Bankrott der großen privaten Banken musste weltweit mit Staatskrediten verhindert werden. Als sich ankündigte, dass in dem Sparer-Weltmeisterland Deutschland viele Menschen den Banken nicht mehr vertrauten und ihre Sparguthaben

[29] A.a.O., S.331

[30] Zur Erinnerung: im Maastricht-Vertrag war mit den Grundsätzen zur Einführung der gemeinsamen Währung auch eine Deregulierung des europäischen Finanzmarktes nach amerikanischem Muster vereinbart worden. Dies fiel Europa nun auf die Füße.

abheben wollten, trat Angela Merkel zusammen mit Peer Steinbrück vor die Presse und versicherte den Bürgerinnen und Bürgern, dass die Bundesregierung dafür sorge, dass die Sparerinnen und Sparer keinen Euro verlieren würden. Sie schreibt, sie sei wütend darüber gewesen, dass das Finanzkapital die Staaten derart in die Pflicht nahm: „Die Akteure an den Finanzmärkten wollten überall Rettungsschirme erzwingen, die sicherstellten, dass jede in Schwierigkeiten geratene Bank abgesichert werden konnte. Selten habe ich so sehr wie hier gespürt, dass ich keine tatsächlich freie Entscheidung mehr treffen konnte, sondern nur die Wahl zwischen zwei Übeln hatte, bei denen das größere vermieden werden musste: der Zusammenbruch der Banken mit unabsehbaren Folgen für die Volkswirtschaften und damit für die Menschen.“[31] Sehr schnell beschließen alle beteiligten Organe für Deutschland einen Rettungsschirm.

Die Finanzkrise zeigte ungebremst ihre verheerenden Auswirkungen auf die Wirtschaft und eine drohende wachsende Arbeitslosigkeit. Deshalb war die Ausweitung des Kurzarbeiter-Programms zur Sicherung von Arbeitsplätzen als weiterer sehr schneller Schritt wesentlich. Und mit der sogenannten Abwrack-Prämie rettete die Regierung auch noch die Automobil-Industrie. Ihren damals überall präsenten Spruch von der schwäbischen Hausfrau und einer radikalen Sparpolitik beurteilt Angela Merkel heute sehr kritisch. Sie sagt, ihre damaligen Sätze seien ebenso provinziell wie wohlfeil gewesen.

Wir sind immer noch im Jahr 2008. Der Gipfel der G20-Staaten beschloss, dass alle Staaten ihre Finanzmarktteilnehmer überwachen und den Finanzmarkt regulieren sollten. Wie sich erweisen sollte, keine sehr stabile Beschlusslage. 2010 dann begann die nächste Stufe der Krise: Griechenland (Euro-Land) war zahlungsunfähig. Die meisten EU-Staaten und auch der Internationale Währungsfonds wollten Griechenland mit Geld retten, nicht so

[31] A.a.O., S.395

aber Deutschland. Angela Merkel hielt eisern daran fest, dass jeder Staat für die Rückzahlung seiner Schulden selbst verantwortlich ist. Da auch andere Euro-Staaten in die Staatsschuldenkrise gerieten, war damit das Tor weit geöffnet für die internationale Finanzspekulation gegen einzelne Länder. Griechenland erhielt zwar Kredite durch einzelne Länder und den IWF und verpflichtete sich, unter der strengen Führung der sog. Troika massive Sparprogramme durchzuführen, dies half jedoch nicht: die Spekulation gegen den Euro wuchs immer mehr an. Schließlich wurde ein Rettungsschirm mit insgesamt 750 Milliarden Euro vereinbart. Merkel sagte: scheitert der Euro, dann scheitert Europa."[32] Die Krise ging weiter. Merkel widersetzte sich dem Vorschlag, die EZB mit Rettungsmaßnahmen zu betrauen. Eisern bestand sie auf dem deutschen Prinzip der Unabhängigkeit der Zentralbank. Dann kam 2011 Mario Draghi ins Amt als Präsident der EZB und erlöste Europa 2012 mit seinem berühmten Satz zur Rettung des Euro „what ever it takes" und ermöglichte der EZB, Staatsanleihen einzelner EU-Staaten zu kaufen (was in Deutschland dann 2013 zur Gründung der AfD führte).

2015 wurde Alexis Tsipras von der griechischen Linken Ministerpräsident seines Landes. Angela Merkel fand ihn sympathisch trotz der großen politischen Unterschiede und war bemüht, Griechenland unter den Bedingungen der Sparpolitik der Troika im Boot zu behalten. Tsipras aber entschied, die Bedingungen der Weiterführung der Sparpolitik in einem Referendum abstimmen zu lassen. Mehrheitlich stimmten die Bürgerinnen und Bürger gegen die Sparpolitik. Griechenland sollte nun endgültig aus der Euro-Zone ausscheiden. Dies wollte Angela Merkel aber nun auch wieder nicht. Und so wurde mit Hilfe des IWF ein neues Kreditpaket verhandelt, das günstigere Bedingungen für Griechenland vorsah – diesmal stimmte Griechenland zu. *Angela Merkel bezieht sich in ihrer Schilderung der Krise kein*

[32] A.a.O., S.429

einziges Mal auf Yanis Varoufakis, den in Brüssel verhandelnden Finanzminister Griechenlands. Außer sehr indirekt, als sie zu den abschließenden Kreditverhandlungen anmerkt, diesmal habe Tsipras exzellente Bankfachleute in seiner Delegation gehabt … Über ein Gespräch mit Alexis Tsipras 2019 in Piräus sagt sie, die Griechen seien damals zwar gegen die Politik der Troika gewesen, sie wollten aber offensichtlich nicht aus der gemeinsamen Währung ausscheiden.

Es bleibt festzuhalten, dass die deutsche Regierung sich lange weigerte, der EZB die Möglichkeit zu geben, die massive Spekulation der Finanzmärkte gegen den Euro abzuwenden und dass es Mario Draghi zu verdanken ist, dass das Drama an diesem Punkt begrenzt werden konnte. Ende dieses Teils der Geschichte.

2015 und die Flüchtlingskrise. Angela Merkel zeichnet in ihrem Buch die Entwicklung der europäischen Flüchtlingspolitik mit den Dublin-Abkommen nach und auch die sich seit 2010 aufgrund der Ereignisse im Nachgang zum arabischen Frühling verschärfende Situation in Nordafrika und dem Nahen Osten und die damit wachsenden Flüchtlingsströme über das Mittelmeer. Sie berichtet, wie sehr seit Anfang 2015 die Flüchtlingsströme anwuchsen. Das Thema begann sowohl auf europäischer wie auf deutscher Ebene die Politik zu bestimmen. Sie beschreibt die katastrophalen Bootsunglücke mit vielen Toten vor der italienischen Küste. Bereits im Mai 2015 schätzte die Regierung, dass im Laufe des Jahres bis zu 400 000 Flüchtlinge in Deutschland um Asyl bitten könnten. Der Europäische Rat versuchte, die Situation für die EU mit einem neuen Verteilungsschlüssel in den Griff zu bekommen. Angela Merkel sagt, ihr sei klar gewesen, dass sich hier die größte Herausforderung ihrer bisherigen Amtszeit für die EU entwickle – größer als die Eurokrise. Im August 2015 wurde die Prognose auf 800 000 zu erwartende Flüchtlinge erhöht. Im sächsischen Heidenau kam es zu schweren rassistischen Ausschreitungen gegen eine Erstaufnahmeeinrichtung. Über die Vorbereitung ihrer

Sommerpressekonferenz am 31. August sagt sie: „Ich war frustriert und dachte: Da hast Du das nächste Problem auf dem Tisch, das deinen Vorgängerregierungen geschuldet ist. Erst wurde der Euro eingeführt, ohne dass die mit der Währungsunion verbundenen Kriterien für die Mitgliedstaaten wirklich verbindlich waren, und wir müssen heute mit den Schwachstellen dieser Entscheidung fertig werden. Und natürlich waren alle am Anfang auch entzückt über das Schengener Abkommen, mit dem die Binnengrenzkontrollen der zu diesem Abkommen gehörenden Mitgliedstaaten bis auf eng gegründete Ausnahmen faktisch abgeschafft worden waren. Doch nun war Schengen durch die hohen Flüchtlingszahlen unter Druck wie nie.“[33] Dann erläuterte sie in der Pressekonferenz alle Dinge, die eine Steuerung der Flüchtlingskrise ermöglichen sollten. Und dann sagte sie jene drei Worte, die ihr ein Leben lang anhaften werden. Am 4. September befanden sich unzählige Flüchtlinge auf der Autobahn in Ungarn und liefen zu Fuß in Richtung Österreich und Deutschland. Später schickte Viktor Orban Busse, um die Flüchtlinge zur österreichisch-ungarischen Grenze zu fahren. Sie sicherte dem österreichischen Ministerpräsidenten zu, dass sie die Grenze nicht schließen werde. Ihren CSU-Counterpart Seehofer versuchte sie vergeblich anzurufen, um sich mit ihm zu besprechen. „Es handelte sich um eine humanitäre Notlage“[34] sagt sie dazu in ihrem Buch. Seehofer hielt ihre Entscheidung für einen Fehler, der nicht mehr rückgängig gemacht werden könne. (Da täuschte er sich. Die CDU/SPD-Regierung vollzieht genau das und noch rabiater.) Und er kanzelte sie dafür auf dem Parteitag der CSU ab wie ein Schulmädchen. Angela Merkel jedoch setzt auf die vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer, die überall im Land den Flüchtlingen helfen. Auch heute noch sagt sie: „Ich bin überzeugt, dass niemand seine Heimat leichtfertig verlässt, auch diejenigen nicht, die dies ausschließlich aus

[33] A.a.O., S.506
[34] A.a.O., S.511

wirtschaftlicher und sozialer Perspektivlosigkeit tun und keine Chance haben, als Asylbewerber anerkannt zu werden."[35] Hier erweist sich, dass sie es mit dem christlichen Menschenbild tatsächlich ernst meint. Sie wird sehr heftig angegriffen, auch ihre DDR-Vergangenheit wird problematisiert, so, als sei sie keine richtige Deutsche.

Sie versucht weiter, eine europäische Lösung herbeizuführen – denn sie weiß, dass eine dauerhafte Grenzschließung den Schengen-Raum zerstören würde. Jedoch waren die Beschlüsse, die auf europäischer Ebene gefasst wurden „das Papier kaum oder gar nicht wert, auf dem sie gedruckt waren."[36] Schließlich gelang ihr, das sog. Türkei-Abkommen zu schließen, das bis heute das einzig wirksame und sinnvolle Abkommen in der Flüchtlingsfrage ist, auch wenn in ihrer Amtszeit noch weitere Abkommen mit afrikanischen Staaten geschlossen werden konnten.

In der Silvesternacht 2015/16 kam es zu den sexuellen Übergriffen am Kölner Hauptbahnhof. Im Juli 2016 begannen in Deutschland terroristische Anschläge durch Flüchtlinge.

Angela Merkel sagt, sie habe die Flüchtlingspolitik als Einschnitt ihrer Kanzlerschaft empfunden – offensichtlich elementarer als die Eurokrise. 2017 dachte sie ans Aufhören – sie stellte sich dennoch noch einmal zur Wahl, weil sie befürchtete, der Unfrieden zwischen CDU und CSU könnte den Wahlerfolg verhageln und sie wollte auch nicht, dass die CSU siegte. Das Wahlergebnis 2017 war nicht besonders gut, gerade 32,9 Prozent. Eine Koalition mit Grünen und FDP scheiterte und es folgte eine weitere Koalition mit den Sozialdemokraten. (Ob es Angela Merkel wohl besser als Olaf Scholz gelungen wäre, die FDP von Christian Lindner in die Verantwortung zu zwingen?) Die Flüchtlingszahlen sollten jährlich maximal 220000 nicht übersteigen. Dennoch begann ein neuer Konflikt über die

[35] A.a.O., S.518
[36] A.a.O., S.525

Sekundärmigration. Sie versuchte, eine europäische Lösung zu finden, was aber nicht wirklich gelang. Enttäuscht sagt sie heute, dass die Länder der EU ihren ursprünglichen Wertekontext aufgegeben hätten.

Doch noch einmal zurück. Zur Umwelt- und Energiepolitik. Für Angela Merkel war Umweltpolitik von besonderer Bedeutung und sie hatte entscheidende Erfolge zu verbuchen. Allerdings fand sie Atomenergie immer sehr wichtig – und der Supergau von Tschernobyl war für sie der sowjetischen Schlamperei und nicht den strukturellen Problemen der Nutzung der Atomenergie geschuldet. Das Atomenergie-Aus der rot-grünen Regierung hob sie sogar auf. Das ging so, bis 2011 der Supergau in Fukushima mit der Kernschmelze in Kraftwerk I passierte. Die Tatsache, dass in einem hochindustrialisierten Land wie Japan so etwas passieren konnte, brachte sie dazu, gegen die Positionen der Granden in der CDU zusammen mit Guido Westerwelle von der FDP ein Moratorium durchzusetzen und dann, motiviert durch ein umfassendes Gutachten, das Ende der Atomenergie in Deutschland bis 2022 zu beschließen. Auch das hat ihr der erzkonservative Teil der CDU nie verziehen.

Nordstream I und die massive Lieferung von Gas aus Russland hat sie übrigens noch von Gerhard Schröder übernommen. Erdgas erschien als Ersatz von Atomenergie und als Brückentechnologie für eine grundlegende Energiewende optimal, es war die am wenigsten umweltschädliche Energiequelle. Die Gas-Pipeline durch die Ostsee sorgte außerdem für niedrigere Kosten, weil keine Transit-Kosten für die Land-Pipelines durch Polen und die Ukraine anfielen und außerdem: Auch während des Kalten Krieges hatte Westdeutschland Gas aus der UdSSR bezogen. Russland galt als zuverlässiger Partner. Dann jedoch planten die Energie-Unternehmen 2015 eine zweite Pipeline durch die Ostsee. Gleichzeitig setzten aber mit der Besetzung der Krim und der Ostgebiete der Ukraine Sanktionen der EU gegen Russland ein, die auch die Energie-Lieferungen betrafen. Die Osteuropäer

und die Ukraine liefen Sturm gegen Nordstream-II, sagt Angela Merkel, und es sei ihr klar gewesen, dass dies ein Politikum war. Sie wollte sich auf das Projekt wohl nur einlassen, wenn zugleich die Durchleitung von Gas durch die Ukraine gesichert wurde. Noch kurz vor dem Ende ihrer Amtszeit 2021 unterzeichnete sie eine Erklärung zur Unterstützung der Ukraine, in der Sanktionen angedroht wurden, sollte Russland die Energielieferungen als Waffe benutzen.

Abschließend zur Umweltpolitik sagt sie: „Alles, was zum Klimaschutz national wie international bereits gesagt war, war wichtig, aber – das ist der zweite Teil der Wahrheit – eben nicht genug, um die Welt tatsächlich vor katastrophalen Entwicklungen der Erderwärmung zu bewahren. Das Eis an den Polen schmilzt, der Meeresspiegel steigt, kleine Inseln verschwinden, Millionen Menschen werden ihrer Heimat beraubt, viele Pflanzen- und Tierarten überleben den Temperaturanstieg nicht. Die künftige Entwicklung wird nicht linear verlaufen, wenn wir so weitermachen wie bisher, sondern es wird Kipppunkte geben, an denen sich die Veränderungen beschleunigen werden. … Sosehr ich mich auch bemüht hatte, dieser Befund ist nicht zu leugnen. In der Vergangenheit schienen nur Katastrophen Politiker und Bürger zum notwendigen Handeln bewegt zu haben. Kaum waren die schlimmsten Schäden behoben, kam statt des Vorsorgeprinzips das Prinzip Hoffnung wieder zum Zuge.“[37] *Ave Angela!*

Es fehlt: Die Pandemie-Krise. Ab Februar 2020 überzieht die Covid-19-Pandemie die Welt. Angela Merkel empfiehlt zunächst, vom Händeschütteln abzusehen. Und sie führt sehr schnell einen home-office-Dienst in ihrem Amt ein. Ab März 2020 gilt Covid-19 als Pandemie. Wieder einmal stolpert Deutschland über seinen Föderalismus, denn für Hygienemaßnahmen sind im Wesentlichen die Bundesländer zuständig. Der Rest ist bekannt, mit all

[37] A.a.O., S.618

den Einschränkungen und auch Beschneidungen der Grundrechte. Am 1. März 2023 wurden die letzten Beschränkungen der Test- und Maskenpflicht aufgehoben. *(Sorry, diesen Teil spare ich aus.)*

Zum Schluss: Die Ukraine und Russland. Angela Merkel sagt, sie weiß nicht, ob es gelungen wäre, Vladimir Putin von der Invasion 2022 in der Ukraine abzuhalten, wenn sie sich persönliche getroffen hätten – was seit 2019 wegen der Covid-Pandemie nicht mehr der Fall war. *Eher unwahrscheinlich, obwohl sie diejenige westliche Politikpersönlichkeit ist, die ihn ohne Zweifel am besten kennt.*

Es lohnt sich aber auf jeden Fall, ihre detaillierte Beschreibung der Entwicklungen in der Ukraine, angefangen 2008 bis 2016, den Bericht über das Minsk-Abkommen (S.444-495) und dann noch einmal ganz am Ende zu lesen.

Angela Merkel beginnt mit dem 24. Februar 2022 und dem Überfall Russlands auf die Ukraine. Seither wird sie immer wieder kritisiert wegen ihrer Haltung 2008 beim Nato-Gipfel in Bukarest, bei dem die Ukraine und Georgien einen Aufnahme-Status in die Nato beantragt hatten. Dieser sog. MAP-Status sei die letzte Stufe innerhalb eines Beitrittsverfahrens eines Landes, aber „die Aufnahme eines neuen Mitglieds sollte nicht nur ihm ein Mehr an Sicherheit bringen, sondern auch der Nato. Deshalb gibt es Kriterien für die Aufnahme eines Landes, die neben seinen militärischen Fähigkeiten auch die innerstaatliche Struktur des Beitrittskandidaten berücksichtigen. Das galt auch für die Ukraine und Georgien.“[38] Da die Ukraine bis mindestens 2017 mit der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim gebunden war und Georgien ungelöste territoriale Konflikte in Südossetien und Abchasien hatte, war die Situation für Merkel und auch für den französischen Präsidenten

[38] A.a.O., S 447

Sarkozy nicht reif für eine Entscheidung. Außerdem war sie der Ansicht, dass die Sicht Putins analysiert werden musste. Bereits auf der Sicherheitskonferenz 2007 hatte er sich auf die USA bezogen: „Putins einziger Referenzpunkt waren allein die USA, um nicht zu sagen, dass er von den Rollen träumte, die die ehemalige Sowjetunion und die USA in den alten Zeiten des Kalten Kriegs hatten, als sie sich als zwei Supermächte gegenüberstanden. … In der Münchner Rede präsentierte sich Putin, so wie ich ihn erlebte: als jemand, der immer auf der Hut war, bloß nicht schlecht behandelt zu werden, und jederzeit bereit, auszuteilen, Machtspiele und Andere-auf-sich-warten-Lassen inklusive. Das alles konnte man kindisch, verwerflich finden, man konnte den Kopf darüber schütteln. Aber damit verschwand Russland nicht von der Landkarte.“[39] Sie sagt, sie halte es für eine Illusion, zu glauben, dass der MAP-Status der Nato der Ukraine und Georgien Schutz vor der Aggression Putins hätte geben können. Beim Nato-Gipfel in Bukarest blieb Merkel bei ihrer Position, obwohl sowohl der amerikanische Präsident wie auch die mittel- und osteuropäischen Länder für die Aufnahme der beiden Länder in die Nato waren. Sehr ausführlich beschreibt sie die sehr intensiven Verhandlungen, bei denen schließlich eine generelle Absicht für eine Mitgliedschaft der beiden Länder formuliert wurde, ihnen aber keinen Aufnahme-Status gab. Etwas später 2008 kam es dann zu einer offenen Auseinandersetzung zwischen russischen Truppen und der georgischen Armee um Südossetien. Weder die USA noch sonst jemand aus dem Westen half Georgien, aber es wurde ein Friedensplan mit Russland vereinbart, den Russland nicht einhielt. Der Konflikt wurde eingefroren.

Merkel unterstützte in den folgenden Jahren eine neue Nachbarschaftspolitik der EU mit den östlichen und südlichen Nachbarn, auch mit der Ukraine. Die Verhandlungen für ein Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und

[39] A.a.O., S 449-451

der EU wurden bereits 2011 abgeschlossen. Als dann im gleichen Jahr Julia Tymoschenko, die ehemalige Reform-Ministerpräsidentin, verhaftet wurde, setzte die EU die Paraphierung des Abkommens aus. Gleichzeitig war die Ukraine in schwere finanzielle Schwierigkeiten geraten und musste Kredite beim IWF beantragen – und Putin, der inzwischen wieder Präsident geworden war, drohte der Ukraine mit hohen Zöllen und lockte mit niedrigen Gaspreisen und Finanzzusagen. Die EU versagte der Ukraine einen hohen Kredit und dies war dann wohl der Moment, in dem Janukowytsch, der Präsident der Ukraine, die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens aussetzte und den Kontakt mit Russland intensivierte. Angela Merkel traf sich während des Gipfels der Östlichen Partnerschaft mit dem ukrainischen Präsidenten, um ihn zu seiner Kehrtwende zu befragen. Er bat sie um etwas Zeit und sagte, er werde schon noch unterschreiben. „Was sollte ich dazu sagen? Die Angst strebte durch jede Pore seiner Haut. Wahrscheinlich wusste er selbst, dass er zwischen allen Stühlen saß. Es war sinnlos, ihn noch zu einer Unterzeichnung zu bewegen. Seine Bitte um mehr Zeit empfand ich als rhetorische Floskel. Putin hatte es geschafft, ihm den Schneid abzukaufen und die Ukraine auf seine Seite zu ziehen. Vorerst.“[40]

Damit begannen die Proteste auf dem Maidan in Kiew und in anderen Städten der Ukraine. Sie wuchsen immer mehr an. Dann kam am 22. Februar 2014 die Nachricht, dass der Präsident Janukowytsch Kiew verlassen hatte und dass Selbstverteidigungskräfte der Demonstranten alles kontrollierten. Noch am Tag vorher hatten Janukowytsch und die Vertreter der Opposition ein 6-Punkte-Programm für die Entwicklung der Ukraine unterzeichnet – incl. vorgezogener Präsidentschaftswahlen 2024. Auch Russland schien einverstanden – jedoch wurde das Abkommen von den Vertretern der Demonstranten hart kritisiert. *(Merkels Geschichte weicht doch erheblich von*

[40] A.a.O., S 469

der Heldenerzählung ab, die wir kennen). Am 23. Februar zog Russland seinen Botschafter aus Kiew zurück. Dies wurde von den USA und auch von Merkel als Auftakt einer Militärintervention gewertet. Am 28. Februar begannen die berühmten grünen Männchen die Krim zu besetzen. Sie sagt dazu: „Als ich am folgenden Tag, dem 1. März 2014, in einem Telefonat Putin damit konfrontierte, dass nach meiner Einschätzung die bewaffneten Unbekannten in grünen Uniformen ohne hoheitliches Kennzeichen russische Soldaten seien, stritt er das ab. Damit hatte er mir, wie sehr bald klar wurde, offen die Unwahrheit gesagt. In dieser Form war das bislang in unseren Gesprächen nicht geschehen. Den Kontakt brach ich nicht ab, dies war für mich keine wirkliche Option, aber von nun an befanden wir uns in einem neuen Aggregatzustand. Deutsch-russische Regierungskonsultationen, Besuche in verschiedenen Städten jenseits zweckgebundener Treffen in Hauptstädten, Begegnungen von Putin und mir beim Petersberger Dialog fanden nicht mehr statt.“[41] Russland annektierte die Krim. Die EU und der neue Präsident der Ukraine unterzeichneten das Assoziierungsabkommen und die OSZE beschloss mit Zustimmung Russlands und der Ukraine ein Mandat für eine Sonderbeobachtung, die nach dem offenen Konflikt im Donbas massiv aufgestockt wurde. Russland wurde aus der G8-Gruppe ausgeschlossen. Im Mai wurden in Teilen der Oblaste Luhansk und Donezk Volksrepubliken ausgerufen. Am 6. Juni fanden Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie statt. Während dieses Treffens wurde das sog. Normandie-Format geboren, an dem Putin, der franz. Präsident Hollande, der neue Präsident der Ukraine Poroschenko und Angela Merkel teilnahmen. Der ukrainische Präsident präsentierte kurz danach einen Friedensplan. Ein vom Präsidenten vorgeschlagener Waffenstillstand wurde vom Anführer der Separatisten nicht akzeptiert, die Kämpfe gingen weiter.

[41] A.a.O., S 472

Im Verlauf des Sommers gelang es den ukrainischen Truppen, die separatistischen Kämpfer zurückzudrängen. Daraufhin schickte Putin reguläre Truppen in die Separatisten-Gebiete. Angela Merkel sagt heute dazu: „Bemühungen um einen Waffenstillstand wurden noch dringlicher. Eine militärische Lösung des Konflikts, also einen militärischen Sieg der Ukraine über die russischen Truppen, hielt ich für eine Illusion. Deshalb hatte ich … auch öffentlich gesagt, nicht zum ersten Mal, dass es ohne Gespräche und ohne Diplomatie keine Lösung geben werde. Das heißt nicht, so fuhr ich fort, dass sich die Ukraine nicht wehren muss, wenn Menschen in ihr Territorium eindringen, aber zum Schluss – das ist im Übrigen nicht der einzige Platz auf der Welt, an dem dies so ist – müssen diplomatische Lösungen gefunden werden (…) ich könnte sogar sagen: eine militärische Lösung wird es nicht geben.“[42] Schließlich wurde noch 2014 der Friedensplan Poroschenkos zur Grundlage des Minsker Memorandums, mit dem ein Waffenstillstand und der Rückzug schwerer Waffen und Truppen vereinbart wurde. „Es half jedoch nicht, die Lage zu verbessern. Der Waffenstillstand wurde nicht eingehalten, er wurde immer wieder neu vereinbart, nur um dann erneut gebrochen zu werden. Sogar OSZE-Beobachter wurden beschossen.“[43] Dann folgte ein weiterer Marathon von Verhandlungen zwischen Paris, Berlin, Kiew, Moskau und schließlich Minsk. Die USA wollten die Ukraine nicht ohne Defensivwaffen lassen, sollten die Verhandlungen nicht erfolgreich sein, was Angela Merkel als Dilemma empfand, denn sie befürchtete, dass dies jene Kräfte in der Ukraine stärken würde, die allein auf eine militärische Lösung setzten – was sie für aussichtslos hielt. 17 Stunden dauerten die Verhandlungen in Minsk: „Von schärfsten Wortgefechten bis zu resigniertem Schweigen durchlebten wir alle denkbaren Stimmungsschwankungen. Hollande und ich achteten darauf, dass kein Blatt zwischen uns und

[42] A.a.O., S 480/481
[43] A.a.O., S 481

Poroschenko passte. Putin tat alles, um der Ukraine das Leben schwer zu machen. Es war eine Zumutung. Nur die Überzeugung, dass sich ohne eine Einigung die Dinge noch schlechter entwickeln würden, ließ Hollande und mich weiterverhandeln. In den Morgenstunden hatten wir endlich alle Punkte so weit wie möglich geklärt."[44] Das Dokument wurde als Minsk II zu einer einstimmigen Resolution des UNO-Sicherheitsrates. Der ukrainische Präsident versäumte aber, sofort nach Abschluss der Verhandlungen nach Kiew zurückzukehren und das Dokument zu erläutern. Nach Angela Merkels Auffassung waren die Ergebnisse von Minsk „der einzig halbwegs verlässliche Weg, den weiteren Vormarsch der russischen Truppen zu stoppen und dazu beizutragen, dass die Ukraine ihre territoriale Integrität in den Regionen Donezk und Luhansk schrittweise wieder herstellen konnte."[45] Aber durch den Kontinent ging wieder eine Trennlinie und 2016 wurde auf dem Nato-Gipfel in Warschau die Stationierung multinationaler Kampfgruppen in Polen und in den baltischen Staaten beschlossen. Merkel setzte sowohl auf Diplomatie als auch auf verstärkte Abschreckung. Ab 2016 erhielt die Ukraine militärische Unterstützung durch die Nato und aus einzelnen Mitgliedsstaaten (Deutschland war nicht dabei). Und 2017 legte das ukrainische Parlament die Mitgliedschaft in der Nato als außenpolitisches Ziel fest, und bekräftigte dieses Ziel wie auch den vollständigen Beitritt zur EU 2019 in der Verfassung.

Die Verhandlungen um die Sicherstellung des Minsker Abkommens gingen 2019 weiter, zumal die Ukraine eine Revision des Zugangs zur Grenze wollte. Dann aber kam 2020 die Pandemie: „Damit war jeder Gedanke an eine einvernehmliche Veränderung des Minsker Maßnahmepakets, wie Selenskyi sie forderte, völlig illusorisch geworden."[46] Sie zieht als Schluss über ihr

[44] A.a.O., S 491
[45] A.a.O., S 493
[46] A.a.O., S 703

Verhältnis zu Putin: „Zwei Jahrzehnte gemeinsamer Begegnungen lagen hinter uns, eine Zeit, in der sich Putin und mit ihm Russland verändert hatten, von anfänglicher Aufgeschlossenheit für den Westen über die Entfremdung von uns bis zur völligen Verhärtung. Allen Widrigkeiten zum Trotz halte ich es dennoch im Rückblick für richtig, dass ich bis zum Ende meiner Amtszeit Wert darauf gelegt habe, die Kontakte zu Russland, zum Beispiel durch Treffen des Petersberger Dialogs, und meinen eigenen Gesprächsfaden zu Putin nicht abreißen zu lassen sowie auch durch Handelsbeziehungen – über die gegenseitigen wirtschaftlichen Vorteile hinaus – Verbindungen aufrechtzuerhalten. Denn Russland ist neben den USA eine der beiden führenden Nuklearmächte der Welt und geografischer Nachbar der Europäischen Union."[47] Sie schließt mit der Empfehlung, dass Abschreckung das Eine ist, aber einhergehen muss mit der Bereitschaft zu diplomatischen Initiativen. In Lesungen und Diskussionen über ihr Buch erwähnt sie außerdem, dass ab 2020 ein neues Verhandlungsmandat mit Russland in Vorbereitung gewesen sei, dass dieses aber von Polen und den baltischen Staaten blockiert worden sei.
Tja.

4. Was können die drei Protagonisten uns über Regierungsmacht sagen?

Thomas de Maizière ist ein fleißiger und genauer Arbeiter. Aber er ist auch eine Ausnahme, denn er lernte das Regieren von der Pike auf ohne sich hocharbeiten zu müssen – er wurde immer gerufen. Seine Gelassenheit im Umgang mit Regierungsmacht könnte darin ihren Grund haben. Er konnte aus nächster Nähe mit ansehen, wie sich die Kolleginnen und Kollegen nach

[47] A.a.O., S 705

dem Wind drehten und um ihre Positionen kämpften, während er, auch wenn er mal aufs Nebengeleis geriet, gleichbleibend und loyal seinen Dienst verrichtete – zumindest erscheint dies so in seinem Bericht übers Regieren. Dass dies glaubhaft ist, kann man daran sehen, wie er über das Verhältnis zu seinen Untergebenen spricht: Er weiß, dass er auf ihre Loyalität ebenso angewiesen ist wie sie auf seine. Er ruft nicht nur ihre Leistung ab, er hört auf ihren Rat und er informiert sie über Entscheidungen. Interne Kommunikation heißt das Zauberwort.

Der interessanteste Teil seines Buches über das Regieren ist jedoch die Beschreibung der praktischen Funktionsweise von Regierungsmacht: Es beginnt mit der Formulierung von Projekten in den Koalitionsverhandlungen. Daraus werden dann innerhalb der Regierung konkretere Vorgaben. Der zuständige Minister nimmt diese mit nachhause. Dann geht das alles erst mal einige Etagen tiefer, es werden Referentenentwürfe verfasst, die dann wiederum auf den höheren Ebenen diskutiert und feingearbeitet werden. Die vom Minister abgezeichnete Vorlage wandert sodann durch die gesamte Regierung, nicht nur durch jene Ministerien, die für ein Gesetz oder eine Verordnung direkt mitzeichnen, sondern durch alle – denn eine Beschlussvorlage für das Regierungskabinett braucht die Zustimmung aller Regierungsmitglieder. Offensichtlich ist, dass hier wenig Spielraum für persönliche Vorlieben und eigenständige Projekte existiert: Die groben Festlegungen und die Verfahren bestimmen das Ergebnis des Regierungshandelns. Abgesehen davon, dass das Ganze dann auch noch ins Parlament bzw. den Bundesrat muss. Es ist ein langsamer, mühseliger und ohne Zweifel auch nicht sehr erheiternder Prozess, wenn er nicht durchdrungen wäre von dem sehr eigenen Sound der Macht. Regierungsentscheidungen gehen – bevor sie überhaupt ins Parlament kommen – über sehr viele Schreibtische. Es ist ein schwerfälliger, von vielen

unterschiedlichen Interessen geprägter Prozess. Dies ist für mich die wichtigste Erkenntnis des Buches von Thomas de Maizière.

Yanis Varoufakis war für einige Zeit der Star der Linken in Europa. Er tauchte aus dem Nichts auf, flitzte auf seiner Yamaha für kurze Zeit durch Europa, brachte die Politik durcheinander und verschwand wieder. Dabei hat er Europa einen sehr großen Dienst geleistet.
An seinem Bericht über die Finanzverhandlungen zu Griechenland 2015 werden ein paar bemerkenswerte Dinge deutlich: Die als Troika bekannten Institutionen – Internationaler Währungsfonds, der EU-Kommission und Europäische Zentralbank – waren – bis auf die EU-Kommission - per ordre du Mufti tätig, ohne institutionelle oder demokratische Legitimation. Hinzu kam ein Gremium, das zum politischen Wortführer wurde und eigentlich überhaupt nicht verankert ist im institutionellen Gefüge der EU: die Euro-Gruppe, der Zusammenschluss der Finanzminister der Euro-Zone[48]. Das war die eigentliche Machtbastion, die unberührt von institutionellen Regeln informell wirkte. Varoufakis beschreibt schmerzhaft schön wie der Vorsitzende dieser Obskurität, der niederländische Finanzminister Jeroen Dijsselbloem, ihn gleich zu Beginn seiner Amtszeit in Athen besucht und danach abtastet, inwieweit er bereit ist, sich dem Regime der Troika zu fügen. Das geht schon mal ordentlich schief für Varoufakis. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wird er nicht etwa in seinen inhaltlichen Positionen kritisiert, sondern die versammelte Elite der Finanzpolitiker versucht ihn lächerlich zu machen und bezeichnet ihn als Schwätzer und Zocker. Geradezu als obszön bezeichnen sie seinen Vorschlag einer Umschuldung und teilweisen Entschuldung seines bankrotten Landes.

[48] Inzwischen hat die Euro-Gruppe einen legitimen Rahmen.

Die Geschichte von Yanis Varoufakis zeichnet ein ungeschöntes Bild der Machtverhältnisse in Brüssel. Sie zeigt, wie sehr die informellen Regeln das Spiel bestimmen. Es ist nicht die Bürokratie als solche, es ist noch nicht einmal die EU-Kommission und schon gar nicht das EU-Parlament. Es ist auch nicht einfach der Europäische Rat, der ohne Zweifel in der Finanzkrise an Macht gewonnen hat und die EU-Kommission teilweise entmachtet hat: Es sind die hybriden Beziehungen zwischen Akteuren und Interessen, die schnell und unbemerkt zu Machtkonstellationen führen und die auch schon mal irgendein Gremium nutzen, das es offiziell gar nicht gibt. Es sind die Grauzonen der Politik in Brüssel, die die Bemühungen um Transparenz und Demokratie in der Europäischen Union immer wieder ad absurdum führen. Die Machtprozesse in der Finanz- und Eurokrise haben unter anderem Joseph Vogl dazu gebracht, von Souveränitätsprozessen zu sprechen, die demokratische Strukturen aushebeln.

die Machtverhältnisse in seinem Ministerium noch die in der griechischen Regierung richtig zu beurteilen, geschweige denn die Führung in die Hand zu bekommen. Er scheiterte aber auch an den informellen Regeln der Machtpolitik in der EU. Mit seinen zum Teil brillanten Ideen knallte er ungebremst mit der geballten Macht der europäischen Interessenvertreter des Status Quo zusammen.

Dabei hat Yanis Varoufakis Europa einen großen Dienst erwiesen. Seine Weigerung, dem Ausscheiden Griechenlands aus der gemeinsamen Währung zuzustimmen war richtig. Stellen wir uns einmal vor, die Nord-Allianz in der EU (allen voran Deutschland und die Niederlande) hätte es geschafft, Griechenland aus der gemeinsamen Währung auszuschließen. Was wäre dann mit dem hochverschuldeten Italien gewesen? Italien hätte niemals akzeptiert, sich unter das Regime einer Troika oder eines Europäischen Stabilitätsmechanismus zu begeben. Italien hatte und hat massive finanzielle Probleme, aber Italien ist auch die drittgrößte Volkswirtschaft der Euro-

Zone. Und was wäre mit dem ebenfalls hoch verschuldeten Frankreich? Wie wäre die EU dann in den Brexit geschlittert? Mir kommt das kalte Grausen bei dieser Vorstellung.
Ganz sicher aber kann sich Yanis Varoufakis zufrieden zurücklehnen, wenn er auf die neuere und durch die Covid-Pandemie beschleunigte Entwicklung der EU schaut: Mit dem Wiederaufbau-Fonds haftet die EU zum ersten Mal gemeinschaftlich für Schulden. Damit ist dieses Thema nicht mehr von der Agenda zu bekommen – auch aufgrund der Ratschläge von Mario Draghi, des in unserer Zeit ohne Zweifel besten Kenners der EU und auch ihres besten Politikers.

Zum Schluss: **Angela Merkel**, **die Große**

Sie ist ein Sonderfall in der politischen Landschaft. Ohne die verzweifelte Lage, in der sich die Christdemokraten in der durch Helmut Kohl verursachten Parteispenden-Affaire manövriert hatten, wäre ihre Karriere in dieser von sich selbst so sehr überzeugten konservativen Partei vermutlich niemals möglich gewesen. So aber geschah es. Ihre 16-jährige Kanzlerinnenschaft wurde in den Medien kritisch beäugt: sie sei Minimalistin, habe zu wenig große Ideen, sie sei zu sozial orientiert als Christdemokratin und so weiter. Diese Kritik von etwas niederem Niveau wird ihr keinesfalls gerecht. Tatsache ist, dass sie dem Grundsatz von Hannah Arendt folgte, der besagt, Politik müsse der Faktenwahrheit verpflichtet sein. Tatsache ist auch, dass sie sich der Diskussion ihrer Politik aussetzte und manchmal sogar für das bessere Argument offen war, also jene hohe Kunst beherrschte, die auch Selbstkorrektur beinhaltet. Und Tatsache ist, dass sie die Großmeisterin des Kompromisses ist.
Sie kann als Kanzlerin der Krisen beschrieben werden: ab 2007 bis 2015 die Weltwirtschafts- und Eurokrise, 2013 Fukushima und der Supergau, ab 2014

die Ukraine-Krise, die Offenhaltung der Grenzen für Flüchtlinge 2015, die folgende Flüchtlingskrise und die Covid-Pandemie. Wesentlich für eine Beurteilung sind aber auch ihr Engagement für Umweltpolitik, für Frauen- und Familienpolitik. Ja, und dann ist da auch noch ihre Russland- und Ukraine-Politik.

Das war navigieren in schwerer See. Auch wenn sie manchmal nicht erfolgreich war, vertrauten ihr die Bürgerinnen und Bürger doch so sehr, dass sie auch die Wahl 2021 noch hätte gewinnen können.

Es gibt in ihrer Biografie zwei Ereignisse, die Angela Merkels Verhältnis zur Macht vielleicht charakterisieren können:

Vor der ersten gemeinsamen Bundestagswahl zwischen Ost und West ist sie Pressesprecherin und Direktkandidatin für ein Bundestagsmandat der mit der Ost-CDU verbundenen Initiative „Demokratischer Aufbruch“ (DA). Kurz vor der Wahl stellt sich heraus, dass der Vorsitzende Wolfgang Schnur für die Stasi gearbeitet hatte. Ohne sie auch nur zu informieren, veranstaltet die West-Berliner CDU eine Pressekonferenz zu dem Ereignis. Merkel findet einen Kollegen, der sie vom Osten der Stadt in Windeseile ins Schöneberger Rathaus fährt. Sie setzt sich in die Pressekonferenz: und beobachtet. Diese Fähigkeit zu beobachten, die eigenen Schlüsse zu ziehen und dann erst zu handeln, ist eine ihrer herausragenden Fähigkeiten. Dabei verstellt ihr auch die häufig sichtbare persönliche Eitelkeit von PolitikerInnen nicht den Blick. So konnte sie zur überragenden Pragmatikerin politischer Macht werden.

Das zweite Ereignis ist ihre Kandidatur für den Vorsitz der CDU im Jahr 2000. Sie weiß, dass die Granden und die Funktionäre der Partei sie nicht wollen. Trotzdem tritt sie an in der Hoffnung, das Votum der Delegierten gewinnen zu können. Mit einer engagierten Rede über soziale Marktwirtschaft und das christliche Menschenbild, das bei ihr tatsächliches Gewicht hat und nicht einfach Gerede ist, gewinnt sie die Wahl mit überwältigender Mehrheit.

Dieser Kompass der Verbindung von klassisch konservativer Politik mit christlicher Moral ist für sie ihr ganzes politisches Leben hindurch prägend.
Insgesamt aber wird sichtbar, dass Regierungsmacht ein überaus schwerfälliges, von sehr unterschiedlichen Interessen bestimmtes Gefüge ist – in dem sich die Akteurinnen und Akteure gleichwohl mit enormer Geschwindigkeit und Eleganz bewegen müssen. Das alles, bevor überhaupt auch nur eine Bürgerin oder ein Bürger egal auf welcher Ebene angesprochen wird.

5. Ein Zwischenruf: Alexander Kluge und Politik als das Bohren harter Bretter

Er war ein wunderbarer Dokumentarist unserer Zeit. Er sammelte Geschichten und interpretierte sie in überraschenden Kontexten. Er konnte Gerüche, Physis, Bewegungen, den Sound und Gefühle zu Geschichten formen. So auch in seinen 133 Geschichten über Politik. Ich habe mir aus seiner reichen Sammlung ein paar Zitate herausgepickt:
Er sieht das Bundeskanzleramt als Dampferanlegestation und stellt sich einen Spion vor, „der alle Vorgänge im Kanzleramt erforscht hätte (das wäre aber physisch und technisch nicht einfach, (er) wüsste noch nicht, was an Regierung geschieht. Dann müsste er das VORANGEGANGENE TUN und die Umstände erforschen, sodann die OBJEKTIVE MÖGLICHKEIT, die allen Handlungen und Entschlüssen Grenzen setzt. Er müsste darin Erfahrung gewinnen, wo Entschlüsse gefasst werden. Vielleicht sagt er: Es handelt sich um ein BUNDESAMT DES ZÖGERNS. Ein Teil der Bemühungen des Apparats und auch der Leitung geht dahin, falsche Entscheidungen zu vermeiden oder zu bremsen. Die Struktur des Kanzleramts bildet in Gestalt von Funktionseinheiten die Arbeit der Fachministerien ab. Mit Hilfe dieser Struktur hält sie ein Bremsorgan bereit, welches den Überschuss an

Impulsen mindert, ähnlich dem menschlichen Gehirn. Auch dieses ist nur scheinbar der Ort von Entschlüssen. In Wirklichkeit, so die Hirnphysiologen, hemmt dieses Organ die stürmischen Begehrlichkeiten, die aus den Körpern kommen.“ (KLUGE, 2011, S. 13)

Diese Beobachtung gilt allerdings nur für den sog. Normalfall und Kluge beschreibt die Zeit vor 2011 (da konnte er noch nichts wissen von den sehr schnellen Entschlüssen der Bundeskanzlerin, einmal den Atomausstieg nach dem Super-Gau in Fukushima, zum anderen 2015 die Entscheidung, die Grenzen vor dem Ansturm von Flüchtlingen nicht zu schließen. Damit hat sie die gesamte Gesellschaft und die Politik durcheinandergebracht).

Was aber macht die Persönlichkeit von Politikerinnen und Politikern so unverwechselbar? Zwei Assistenten sitzen an der Bar und unterhalten sich, während sie auf ihre Herren warten. Es geht um den Instinkt von Politikern: Der erste sagt: „Ich habe so etwas eigentlich nie bemerkt.“ Die Unterhaltung entwickelt sich und beide kommen zu dem Schluss, dass es so etwas nicht gibt. „Woraus besteht dann aber das, was ich bei einem Politiker spüre, schon wenn er zur Tür hereinkommt, und bisher als „politischen Instinkt“ bezeichnet habe?“ fragt der zweite. „Es ist eine Mischung. Jedes Element für sich wäre politisch katastrophal. Alles zusammen macht den Mann schnell und zielsicher. Für einen Ernteeinsatz oder im Dschungelkrieg wäre es untauglich.“

Alexander Kluge merkt an: „De homogenisierte Sphäre des Politischen kennt vermutlich wegen Zeitmangel keine eigenen Bezeichnungen für ihre Tugenden.“ (KLUGE, 2011, S.40/41). Alexander Kluge versucht das Unsagbare der Politik von verschiedenen Seiten her zu beschreiben.

Sehr häufig verlieren die Akteure jedes Gefühl für sich selbst. Dazu passt die folgende Geschichte: „Seit er sein Ministeramt angetreten hatte, verfügte er über keine Aufmerksamkeit mehr für seinen Körper. Was er aß, wann er ruhte, welche Menge an Sauerstoff seine Atemluft hatte, unterlag nicht seiner

Entscheidung. Er wurde im Heliokopter auf einen Sitzplatz geschoben, absolvierte nach Ankunft am Versammlungsort fünf Gänge eines offiziellen Essens, verhandelte bis Mitternacht und wurde schon von seiner Flugbereitschaft erwartet, die ihn bis zum Morgen auf einen anderen Kontinent fliegen wollte. … So blieb er ohne Aufmerksamkeit für die Hefepilzkulturen in seinem Darm, die bald auch Speiseröhre und Mund ergriffen. Gerade dass er bemerkte, wie sich die Fußzehen entzündeten und sich im Schritt die Haut rötete. … Die fremden Lebewesen richteten sich in ihm ein, verfolgten ihre eigene Politik. … Er reagierte mit einem Ausschlag, nicht bloß unter den Kleidern, sondern quer im Gesicht. Praktisch war kein Pressefoto mehr möglich. Es war nicht das Votum der Ärzte, sondern es waren professionelle Fehler, die er beging, die seine politische Laufbahn beendeten. Im Kern aber war es die unerwartete Hässlichkeit im Gesicht, mit welcher der Körper sich verteidigt hatte.“ (KLUGE, 2011, S. 78/79)

Schließlich kommt Kluge zu dem Schluss, dass es sich hier um eher etwas handelt, das sich im menschlichen Gehirn abspielt:

„Hinter der Stirn, mit stärkster Aktivität in der Mitte zwischen den Augen und dem Hinterkopf, domiziliert das ZOON POLITIKON, das politische Tier. Dessen Element, das Neuron, ist verblüffend einfach und wie der Hirnforscher Prof. Dr. Eric Kandel sagt: „Eigentlich dumm“.“ Es verfügt über drei elementare Reaktionen, die es ständig wiederholt. Erst in der Bewegung, welche die Milliarden von Neuronen miteinander bewirken, also ZWISCHEN ihnen, entsteht die SAPIENTIA. Hier liegt zum Beispiel die überwältigende Macht des PRINZIPS RECHT: Die Mehrheit der Verknüpfungen im Hirn empfinden Unlust an einer Rechtsverletzung. Es sind mehr Menschen in der gesellschaftlichen Evolution übriggeblieben, so Kandel, welche diese Disposition besitzen, als solche, die sie nicht aufweisen. Rechtsgefühl scheint eine Untergattung des Gleichgewichts zu sein. Sie hat ihren Sitz im Ohr, sagt Kandel.“ (KLUGE, 2011, S.223)

Ob es vielleicht ein noch unentdecktes Neuron gibt, das durch seine Bewegung so etwas wie eine Unlust an der Missachtung der Naturgesetze erzeugt? Es könnte etwas mit der Fähigkeit zu sehen zu tun haben…

6. Zivilisation und Demokratie

Politische Macht ist nur ein Teilbereich gesellschaftlicher Macht und gegenüber ökonomischer Macht eher begrenzt. Politik ist die Dimension von Macht, von der aus wir Veränderungen anstreben können. Und Demokratie ist nur dann lebendig, wenn des Menschen Recht, Rechte zu haben, in allen gesellschaftlichen Bereichen beachtet wird.

Einer, der sich der Komplexität gesellschaftlicher Machtverhältnisse widmete, ohne die alleinige Fokussierung auf politische Macht, ist Norbert Elias. Mit seiner Untersuchung der Geschichte der Zivilisierung gesellschaftlicher Verhältnisse gibt er den Takt vor – und erscheint heute ziemlich altmodisch. In seinem Werk "Über den Prozess der Zivilisation" und auch in seiner Arbeit „Über die Deutschen“ versucht er, den Blick auf den mehrdimensionalen Charakter der gesellschaftlichen Entwicklung zu schärfen und die sich gegenseitig beeinflussenden politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Faktoren sichtbar zu machen. Insofern ist Norbert Elias hilfreicher als Michel Foucault, der sich ziemlich ausschließlich auf den Aspekt der individuellen Disziplinierung im zivilisatorischen Prozess bezieht.

Elias sagt, man kann das Vorhandensein von „Staaten“ nicht verstehen, solange man sich nicht – sei es zunächst nur am Beispiel eines Landes – darüber Rechenschaft gibt, wie sich die Zentralinstitute des „Staates“ im Zuge einer ganz bestimmten Zwangsläufigkeit der Beziehungsstrukturen, der

ineinander verflochtenen Interessen und Aktionen, Schritt für Schritt herausbilden. (vgl. ELIAS, 1997, S.315).

Norbert Elias konzentriert sich auf die Geschichte Frankreichs (mit einigen Einschüben zu England und Deutschland). Er beschreibt mit penibler Genauigkeit am Beispiel Frankreichs den Prozess der Staatenbildung von der mehr oder weniger frei konkurrierenden Ritter-Gesellschaft zur hierarchischen, höfischen Gesellschaft zum Absolutismus und zur Bildung des Nationalstaates. [49]

Bildhaft ist seine Beschreibung der Entwicklung der höfischen Gesellschaft: Am Beginn des Mittelalters sei die Gesellschaft durch die freie und ungehemmte Konkurrenz der Ritter bestimmt gewesen, deren Kämpfe sich vor allem um den Besitz von Land drehten. Die wachsende Bevölkerung und die Knappheit des Bodens haben zu immer heftigeren Kämpfen und so zur Akkumulation zunächst des Bodens als wichtigstem Produktionsmittel und später der Verfügung über Geld in den Händen Weniger geführt. Durch die Entstehung größerer Höfe sei dann ein Teil der Rittergesellschaft zu Abhängigen geworden oder gar verarmt und habe neue Verhaltensweisen erlernen müssen. Hier fügt sich für Elias einer der grundlegenden Schritte der Zivilisierung ein – in Gestalt der Minnesänger, die aus der zu Landlosen gewordenen Schicht von Rittern stammen: „Möchte der höfische Sänger seiner Kunst und Person Achtung und Ansehen sichern, über den landfahrenden Spielmann erhob er sich dauernd nur dann, wenn er vom Fürsten oder der Fürstin in Dienst genommen wurde. Minnelieder, die er an eine noch nicht besuchte Herrin aus der Ferne richtet, hatten keinen anderen Zweck, als die Bereitwilligkeit und den Wunsch auszudrücken, bei der

[49] Bewusst lässt er den antiken Hintergrund weg mit dem Argument, hier habe es sich um Sklavenhaltergesellschaften gehandelt und außerdem seien ihre Gründungen meistens städtische Seehäfen gewesen. Das ist schade, denn Demokratien haben eine eigene Genesis, die städtisch ist. Und auch heute gilt noch, dass die Stadtgesellschaften von grundlegender Bedeutung für die Demokratie sind.

Adressatin Hofdienst zu leisten.“ (ELIAS, 1997, S. 113). Und: „In eben dieser Situation, nämlich an den großritterlichen Feudalhöfen, bildet sich zugleich eine festere Konvention der Umgangsformen, eine gewisse Mäßigung der Affekte, eine Regelung der Manieren heraus. Es ist jener Standard der Manieren, jene Konvention des Umgangs, jene Aufteilung des Verhaltens, der man in dieser Gesellschaft selbst den Namen der „Courtoisie“ gab.“ (ELIAS, 1997, S. 124). Elias bezeichnet diesen Prozess der Zivilisierung auch als „Affektmodellierung“.

Im Feudalismus dann habe eine Diversifizierung und Zentralisierung der Staatsgewalt stattgefunden, die die Grundlage für den Aufbau eines modernen Staatswesens gewesen sei. Am Beispiel des französischen Feudalismus zeigt Elias auf, dass die funktionelle Abhängigkeit eines Herrschers von immer größer werdenden Gruppen von Dienern und Untertanen im Wachsen ist, was dann schließlich zur Herausbildung einer stabilen institutionellen Struktur mit Beamtenschaft, stehendem Heer und eines ständischen Bürgertums führt. Sowohl die Zentralisierung wie auch die marktwirtschaftlichen Verflechtungen haben zur Verdichtung des sozialen „Interdependenzgeflechts“ geführt, die die Menschen zu komplexen Verhaltensabstimmungen, langfristiger Kalkulation, Beherrschung spontaner Affekte und Unterordnung momentaner Neigungen unter langfristige Ziele genötigt haben. Die Selbstkontrolle des Individuums tritt an die Stelle von außen wirkenden Zwängen. Die innere Scham- und Peinlichkeitsschwelle wird erhöht (Tabuisierung körperlicher Bedürfnisse, verfeinerte Tisch-, Schlaf- und Badesitten etc.). Diese „Zivilisierung“ vollzieht sich zuerst in den Oberschichten, deren Mitglieder sich selbst beherrschen müssen, um andere beherrschen zu können. Die Diffusion der neuen Verhaltensstandards nach unten entwertet sie als soziales Unterscheidungsmerkmal und nötigt die Elite zu weiterer Verfeinerung. Norbert Elias sagt, Soziogenese und Psychogenese seien aufeinander

bezogen und entscheidend für die Entwicklung der Gesellschaft: „Wenn man nach den gesellschaftlichen Prozessen fragt, dann muss man unmittelbar im Geflecht der menschlichen Beziehungen, in der Gesellschaft selbst die Zwänge suchen, die sie in Bewegung halten, und die ihr diese bestimmte Gestalt und diese bestimmte Richtung geben“ (Elias, 1997, S. 49). Der Entwicklungsstand der Zivilisierung in einer Gesellschaft entspricht exakt dem Entwicklungsstand der Herrschaftsbeziehungen, ein recht einfacher Mechanismus, vergleichbar einem Uhrwerk, meint Norbert Elias: „Ein Menschengeflecht, in dem kraft der Größe der Machtmittel relativ viele Einheiten miteinander konkurrieren, neigt dazu, diese Gleichgewichtslage (Balance vieler durch viele, relativ freie Konkurrenz) zu verlassen und sich einer anderen zu nähern, bei der immer weniger Einheiten miteinander konkurrieren können, sie nähert sich mit anderen Worten einer Lage, bei der eine gesellschaftliche Einheit durch Akkumulation ein Monopol über die umstrittenen Machtchancen erlangt.“ (ELIAS, 1997, S. 144). Im historischen Verlauf setzen sich so zunächst die größeren aristokratischen Höfe durch mehr oder weniger kriegerische Landokkupation durch, um dann, mit zunehmender Geldwirtschaft, das Gewalt- und Steuermonopol an sich zu ziehen, was aber zu Funktionsteilungen und neuen, von Privaten zu Öffentlichen und staatlichen Strukturen führt. Norbert Elias sieht hier eine Gesetzmäßigkeit, die er als Funktion der gesellschaftlichen Interdependenz beschreibt: „Wo immer die Funktionsteilung stark und überdies im Wachsen ist, da kommen die Wenigen, die in immer neuen Wellen Chancen monopolistisch für sich allein in Anspruch nehmen, durch ihre Angewiesenheit auf die Dienste aller anderen und damit durch ihre funktionelle Abhängigkeit von ihnen früher oder später in Schwierigkeiten und in Nachteil gegenüber den vielen. … Ein stark und wachsend funktionsteiliges Menschengeflecht drängt einfach durch das Eigengewicht, das ihm als Ganzem innewohnt, einer Gleichgewichtslage zu, bei dem die

Verteilung des Nutzens und der Erträge von monopolisierten Chancen zugunsten einiger Weniger unmöglich wird.“ (ELIAS, 1997, S. 161). Für Elias ist der Ansatz, Zivilisation als gesellschaftliches Interdependenzgeflecht zu denken, grundlegend für die Möglichkeit der Entwicklung der Herrschaft aller und damit von demokratischen Verhältnissen, die Freiheit, Gleichheit und Solidarität beinhalten.[50] Wir können davon ausgehen, dass die Weiterentwicklung der staatlichen Strukturen in zwischenstaatliche Organismen, die wie die Europäische Union staatliche Machtmonopole übertragen bekommen, ebenso wie die Entwicklung der globalen Kooperationsstrukturen im Sinn von Elias interpretiert werden können. Er sagt übrigens auch, dass Demokratie eine höhere Form der Zivilisation sei. Die Frage, die wir heute stellen, ist, wie es zu dieser massiven Erosion der Demokratien kommen kann, die wir heute erleben.

7. Theorien politischer Macht – ein Versuch zu Jürgen Habermas und Hannah Arendt

> „Ideale Theorien sind gewiss nicht sinnlos, aber sie blenden viele Dinge aus, die man bedenken muss, wenn man

[50] Norbert Elias schließt seine historische Untersuchung von Machtstrukturen mit der Französischen Revolution ab. In seiner Arbeit „Über die Deutschen“ geht er auf die Unterschiede zwischen Frankreich, England und Deutschland ein. Er sagt, in Frankreich und England habe sich eine stabile Zentralgewalt herausbilden können, in der schließlich das Bürgertum eine führende Rolle übernehmen konnte, während sich in Deutschland durch die schwache Position des Kaisers und durch die kleinteilige Fürstenherrschaft niemals eine solche Zentralgewalt herausgebildet habe und schließlich mit der Bismarck’schen Reichsgründung das adlig-militärische Preußen die Macht übernommen und das Bürgertum sich diesem Regime unterworfen habe.

politische Prozesse verstehen will“. Jens Bisky

Jürgen Habermas legt in seiner Theorie den klassischen Impuls der Aufklärung frei als Projekt der Selbst- und Welterkenntnis und sagt, darin liegt immer noch das bis jetzt nicht eingelöste Versprechen der gesellschaftlichen Emanzipation. Er kennzeichnet aber auch eine rätselhafte Initiative zum Gebrauch unserer vernünftigen Freiheit, die nicht mehr mit vernünftigen Argumenten erklärt werden kann. (vgl. Habermas, 2019, S.12) Der Gedanke der Aufklärung hat so einen nicht rationalisierbaren ethischen Kern.

In der „Theorie des kommunikativen Handelns“ wendet sich Habermas gegen die resignierte Schlussfolgerung von Theodor W. Adorno und Max Horkheimer in der „Dialektik der Aufklärung“, Vernunft, das Projekt der Moderne, sei angesichts des Geschichtsbruchs der Nazi-Herrschaft gescheitert. Habermas gibt die aufklärerische Vernunft nicht verloren unter der Bedingung, dass Kommunikation vernunftorientiert angelegt ist. Dann nämlich werden Argumente ausgetauscht und ihr Wahrheitsgehalt wird überprüfbar. „Der Begriff der Verständigung verweist auf ein unter Beteiligten erzieltes rational motiviertes Einverständnis, das sich an kritisierbaren Geltungsansprüchen bemisst.“ (Habermas, 1981, Bd. I, S. 114) Damit werden Argumente auf ihren Wahrheitsgehalt überprüfbar: „Nur vor dem Hintergrund einer objektiven Welt, und gemessen an kritisierbaren Wahrheits- und Erfolgsansprüchen, können Meinungen als systematisch falsch, Handlungen als systematisch aussichtslos, können Gedanken als Fantasien, als bloße Einbildungen erscheinen (...).“ (Bd. I, S. 83). Es ist aber auch klar, dass in der vernunftgeleiteten Kommunikation niemand die je existierende historische Lebenswelt verlassen kann: „Die kommunikativ

Handelnden bewegen sich stets innerhalb des Horizonts ihrer Lebenswelt; aus ihm können sie nicht heraustreten.“ (Bd. II, S. 192)

Für Jürgen Habermas ist die vernunftgeleitete Kommunikation auf die Findung von Konsens angelegt. Damit wird der Zusammenhang der gesellschaftlichen Entwicklung geprägt: „Unter dem funktionalen Aspekt der Verständigung dient kommunikatives Handeln der Tradition und der Erneuerung kulturellen Wissens; unter dem Aspekt der Handlungskoordinierung dient es der sozialen Integration und der Herstellung von Solidarität; unter dem Aspekt der Sozialisation schließlich dient kommunikatives Handeln der Ausbildung von personalen Identitäten.“ (Bd. II, S. 208)

In der Einleitung zum ersten Band sagt er dazu: „Zusammenfassend lässt sich sagen, dass normenregulierte Handlungen, expressive Selbstdarstellungen und evaluative Äußerungen konstative Sprechhandlungen zu einer kommunikativen Praxis ergänzen, die vor dem Hintergrund einer Lebenswelt auf die Erzielung, Erhaltung und Erneuerung von Konsens angelegt ist, und zwar eines Konsenses, der auf der intersubjektiven Anerkennung kritisierbarer Geltungsansprüche beruht.“ (Bd. I, S. 37). Ebenso wie die je historische Lebenswelt den Horizont vernunftgeleiteter Kommunikation darstellt, finden Verzerrungen durch die Kolonisierung durch spezifische Machtinteressen statt. Habermas identifiziert hier in erster Linie wirtschaftliche Macht, aber auch Finanzmacht (erinnert sei hier an den Slogan von der Finanzialisierung des Kapitalismus, der während der Finanzkrise geprägt wurde). Woraus wir den Schluss ziehen können, dass wir uns mit emanzipatorischen Strategien um eine Entkolonisierung der kommunikativen Praxis bemühen sollen.

Das zentrale Argument Habermas‘ ist die Möglichkeit des herrschaftsfreien Diskurses. Habermas sagt „Die harmlose Präsupposition der aufrichtigen

und unparteilichen Abwägung aller Argumente nötigt die Teilnehmer praktischer Diskurse dazu, mit eigenen Bedürfnissen und Situationseinschätzungen selbstkritisch umzugehen und die Interessenlagen der anderen aus den Perspektiven eines jeweils fremden Selbst- und Weltverständnisses zu berücksichtigen." (Habermas 2009, S.446) Die von Habermas als harmlose Präsupposition bezeichnete Fähigkeit wird auch als der zwanglose Zwang zum besseren Argument bezeichnet.

Jörg Tremmel interpretiert dies so: „Der zwanglose Zwang ist nichts anderes als das unangenehme Gefühl, dass der Andere Recht haben könnte, verbunden mit der Erwägung, den eigenen Stolz zu überwinden und seine frühere Meinung zu verwerfen." (TREMMEL, 2020, S.168).

Tremmel hat die Theorie der kommunikativen Vernunft und den „zwanglosen Zwang zum besseren Argument" auf ihre praktische Anwendbarkeit in der Politik untersucht. Er unterscheidet die verschiedenen Formen des Dialogs (wobei es ein Monologisierungsverbot geben muss): „Diskutieren, Deliberieren, Palavern, Argumentieren, Verhandeln. Zwei Idealtypen bieten sich zur Gegenüberstellung an: Deliberationen und Verhandlungen. Verhandlungen sind Kommunikationen mit dem Ziel, zwischen den Gesprächspartnern Vereinbarungen zu treffen. Dabei wird weder von den Verhandelnden gefordert, eigene Interessen dem Gemeinwohl unterzuordnen, noch ihre (unterschiedlichen) Machtmittel nicht einzusetzen. Deliberationen sind durch die Diskursregeln strukturierte Gespräche mit dem Ziel, eine Hypothese kooperativ zu prüfen und sich so über ihre Richtigkeit oder Falschheit so weit wie möglich zu verständigen. Dies ist das anspruchsvollere Ziel. ‚Verhandeln' ist, lebenspraktisch betrachtet, ein Müssen, ‚Deliberieren' ist ein Können." (Tremmel, 2020, S. 167). Dabei ist klar, dass es bei den allermeisten Dialogprozessen in der Politik um Interessenkonflikte geht, bei denen Kompromisse ausgehandelt

werden müssen, deshalb eignen sie sich nicht für den freien Diskurs. Interessenkonflikte sind für Lösungen im rationalen Diskurs also unzugänglich. Habermas selbst hat dies konstatiert, wie Tremmel anmerkt. Hinzu kommt, dass z.B. in Parlamentsdebatten die Partizipation im Wortsinn eingeschränkt ist durch Fraktionszwänge oder auch dadurch, dass nur bestimmte Abgeordnete das Rederecht erhalten.

Haben Deliberationen überhaupt eine Chance, praktisch Eingang in politische Auseinandersetzungen zu finden? Deliberative Demokratietheorie „besteht im Kern aus der Idee, dass nicht *nur* die Mehrheit (egal ob die Mehrheit in einem Bürgerforum, einer Wahl oder einem Referendum) in einer Demokratie entscheiden sollte, sondern eben *auch* das bessere Argument." (Tremmel, S.172)
Jörg Tremmel vermutet, dass sich die Möglichkeit der deliberativen Dialogform eher in Bürger-Debatten erschließt, die weniger vermachtet sind und in denen sich der zwanglose Zwang zum besseren Argument realisieren lässt. Dabei ist es aber wichtig, „die ideale Diskurssituation (ein Idealmodell) von der Diskurspraxis (die notwendigerweise unvollkommen ist) zu unterscheiden. Man darf nicht reale mit hypothetischen Diskursen – und entsprechend Lösungen, die Gesprächspartner *finden könnten* mit solchen, die sie *finden bzw. finden werden* – gleichsetzen. Entscheidend ist, dass der zwanglose und unbegrenzte Diskurs ein Modell ist, dem man sich immer nur mehr oder weniger annähern kann." (Tremmel, 2020, S.206)
Ob also das bessere Argument überhaupt Eingang in die institutionelle Politik finden kann, hängt wesentlich davon ab, ob Diskurs-Räume entstehen, die den vernunftgeleiteten Diskurs möglich machen. Manchmal scheint da so ein kleines Licht auf: dies sind jene seltenen Momente, in denen werte-geleitete offene Debatten über entscheidende gesellschaftliche Reformprojekte in den Parlamenten stattfinden und z.B. der Fraktionszwang

bei Abstimmungen aufgehoben wird. Ich will hier auch eine Beobachtung anfügen, die mich immer wieder erstaunt: Ausgerechnet im Europäischen Parlament sind solche werte-geleiteten Debatten weniger selten als in nationalen Parlamenten. Dies hat damit zu tun, dass der Fraktionszwang hier immer noch geringer ist als in nationalen Parlamenten, aber ohne Zweifel auch mit einer ganz eigenen Tradition des Hohen Hauses: Das Europäische Parlament verabschiedet immer wieder Resolutionen zu Menschenrechten auf der ganzen Welt und ist deshalb mehr als andere Parlamente an den Menschenrechten orientiert. Vielleicht wäre die Chance ethischer Rückbindung in der institutionellen Politik etwas besser, wenn es mehr solche freien Debatten und Entscheidungen in den Parlamenten gäbe, denn diese würden das Selbstdenken der politischen Akteure zumindest fördern. Wie sagt Jörg Tremmel am Schluss seines Buches so richtig: „Richtig sind Moralnormen nur dann, wenn sie durch Menschen, d.h. durch die menschliche Vernunft als richtig *erkannt* werden." (Tremmel, 2020, S. 271) Dies bedeutet, dass Vernunft im politischen Betrieb nur dann zum Tragen kommen kann, wenn die Akteurinnen und Akteure sie nutzen. Dann aber bleibt es eine Frage der individuellen ethischen Verankerung, ob Vernunft eine tragende Rolle im politischen Geschehen haben kann. No other chance!

8. Hannah Arendt, die Einzigartige

Hannah Arendt sagt, Macht entstehe in allen menschlichen Beziehungen. Sowohl in den öffentlichen wie in den privaten. Macht ist also nichts, was jenseits der menschlichen Beziehungen liegt, sondern ist ein Teil davon. Es kommt allerdings entscheidend darauf an, wie Macht-Beziehungen aussehen: sind sie Ausdruck eines willkürlichen oder geregelten Herrschaftsverhältnisses, wer übt Macht aus und wer ist das Objekt von Macht? Wie bauen sich Machtverhältnisse auf? Was ist der

Handlungszusammenhang von Macht? Macht ist in Herrschaftsverhältnisse eingebunden. Bedeutet dies, dass automatisch eine Seite herrscht und die andere beherrscht wird? Oder gibt es ausbalancierte Machtbeziehungen, in denen jede Seite ihre Interessen einbringen kann? Gibt es Machtbeziehungen, die nur auf zwei Seiten angelegt sind?
Hannah Arendts Theorie der Demokratie ist grundlegend für ein emanzipatorisches Verständnis von Gesellschaft. Dabei vertritt sie Positionen, die sie in Gegensatz zu den emanzipatorischen sozialen Bewegungen ihrer Zeit bringen: vor allem zur Frauen- und Schwarzen-Bewegung. Auch die Radikalität der Studentenbewegung kritisiert sie scharf. Sie ist gegen jede Bevorzugung bestimmter Gruppen. Dies ergibt sich direkt aus ihrem Verständnis von Demokratie. Sie sagt, jeder Mensch auf dieser Erde hat das Recht, Rechte zu haben und: Die Gleichheit vor dem Gesetz ist die Garantie für gesellschaftliche Diversität.

In ihrem Buch „Macht und Gewalt“ sagt sie, in der gesamten Literatur werde mit ganz wenigen Ausnahmen Macht und Gewalt als dasselbe angesehen, weil man von links bis rechts der einhelligen Meinung sei, dass Gewalt nichts weiter sei als die eklatanteste Manifestation von Macht. Gleichwohl gebe es wenige Autoren, die sich mit staatlicher Gewalt direkt auseinandersetzten. „Keinem, der dem Wesen der menschlichen Angelegenheiten, das sich in Geschichte und Politik manifestiert, nachdenkt, kann die Rolle, welche die Gewalt seit eh und je in den Beziehungen der Menschen zueinander gespielt hat, entgehen; und es ist auf den ersten Blick einigermaßen überraschend, dass sie so selten zum Gegenstand besonderer Untersuchungen gemacht wurde.“ (ARENDT, 1970, S.12)
Die Gleichsetzung von Macht und Gewalt führt für Hannah Arendt aber zu einem Irrtum: Staatsmacht ist in diesen Definitionen auf Gewalt aufgebaut und Ausdruck von Herrschaft über die Menschen. Diese wiederum beinhaltet

die Akzeptanz des Gedankens, dass die Unterjochung Anderer triebhaft im Menschen angelegt sei. Während Max Weber in seiner Rede über „Politik als Beruf“ sagt, dass jeder Staat auf Gewalt gegründet sei und ein nicht auf Gewalt gegründeter Verband pure Anarchie sei, kommt Hannah Arendt exakt zum gegenteiligen Schluss: Wenn diese Terminologien stimmen würden, dann wäre eine nicht auf Gewalt aufbauende friedliche Staatsform überhaupt nicht möglich.

Zu den Unterschieden zwischen Macht und Gewalt gehört, dass Macht immer von Zahlen abhängt, während Gewalt bis zu einem gewissen Grad von Zahlen unabhängig ist, weil sie sich auf Werkzeuge verlässt. ... „Der Extremfall der Macht ist gegeben in der Konstellation: Alle gegen einen, der Extremfall der Gewalt in der Konstellation: Einer gegen Alle. Und das letztere ist ohne Werkzeuge, d.h. ohne Gewaltmittel niemals möglich“. (ARENDT, 1970, S.43)

Sie unterscheidet – im Unterschied zur politischen Wissenschaft ihrer Zeit, die sie kritisiert – die Schlüsselbegriffe Macht, Stärke, Kraft, Autorität und schließlich Gewalt. „(Diese Begriffe) synonym zu gebrauchen, zeigt nicht nur, dass man das, was die Sprache eigentlich sagt, nicht mehr hören kann, was schlimm genug wäre; Der Unfähigkeit, Unterschiede zu hören, entspricht die Unfähigkeit, die Wirklichkeiten zu sehen und zu erfassen, auf die die Worte ursprünglich hinweisen.“ (ARENDT, 1970, S.44)

Hannah Arendt sagt, der Staat sei auf Konsens gegründet: „Was den Institutionen und Gesetzen eines Landes Macht verleiht, ist die Unterstützung des Volkes, die wiederum nur die Fortsetzung jenes ursprünglichen Konsenses ist, welcher Institutionen und Gesetze ins Leben gerufen hat.“ (ARENDT, 1970, S.57) Deshalb fußt Macht nicht auf Gewalt. Im Unterschied zu Macht charakterisiert Gewalt ein instrumentelles Verhältnis. (Vgl. ARENDT, 1970, S.45-47)

Dies ist der entscheidende Unterschied zu den allermeisten anderen Autoren und auch deshalb bemerkenswert, weil sich niemand in der politischen

Theorie und Philosophie so ausführlich mit Gewaltherrschaft im 20. Jahrhundert befasst hat wie sie. Ihr Werk „Ursprünge und Elemente totaler Herrschaft“ ist grundlegend für die Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Stalinismus. In einer kurzen Zusammenfassung dieses Buches verdeutlicht sie den Unterschied zwischen Macht, Gewalt und Terror: „Nirgends tritt das selbstzerstörerische Element, das dem Sieg der Gewalt über die Macht innewohnt, schärfer zutage als in der Terrorherrschaft, über deren unheimliche Erfolge und schließlich Scheitern wir vielleicht besser Bescheid wissen als irgendeine Zeit vor uns. Terror und Gewalt sind nicht dasselbe. Die Terrorherrschaft löst eine Gewaltherrschaft ab, und zwar in den, wie wir wissen, nicht seltenen Fällen, in denen die Gewalt nach Vernichtung aller Gegner nicht abdankt, sondern im Gegenteil die zentrale Kontrolle über den Staatsapparat ergreift. Die Gewaltherrschaft bezweckt und erreicht die Entmachtung der Gesellschaft, bis sie einer organisierten Opposition nicht mehr fähig ist, und dies ist der Augenblick, in dem der eigentliche Terror entfesselt werden kann. …Der entscheidende Unterschied zwischen totaler Herrschaft, die auf Terror beruht, und den verschiedenen Arten der Gewaltherrschaft besteht darin, dass die erstere nicht nur ihren Gegnern, sondern auch ihren Freunden und Anhängern den Garaus macht, da sie sich gegen Macht schlechthin, also auch gegen die mögliche Macht organisierter Anhänger wendet. … Politisch gesprochen genügt es nicht zu sagen, dass Macht und Gewalt nicht dasselbe sind, Macht und Gewalt sind Gegensätze: wo die eine absolut herrscht, ist die andere nicht vorhanden.“ (ARENDT, 1970, S.56/57) Aber es gilt auch: „Wo Befehlen nicht mehr gehorcht wird, sind Gewaltmittel zwecklos“. (ARENDT, 1970, S.50) Und so kommt sie zu dem Schlüsselsatz, der für ihr Verständnis von Macht entscheidend ist:

Macht entspricht der menschlichen Fähigkeit, nicht nur zu handeln oder etwas zu tun, sondern sich mit anderen zusammenzuschließen und im

Einvernehmen mit ihnen zu handeln. Über Macht verfügt niemals ein Einzelner: sie ist im Besitz einer Gruppe und bleibt nur so lange existent als die Gruppe zusammenhält.

Dies ist zugleich die Begründung von Hannah Arendts Demokratiebegriff. Dabei bezieht sie sich auf die Verfassung der athenischen Polis, die von Isonomie sprach, einer Organisation der Gleichen im Rahmen des Gesetzes und sie bezieht sich auf die res publica der Römer, die öffentliche Sache, die eine Civitas – Bürgervereinigung – darstellen sollten.[51] Sie sieht darin einen anderen Macht- und Gesetzesbegriff „dessen Wesen nicht auf dem Verhältnis zwischen Befehlenden und Gehorchenden beruht und der Macht und Herrschaft oder Gesetz und Befehl nicht gleichsetzt“ (S. 41).

Die Zustimmung des Volkes sei die Voraussetzung für die Herrschaft der Gesetze – doch diese Zustimmung „ist niemals bedingungslos und kann es mit dem fraglosen Gehorsam aufnehmen, den ein Akt der Gewalt erzwingt - mit dem Gehorsam, auf den jeder rechnen kann, der mir die Pistole auf die Brust oder das Messer an die Kehle setzt, um mir die Handtasche zu entreißen oder eine Bank auszuplündern. Aber dieser Gehorsam erzeugt und verleiht keine Macht.“ (S.42) Sie fasst zusammen: „Politisch gesprochen genügt es nicht zu sagen, dass Macht und Gewalt nicht dasselbe sind. Macht und Gewalt sind Gegensätze: Wo die eine absolut herrscht, ist die andere nicht vorhanden. Gewalt tritt auf den Plan, wo Macht in Gefahr ist; überlässt man sie den ihr selbst innewohnenden Gesetzen, so ist das Endziel, ihr Ziel und Ende, das Verschwinden von Macht. So kann man auch nicht eigentlich sagen, das Gegenteil von Gewalt sei eben die Gewaltlosigkeit. Von

[51] Der Rückbezug auf die athenische Polis ist nicht unproblematisch: „Wir sollten allerdings nicht vergessen, dass die Poleis mehr oder minder kleine Städte waren (Athen ausgenommen), in denen Vollbürger-Eliten regierten, bei übersichtlichen Formen der Kommunikation und Entscheidung (Frauen, Metöken, Fremde und Sklaven ausgeschlossen – also die Mehrzahl der Bewohner). Wir übersehen oftmals, dass die Politik der Poleis Eliten-Selbstherrschaft war. (PRIDDAT, 2021, S.124)

„gewaltloser“ Macht zu sprechen, ist ein Pleonasmus. Gewalt kann Macht vernichten; sie ist gänzlich außerstande, Macht zu erzeugen.“ S. (57)

Macht ist an Legitimität und in der Demokratie an gemeinsame Werte gebunden. Auch hier formuliert Hannah Arendt Grundsätzliches: „Was den Menschen zu einem politischen Wesen macht, ist seine Fähigkeit zu handeln; sie befähigt ihn, sich mit seinesgleichen zusammenzutun, gemeinsame Sache mit ihnen zu machen, sich Ziele zu setzen und Unternehmungen zuzuwenden, die ihm nie in den Sinn hätten kommen können, wäre ihm nicht diese Gabe zuteilgeworden: etwas Neues zu beginnen. Philosophisch gesprochen ist Handeln die Antwort des Menschen auf das Geborenwerden als eine der Grundbedingungen unserer Existenz: da wir alle durch Geburt, als Neuankömmlinge und als Neu-Anfänge auf die Welt kommen, sind wir fähig, etwas Neues zu beginnen; ohne die Tatsache der Geburt wüssten wir nicht einmal, was das ist: etwas Neues; alle „Aktion“ wäre entweder bloßes sich verhalten oder Bewahren. Keine andere Fähigkeit außer der Sprache, aber weder Verstand noch Bewusstsein, unterscheidet uns so radikal von jeder Tierart. … Alle dem Leben zugeschriebenen schöpferischen Qualitäten, die sich angeblich in Macht und Gewalt manifestieren, sind in Wahrheit einzig der Fähigkeit zu handeln geschuldet. … Macht und Gewalt sind keine Naturphänomene und können mit Metaphern, die dem Lebensprozess entnommen sind, niemals adäquat erfasst werden. (ARENDT, 1970, S.81/82).

Sie schließt diese Sequenz mit einer Kritik des Fortschrittsglaubens, der in seiner Unerbittlichkeit die menschliche Fähigkeit zu handeln negiere und dazu führe, dass immer gigantischere Verwaltungsapparate notwendig seien um nicht im Chaos zu versinken. Hannah Arendts Definition der Bürokratie als Niemandsherrschaft sowie der Begriff der Entwirklichung (aus „Wahrheit und Lüge in der Politik“) sind ebenso radikal wie wegweisend. Hier setzt auch ihre Kritik der Monopolisierung von Macht an: „Was immer die wirtschaftlichen und administrativen Vor- und Nachteile eines

zentralisierten Staatsapparates sein mögen, die politischen Konsequenzen sind immer die gleichen: Monopolisierung der Macht führt zur Austrocknung oder zum Versickern aller lokalen Machtquellen des Landes, und damit letzten Endes zu einem offenbaren Machtverlust.“ (ARENDT, 1972, S.84) Anhand einiger Beispiele führt sie an dieser Stelle den Begriff der „Ohnmacht der Macht“ ein. Zum Schluss ihrer kurzen Schrift sagt sie: „Wiederum wissen wir nicht, wohin diese Entwicklungen uns führen. Aber wir wissen oder sollten wissen, dass jeder Machtverlust der Gewalt Tür und Tor öffnet, und sei es nur, weil Machthaber, die fühlen, dass die Macht ihren Händen entgleitet der Versuchung, sie durch Gewalt zu ersetzen, nur selten in der Geschichte haben widerstehen können.“ (ARENDT, 1972, S. 86)

Wenn wir aber nicht nur auf die großen Gefahren, sondern auf die kleinen Missbräuche, auf die persönliche Schäbigkeit und die täglich beobachtbaren mutwilligen Verdrehungen von Fakten schauen, dann sehen wir, dass die ethische Bindung von Politikerinnen und Politikern relativ schwach ist. Sie ist der persönlichen Disposition jedes Einzelnen überantwortet. Genau hier muss die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit – also der Medien und der Bürgerinnen und Bürger – einsetzen, die sofort reagieren und sagen, „na hör mal, so geht das aber nicht“. Tut sie das? Als der bayerische Ministerpräsident den Bundeskanzler-Kandidaten der CDU/CSU im Wahlkampf 2021 offen delegitimierte, war das Echo sehr verhalten. Als die Bildzeitung im Frühjahr 2023 mit freundlicher Schützenhilfe der Freien Demokraten den grünen Wirtschaftsminister Robert Habeck zur Unperson herabschrieb, gab es kaum Protest. Dies sind nur zwei der neueren Beispiele. Nicht unerwähnt bleiben kann auch der Fall des bayerischen Vize-Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger, der in seiner Jugend mit antisemitischen Aktionen aufgefallen war. Hier hat sich die liberale Öffentlichkeit sehr deutlich geäußert, im zuständigen Bundesland Bayern jedoch wurde der Fall aber unter dem Aspekt „bayerische Folklore“ abgelegt. Einen Fortschritt bedeuten die seit

2022 in Kraft gesetzten Transparenzregeln für Nebeneinkünfte von Bundestagsabgeordneten: sie müssen nun alle Nebeneinkünfte, die 1000 Euro im Monat oder 3000 Euro im Jahr übersteigen, veröffentlichen…
Es bleibt die Frage, warum der Wettbewerb nicht zivilisierter organisiert werden kann.
In den letzten Jahren findet eine neue Praxis den Respekt der institutionellen Politik, die dem vernunftgeleiteten Diskurs vielleicht eine neue Chance gibt: Angeregt durch das Beispiel in Irland, wo ein allgemeiner Bürgerrat die institutionelle Politik bei Reformen beriet, findet die Idee von Bürgerräten nun auch in Deutschland Aufmerksamkeit – ob die Idee eine Chance hat, den demokratischen Diskurs zwischen Gesellschaft und Politik zu beleben, muss sich erst noch erweisen.

9. Les Siècles des Lumières?

Erinnern wir uns eigentlich noch an die Geschichte der Aufklärung des 18. Jahrhunderts und ist uns noch bewusst, welch einzigartiges Geschenk wir erhalten haben? Hier eine kleine Erinnerungshilfe:

Der Wertekontext von Demokratie ist bestimmt durch den Geist der Aufklärung und wurde in den Menschenrechten formuliert.

Wie kam es eigentlich dazu?

Die Geschichte der Menschenrechte ist viel älter als das Zeitalter der Aufklärung. Diese Geschichte kann zurückverfolgt werden bis zur alt-griechischen Stoa und es gibt eine nicht zu unterschätzende Spur im Christentum.

Das Zeitalter der Aufklärung knüpft an den Humanismus der italienischen Renaissance an und an den Siegeszug des Wissens von der Welt und der Entdeckungen seit der (Wieder-)Entdeckung, dass die Erde rund ist durch Galileo Galilei im 16. Jahrhundert.

1751 erschienen in Paris die ersten der 17 Bände der von Denis Diderot und Jean-Baptiste le Rond d'Alembert herausgegebenen „Encyclopédie ou dictionnaire raisonné des sciences, des arts et des métiers". Dies war die erste umfassende Bibliothek des Wissens.

1784 veröffentlichte Immanuel Kant seinen Essay „Was ist Aufklärung?" Bereits in den ersten Sätzen erklärt er: „*AUFKLÄRUNG ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit* ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. *Selbst- verschuldet* ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschließung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines andern zu bedienen. *Sa pere aude!* Habe Mut, dich deines *eigenen* Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung."

Er befasst sich damit, warum Menschen sich in Unmündigkeit begeben und sich „Vormündern" unterwerfen – dies sei im Privaten, wo Menschen gehorchen müssen, durchaus notwendig. Aber: Aufklärung sei ein öffentliches Gut: „Zu dieser Aufklärung aber wird nichts erfordert als *Freiheit*; und zwar die Unschädlichste unter allem, was nur Freiheit heißen mag, nämlich die: von seiner Vernunft in allen Stücken *öffentlichen Gebrauch* zu machen." Auch sagt Kant über seine Epoche, sie sei nicht aufgeklärt, aber sie sei das Zeitalter der Aufklärung. Revolutionen seien übrigens nicht dazu geeignet, den Prozess der Aufklärung zu befördern, sie könnten lediglich

massive Ungerechtigkeit beseitigen. Und so kommt er zu dem Schluss: „Wenn denn die Natur unter dieser harten Hülle den Keim, für den sie am zärtlichsten sorgt, nämlich den Hang und Beruf zum *freien Denken,* ausgewickelt hat: so wirkt dieser allmählich zurück auf die Sinnesart des Volks (wodurch dieses der *Freiheit zu handeln* nach und nach fähiger wird), und endlich auch sogar auf die Grundsätze der *Regierung*, die es ihr selbst zuträglich findet, den Menschen, der nun *mehr als Maschine* ist, seiner Wurde gemäß zu behandeln.“ [52]

Es ist erfrischend, sich den Text von Kant in Erinnerung zu rufen. Freiheit in den öffentlichen Angelegenheiten ist für ihn die Voraussetzung dafür, dass Menschen das Selbstdenken erlernen können – aber für ihn ist es (noch) völlig akzeptabel, dass Menschen in den privaten Dingen unfrei sind. Allerdings gibt er bereits einen Hinweis darauf, wo ein Problem liegen könnte: dass wir mehr als Maschinen sind …

Früher als in Europa begann die politische Moderne in Amerika: Die „Virginia-Declaration of Human Rights“ wurde die Grundlage der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika: Am 4. Juli 1776 nahm der Kongress die von Thomas Jefferson ausgearbeitete Unabhängigkeitserklärung an. "Wir halten folgende Wahrheiten für selbstverständlich: dass alle Menschen gleich geschaffen sind; dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind; dass dazu Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören", heißt es in der 15 Artikel umfassenden Erklärung, auch wenn im damaligen Amerika die Sklaverei fortdauerte, die indigene Bevölkerung vertrieben wurde und Frauen kein Wahlrecht hatten.

[52] Zit. Nach: Utopie kreativ, Heft 159, Januar 2004, Seite 5-10

Europa wurde durch den Paukenschlag der Französischen Revolution 1789 wach. In Frankreich war die Empörung des Volkes gegen das „ancien régime“ immer mehr angewachsen. Der Staat war bankrott, die Könige und ihre Höflinge feierten Feste und führten kostspielige Kriege. Jahrelang hatte das Volk dafür bezahlt. 1789 wurde die Ständeversammlung einberufen und das Bürgertum, der dritte Stand, erklärte sich zur Nationalversammlung. Am 14. Juli schließlich begann die Revolution mit dem Sturm der Bastille und die Nationalversammlung verkündete die allgemeine Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.
Das bedeutete keineswegs, dass nun alle Menschen die gleichen Rechte hatten: in den USA wurden die indigenen Nationen weiter unterdrückt und es herrschte Sklavenwirtschaft, auch Frankreich respektierte keineswegs die Rechte aller Menschen, und der Ausschluss von Frauen brachte Olympe de Gouges 1791 dazu, die Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin zu fordern.

Der Siegeszug der Idee der liberalen Demokratie war trotz aller Kämpfe und Verwerfungen nicht aufzuhalten. Untrennbar verbunden damit ist die Entwicklung des Kapitalismus als übergreifendem polit-ökonomischem System. Und genau hier liegt der Webfehler. Immanuel Kant hatte Freiheit als öffentliches Gut charakterisiert. Die Abhängigkeit in allen privaten Bereichen hat er nicht angetastet. Hier herrschten Unterdrückung und Ausbeutung. Friedrich Engels hat dies in „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ eindrücklich beschrieben. Und die Geschichte der Arbeiterbewegungen, der Frauenbewegungen und die Befreiungsbewegungen belegen den jahrhundertelangen Kampf um die Zivilisierung des Kapitalismus. Wir müssen zugestehen, dass dies partiell auch immer wieder gelungen ist – aufgrund der Tatsache, dass in der Demokratie politischer Spielraum für alle Akteure existiert.

Demgegenüber sagt Karl Marx, „dass der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“. (MEW, Band 1, S. 385)

Ist alles also nur schöner Schein? Karl Marx und Friedrich Engels sagen im Manifest der kommunistischen Partei „die herrschenden Ideen sind die Ideen der Herrschenden“ und: Das Proletariat muss sich durch das Erkämpfen der Demokratie zur herrschenden Klasse machen, den Staat beherrschen, die Diktatur des Proletariats errichten und durch vorübergehend despotische Maßnahmen die bürgerlichen Produktionsverhältnisse beseitigen. Erst dann kann das Proletariat von der „Klasse an sich“ zur „Klasse für sich werden“ und die Befreiung der Menschheit aus Unterdrückung und Ausbeutung einleiten. Radikal gedacht –in der Realität aber in autoritären Systemen stecken geblieben und gescheitert.

Es war die Sozialdemokratie, die nach der Bismarck’schen Reichsgründung von 1871 an allgemeinen Wahlen teilnahm und die Frage der sozialen Gerechtigkeit ins Parlament trug (und auch das Frauenwahlrecht in Deutschland einführte), während der Vorbehalt gegen die liberale Demokratie bei den nach dem 1. Weltkrieg gegründeten Kommunisten so stark war, dass sie zunächst die Teilnahme an Wahlen verweigerten. Allein Rosa Luxemburg plädierte 1918 für eine Wahlbeteiligung. Nach ihrer Ermordung setzte ihr Freund Paul Levi als Vorsitzender der KPD die Beteiligung an Wahlen durch. Gegen die liberale Demokratie entwickelte die Linke das Konzept der Räte-Demokratie, den einzig echten Versuch einer Begründung der Demokratie von links. Die siegreichen Bolschewiki in Russland benutzten den Namen, aber warfen die Idee schnell auf den Müllhaufen der Geschichte und bedienten sich Lenins Diktats der Herrschaft der Partei. Das Verhältnis der kommunistischen Welt zu Wahlen blieb rein formalistisch – war doch die Herrschaft der Einheitsparteien ehernes Gesetz.

Und auch heute noch, nach dem Scheitern der sowjetisch dominierten sozialistischen Despotie kann man bei vielen radikaleren Linken auch in Westeuropa ein funktionalistisches Verhältnis zur Demokratie feststellen.

10. Anmerkungen von Norbert Elias zum Scheitern der ersten deutschen Demokratie

Norbert Elias hat in seinen „Studien über die Deutschen“ gefragt, wie es ausgerechnet in Deutschland zu dem Zivilisationsbruch durch die Nazi-Herrschaft kommen konnte. Von der Bismarck’schen Reichsgründung 1871 bis zum Ende der Weimarer Republik analysiert er die politische und soziale Entwicklung. Es lohnt sich, diesen Text über die aktuellen Entwicklungen von rechtsradikalen Parteien und Bewegungen zu legen, denn es gibt da einige Ähnlichkeiten. Er vergleicht Deutschland mit der staatlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in Frankreich, England und den Niederlanden. Seine Analyse der Zeit zwischen 1918 und 1933 und das Scheitern der ersten deutschen Demokratie hat einen besonderen Ton:

1918 spaltete sich die Arbeiterschaft in zwei Lager. Norbert Elias sagt dazu: „Wäre die Industriearbeiterschaft einheitlich organisiert gewesen, dann hätte ihre Partei im Rahmen einer Verfassung, die der Partei mit der größten Stimmenzahl Herrschaftsrechte zusprach, möglicherweise eine langdauernde Vormachtstellung gewonnen. Aber als unbeabsichtigte Folge der russischen Revolution und des Herrschaftsantritts der kommunistischen Partei in Russland spaltete sich die organisierte Arbeiterschaft in Europa in zwei Lager, die sich bitter befehdeten – in das Lager derer, die einer Organisation der Gesellschaft im Interesse der Arbeiterschaft unter Verzicht auf Gewalt, und derer, die sie nach dem russischen Beispiel letztlich durch

Gewaltgebrauch herbeizuführen suchten.“ (ELIAS, 1992, S. 282) Wäre, hätte, wenn …

„Deutschland war ein Land, in dem sich, gemäß seiner Spätentwicklung zu einem Nationalstaat, auch großer bürgerlicher Reichtum in der Neuzeit erst spät entwickelte.“ (ELIAS, 1992, S.63) Unternehmer, Großkaufleute und Bankiers spielten in der Hierarchie der „Guten Gesellschaft“ im Kaiserreich keine große Rolle: „So behielt im Innern des neugeeinten deutschen Reiches die traditionelle Herrenschicht Deutschlands, Fürsten und Adel, die Vormacht. Und den bürgerlichen Pionieren fiel die Einigung in den Schoß, ohne dass sie dadurch das Ziel ihres Sozialkampfes, ihr ständisches Ziel: die Entmachtung des Adels, die Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, erreichen konnten… Dass die Einigung durch einen siegreichen Krieg herbeigeführt wurde, verschaffte den adligen Offizieren und dem Militär insgesamt in dieser Gesellschaft ein umso höheres Prestige. “ (ELIAS, 1992, S. 73/74) Demgegenüber hat sich das aufstrebende Bürgertum an den Verhaltenskanon des Adels angepasst. Elias geht in diesem Zusammenhang vor allem der Rolle der Burschenschaften nach, die für die bürgerliche Elite an den Universitäten das Prinzip der Satisfaktionsfähigkeit – dargestellt im Duell – in ihrem Ehrenkanon pflegten. „Die Gesellschaft der Satisfaktionsfähigen, in der Adlige und Bürgerliche, hierarchisch abgestuft, durch die gleichen Verkehrsformen, durch den gleichen Kanon der Selbststeuerung miteinander verbunden waren, bestand, wie man sieht, aus einem militärischen und einem zivilistischen Sektor.“ (ELIAS, 1992, S.80/81) „Es bedeutete zugleich eine stärkere Durchdringung als je zuvor des früher einmal anti-höfisch und auf soziale Gleichheit ausgerichteten bürgerlichen Kanons mit Elementen des monarchisch-aristokratischen Kanons, der entsprechend der sozialen Lage und Tradition seiner Trägerschicht auf ein Kriegsethos abgestellt war, auf Bewahrung der Ungleichheit unter Menschen, auf die Bewertung des Stärkeren als des Besseren und so auf die

Unabänderlichkeit der Härte des Lebens.“ (ELIAS, 1992, S. 83). Darüber hinaus war das wilhelminische Deutschland ein nach der Art von Neureichen seiner selbst nicht ganz sicheres Establishment. Kurzum, das deutsche Bürgertum hat seine Emanzipation verpasst und dies sollte sich nach 1918, nach dem verlorenen 1. Weltkrieg, als Verhängnis in der weiteren Entwicklung herausstellen. 1918 verlor die adlige Schicht ihre Vorrangstellung. „Aber dieser Gewinn wurde durch den Machtzuwachs aufgewogen, den die organisierte Arbeiterschaft durch den Zerfall des absolutistischen Regimes und den Übergang zu einer authentischen parlamentarischen, also von Stimmenmehrheit abhängigen, Republik errang.“ (ELIAS, 1992, S.282) Die Spaltung der Arbeiterschaft in eine nationale reformorientierte und eine „russophile“ Gruppe verhinderte allerdings die Realisierung ihrer Machtpotentiale. Die russische Revolution ist das Paradebeispiel des Gebrauchs außerstaatlicher Gewalt für die Durchsetzung politischer Ziele: „Nach der russischen Revolution wurde sie zu einem integralen Bestandteil des Planens machtschwächerer Außenseitergruppen. Außerdem unterstützten die in Russland durch den Gebrauch außerstaatlicher Gewalt an die Macht gekommenen Führer und deren Nachfolger, die nun Herrn eines mächtigen Reiches waren, die Ausbreitung ihrer Ideale auf sympathisierende Gruppen anderer Länder.“ (ELIAS, 1992, S. 284)

Das Gewaltmonopol des Staates wird aber auch von einem Teil des Bürgertums außer Kraft gesetzt, der die außerstaatliche Gewalt gegen die Arbeiterorganisationen unterstützte. „Aber während die gewaltbejahenden und die gewaltverneinenden … Arbeiterorganisationen einander heftig bekämpften, gab es zwischen den analogen bürgerlichen Organisationen ein offenes oder stillschweigendes Bündnis. Nicht nur Wehrverbände, Geheimbünde und andere gewalttätige Gruppen, sondern weite bürgerliche Kreise, die nicht bereit waren, im innerstaatlichen Kampfe persönlich Gewalt

anzuwenden, waren der Republik feindlich gesonnen. So zögerten die letzteren nicht, mit allen möglichen Mitteln die ersteren zu unterstützen.“ (ELIAS, 1992, S.285) Elias geht noch weiter und sagt „Die Zerstörung des parlamentarisch-republikanischen Regimes war … schon in den ersten Nachkriegsjahren eines der politischen Ziele von weiten Teilen des deutschen Bürgertums. Das andere war die militärische Aufrüstung als Schritt auf dem Wege zur Wiedergewinnung der Großmachtstellung Deutschlands.“ (ELIAS, 1992, S. 293) Letzten Endes ist die Weimarer Republik am katastrophalen Versagen des Bürgertums gescheitert, sagt Norbert Elias.

Mit der Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus und dem Geschichtsbruch war es vorbei mit den aufklärerischen Träumen. Max Horkheimer und Theodor W. Adorno schrieben zwischen 1939 und 1944 ihre „Dialektik der Aufklärung“ im amerikanischen Exil unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Sie fragten, wie es denn sein kann, dass die Aufklärung nicht in die Befreiung der Menschen aus selbstgewählter Unmündigkeit, sondern in Auschwitz endete? Die Antwort auf diese Frage sei in der unreflektierten Aufklärung selbst zu suchen, die in der fortschreitenden Konzentration auf industrielle Vernunft auch die Menschenbeherrschung immer weiter vertieft habe. Sie sagen „Aufklärung schlägt in Mythologie zurück“ (Horkheimer/Adorno, 2006, S.5). Das philosophische Fragment schließt resigniert: „Mit der Preisgabe des Denkens, das in seiner verdinglichten Gestalt als Mathematik, Maschine, Organisation an den seiner vergessenden Menschen sich rächt, hat Aufklärung ihrer eigenen Verwirklichung entsagt.“ (Horkheimer/Adorno, 2006, S.40)

Bis heute gibt es Vorbehalte gegen das Prinzip der parlamentarischen Demokratie: Johannes Agnoli, der deutsch-italienisch-westberliner Intellektuelle prägte ab Ende der 60-er Jahre mit seinem Text über die

Transformation der Demokratie die These, dass sich die Parlamente zu vor- und antidemokratischen Institutionen zurückgebildet haben, die den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit harmonisieren und statt des Volkswillens nur noch die Interessen der mächtigen Wirtschaftsoligarchien repräsentieren. Mit etwas zeitlichem Abstand aber fast nahtlos an Agnoli schließt Colin Croach 2004 mit der pointierten These an, dass wir mehr und mehr in Scheindemokratien leben, in denen Wahlen wie Show-Veranstaltungen inszeniert werden, während die wirkliche Politik jenseits der Öffentlichkeit von Eliten hinter verschlossenen Türen gemacht wird. Diese These ist auch das Stichwort für Joseph Vogl. Er untersucht in seinen Schriften seit der Finanzkrise 2008 die Machtkonzentration der informellen Finanz- und Plattformindustrien und stellt – auch historisch – einen Souveränitätseffekt fest, der alle politisch geregelten institutionellen Verfahren außer Kraft setzt. Er sagt, der neo-liberale Wahn der aktuellen Wirtschaftsordnung erlaube keine umfassende staatliche Souveränität, sondern schaffe „seignorale Akteure", die ohne demokratische Kontrolle ihre Interessen verfolgen. In der digitalen Plattform-Industrie werde zudem eine neue von Ressentiments angetriebene Affektdynamik bei den Nutzern produziert, die vernunftgeleitete Debatten vollends unmöglich mache. [53]

Ist damit alles gesagt? Nein, sagen Hannah Arendt und Jürgen Habermas. Es ist nicht ausgemacht, dass die instrumentelle Vernunft die Kräfte der Selbstbefreiung dauerhaft unterdrücken kann.

11. Das Eigengewicht des Gesamtprozesses und Demokratie

10) Vgl. hierzu: Johannes Agnoli (1967), Colin Croach (2008, 2013), Joseph Vogl (2009, 2021)

Norbert Elias schließt seine große Arbeit zu Prozessen der Zivilisation mit einem positiven Ausblick. Er sagt, dass es durch die wachsende Interdependenz und Funktionsteilung in der Gesellschaft dauerhaft nicht möglich ist, den Prozess der Zivilisierung aufzuhalten, denn dieser „drängt einfach durch das Eigengewicht, das ihm als Ganzem innewohnt, einer Gleichgewichtslage zu, bei dem die Verteilung des Nutzens und der Erträge von monopolisierten Chancen zugunsten einiger Weniger unmöglich wird." (ELIAS, 1997, S. 161) Die politische Form für diesen Prozess ist die Demokratie. In seinem Text über die Deutschen sagt Elias, die Mehrparteien-Demokratie sei eine höhere Form der Zivilisation als alle anderen Formen.

Schauen wir einen Augenblick darauf, wo wir uns in dem zivilisatorischen Prozess befinden. Die Komplexität der Verhältnisse heute hat mit der Globalisierung unbezweifelbar einen Grad erreicht, der noch vor 50 Jahren unvorstellbar gewesen war. Nationale, transnationale und globale Prozesse existieren nebeneinander – ergänzen sich oder stehen im Widerspruch zueinander. Jeder Spieler auf dem globalen Schachbrett versucht, die eigenen Interessen durchzusetzen. Das gemeinsame „common good of humanity", welches die Vereinten Nationen vertreten, wird dabei grausam missachtet. Aber wir begreifen langsam, viel zu langsam, dass in diesem Spiel nicht nur die Zerstörung der Regenerationsfähigkeit der Erde und der für das Überleben der Menschheit absolut existentiellen Ressourcen Luft und Wasser immer bedrohlicher wird, auch die Entwicklung der neuen digitalen Technologien schreien nach gemeinschaftlicher Regulierung.

Die Komplexität der Verhältnisse ist kaum noch fassbar. Mit der digitalen Revolution gibt es erneut globale Monopole, die die gesamte Welt dominieren – und es gibt in einzelnen Branchen, wie im Energiesektor, massive Machtkonzentrationen. Potenziell könnte der Prozess der Zivilisation heute die Welt umspannen. Gleichwohl ist das Eigengewicht des Gesamtprozesses blockiert und die notwendige Zivilisierung findet kaum statt, weil Ignoranz

und hemmungslose Durchsetzung von Einzelinteressen vorherrschen: So sind es nationale imperiale Interessen, die wieder in den Mittelpunkt geraten. Es steht wahrlich nicht gut um den Fortschritt der Zivilisierung der Welt. Und doch ist unmittelbar einsichtig, wie groß die Notwendigkeit einer neuen Gleichgewichtslage der Machtverhältnisse und ihre Zivilisierung für die Sicherung der Überlebensfähigkeit der Menschheit ist. Diese Blockade der Entwicklung durch die Machtverbissenheit einzelner „global Player“ ist nicht nur für die gesamte Weltentwicklung schädlich, sondern schlägt zurück auf die nationalen Ebenen und trägt dazu bei, dass die Idee der Demokratie auch auf nationaler Ebene an Attraktivität verliert und autoritäre Selbstbehauptung Boden gewinnt.

Demokratien sind auf die aufklärerische Idee angewiesen. Deshalb, so Habermas, braucht es eine Dekolonisierung der Demokratie und die Orientierung an der kommunikativen Vernunft, die auf Herrschafts- und Gewaltfreiheit und gegenseitige Anerkennung setzt. Dies ist jedoch gerade im inneren der wichtigsten politischen Institution, dem Parlament, nur begrenzt möglich, weil hier die Interessenpolitik vorherrscht, die auf Kompromisse abzielt. Dabei ist dieser Prozess innerhalb demokratischer Strukturen einigermaßen transparent. Oder sollte es sein. Was könnte Habermas mit „Dekolonisierung“ meinen?

Die klassische Doktrin der liberalen Demokratie folgt mehr oder weniger Immanuel Kant, grenzt den Bereich der Politik eng ein und weist die Ökonomie dem privaten Handeln zu. Die klassische Doktrin der linken Polit-Ökonomie macht genau das Gegenteil: Demokratie verschleiere als Mantel nur die Herrschaft des Kapitals über die Gesellschaft, heißt es da. Der wirkliche Prozess der Geschichte sagt m.E. aber etwas anderes: Seit dem Beginn des Kapitalismus gibt es Gegenbewegungen, die den Kapitalismus in einen permanenten politischen Prozess der Sozialisierung zwingen. Es sind die Gegenbewegungen, die (neben den Fortschritten in der Forschung) die

Innovationskraft des Systems ausmachen. Angefangen von der Arbeiterbewegung, über die Frauenbewegungen, die LGBT-Bewegungen, die Bürgerrechtsbewegungen und die Autonomiebewegungen der indigenen Nationen bis zu den Umweltbewegungen – der träge Koloss muss immer erst von außen angestoßen werden, bis er sich in eine sozialere, gerechtere und ökologische Richtung bewegt – und dazu braucht es demokratische Verhältnisse.

12. Ein kurzer Ausflug zur Europäischen Union

An dieser Stelle möchte ich einen kurzen Ausflug in die Europäische Politik machen. Das historisch einmalige Projekt einer europäischen politischen Union war in den Trümmern der Nazi-Herrschaft über Europa in den Kellern und Gefängnissen des Widerstands geboren worden, aber schnell wieder in weite Ferne gerückt und lange Zeit nur als Wirtschaftsprojekt mit rudimentären demokratischen Institutionen möglich. Das Ziel, Demokratie auf transnationaler Ebene zu institutionalisieren, ist heute immer noch nicht ganz realisiert – aber doch schon ganz schön weit gegenüber den Anfängen.
Gleichwohl gibt es immer noch Lücken und eingeschliffene Verfahrensweisen in den Institutionen der EU, die unter demokratiepolitischen Aspekten bedenklich sind.
Hier ist die Unachtsamkeit der institutionellen Politik gegenüber Grauräumen, die weder einer demokratischen Kontrolle noch irgendeiner Transparenzpflicht unterliegen, besonders groß. Das vielleicht berühmteste Beispiel ist die Politik der „Eurogruppe“ in der europäischen Finanzkrise (vgl. hierzu die Passage zu Yanis Varoufakis) – zumindest aber ist dieses Beispiel der Öffentlichkeit bekannt geworden. In den allermeisten Fällen sind die informellen Machtzentren hinter geschlossenen Vorhängen verborgen. Die Europäische Union verfügt über viele solcher Räume. Und dort, wo sie sich

um Transparenz und Bürgerbeteiligung bemüht, wird ein Verfahren der Harmonisierung angewendet, das echten Widerspruch schon beinahe als ungebührliches Verhalten behandelt.

Es ist das Zusammenspiel zwischen Einzelinteressen und dem notwendigen, sehr aufwendigen und anstrengenden Versuch, immer wieder zu Kompromissen zu finden, der die Realität der EU bestimmt. Und manchmal ist es auch ein Geschacher wie auf einem Kamelmarkt. Eines der berühmten Beispiele dafür ist der Kohäsionsfonds, der 1992 geschaffen wurde, um die Zustimmung Portugals zum Maastricht-Vertrag und zum Finanzierungskonzept von Jacques Delors zu bekommen.

Wie funktioniert dieser Zwang zum Kompromiss? Während meiner Zeit als Politik-Analystin wurde ich als Vertreterin der politischen Stiftungen in Brüssel zu einem zweijährigen Konsultationsverfahren der EU-Kommission eingeladen, in dem über die Struktur der Entwicklungs-Politik der EU und ihre zivilgesellschaftliche Ausrichtung diskutiert wurde. Beteiligt waren auf europäischer Seite zivilgesellschaftliche Organisationen, die berühmten NGOs, die zum großen Teil auf der „payroll“ der EU-Kommission standen und die außer der Tatsache, dass sie die Berücksichtigung ihrer Interessen bei der Gestaltung der zukünftigen Politik einforderten, nichts beizutragen hatten. Nur der Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes (ITUC) leistete sich, immer wieder die etwas grundsätzlichere Frage nach Besitzverhältnissen und die dadurch bestimmte Entscheidungsmacht zu stellen. Der Arme stand damit ziemlich isoliert da im freundlichen Chor der Teilnehmer*innen, denn der Harmonisierungsdruck für die am Spiel beteiligten kleineren Akteure ist groß. Sie lernen dieses Wohlverhalten ja nicht erst, wenn sie auf die etwas größere Bühne gebeten werden, sondern bereits in der zum Teil jahrelangen Mühsal, sich in den Antragsverfahren für eine finanzielle Unterstützung ihrer Organisation durch die EU-Kommission erfolgreich zu behaupten. Kein böser Wille, nirgendwo, auch nicht in der EU-

Kommission. Die Akteure der mächtigsten Institution der EU müssen sich an den „acquis communitaire“ (den gemeinsamen Besitzstand der Rechte und Pflichten) halten. Sie lernen gleichzeitig, dass die politischen Entscheidungen immer Kompromisse zwischen zum Teil gegensätzlichen Interessen sind. Das ist die hohe Kunst der Politik der EU. Damit aber schreibt sich das typische machtförmige Harmonisierungsverfahren in die DNA aller Akteure ein.

Demgegenüber ist das Europäische Parlament immer wieder ein erfrischender Ort der offenen Widersprüche und der politischen Debatte. Ich befürchte allerdings, dass sich dies ändern würde, wenn das Parlament die von vielen aufrichtigen Demokrat*innen eingeforderten vollständigen Entscheidungsrechte in der europäischen Politik erhielte – es würde dann vermutlich genauso harmonistisch handeln, wie es heute die EU-Kommission macht. Das ist heute bereits immer wieder zu beobachten, wenn es um die Besetzung der wichtigen Posten im Parlament geht und wenn sich die beiden größten Fraktionen im Vorhinein einigen.

Es gibt die existentielle Notwendigkeit, die Hinterzimmer-Politik in den Europäischen Institutionen durch demokratische und transparente Verfahren zumindest dort, wo direkt über die Belange der Bürgerinnen und Bürger verhandelt wird, zu beenden. Dass es sich ganz verhindern lässt, glaube ich bei der Vielstimmigkeit Europas nicht. Dies könnte der europäischen Demokratie aber einen unschätzbaren Dienst erweisen. es Es würde jedoch auch an die Bürgerinnen und Bürger besondere Anforderungen stellen, weil sie sich mit der Komplexität der Interessenausgleiche befassen müssten. Es müsste dann auch zum politischen Bewusstsein der europäischen Zivilgesellschaften gehören, sich der historischen und kulturellen Unterschiede untereinander bewusst zu sein und diese zu respektieren. Dies wäre ein Schritt hin zur höheren Form der Zivilisation, um mit Norbert Elias zu sprechen.

Um nur an der Oberfläche ein paar Unterschiede zu benennen: In vollständigen Demokratien finden freie und geheime Wahlen mit echtem Wettbewerb statt, es werden Meinungs- und Pressefreiheit garantiert, es gelten Mehrheits- oder Konsensprinzip, Minderheitenschutz, die Akzeptanz politischer Opposition, Gewaltenteilung zwischen Judikative, Legislative und Exekutive, Schutz der Bürger- und Menschenrechte. Unterschieden wird auch zwischen direkter und repräsentativer Demokratie. Soweit das Prinzip. Die Ausgestaltung von Demokratie in den einzelnen Ländern ist aber wiederum unterschiedlich. Während der Covid-Pandemie wundert sich die Welt über Deutschland, das nicht in der Lage ist, klare Regeln im ganzen Land durchzusetzen – was dem ausgeprägten Föderalismus geschuldet ist. Wir wiederum wundern uns über Frankreich und die USA, wo Parlamentsmehrheiten ausgehebelt werden, weil die Präsidenten per Dekret regieren können. Bekannt sind auch die großen Unterschiede im Wahlrecht: in Großbritannien gilt bei nationalen Wahlen das strikte Mehrheitswahlrecht, in Frankreich gibt es zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang den Wechsel zwischen Mehrheits- und Verhältniswahlrecht, in Italien gibt es eine eigenwillige Mischung zwischen Mehrheits- und Verhältniswahlrecht, in Deutschland dagegen gilt das Verhältniswahlrecht. Wesentlich sind auch die Unterschiede in der Struktur des Rechtssystems. Der große Euroskeptizismus im Vereinigten Königreich – lange, bevor der Brexit diskutiert wurde – resultierte zu einem großen Teil aus der Unterschiedlichkeit der Rechtssysteme: Kontinentaleuropa folgt mehr oder weniger dem Prinzip des „Code Napoleon“ und der Kodifizierung. Bis auf die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes folgt auch die EU diesem Prinzip, d.h. ein Gesetz wird auf EU-Ebene beschlossen und gilt dann unmittelbar (als Verordnung) oder zur je nationalen Umsetzung (als Richtlinie) in der ganzen EU. Im Vereinigten Königreich gilt aber das Case-Law, das Fallrecht. „Dies ist eine Rechtsordnung, die ihre primäre

Rechtsquelle nicht in generellen Gesetzen, sondern in der richterlichen Entscheidung konkreter Fälle hat."[54] Die Bürgerinnen und Bürger im Vereinigten Königreich haben die Entscheidungen der EU oft als Verletzung ihres Rechtsgefühls empfunden. Dies war der Boden, auf dem der Brexit wachsen konnte.

Dies sind nur wenige der Unterschiede, die wir im Miteinander in der EU feststellen können. Dass es trotzdem eine übergreifende Gemeinsamkeit gibt, liegt sowohl an den wohlverstandenen Eigeninteressen, die wir in der EU realisieren, wie auch daran, dass die Europäische Union in sich zu einer dritten Ebene geworden ist, die sich zugleich genuin und unvergleichbar allen Bürgerinnen und Bürgern als Bezugspunkt anbietet.

Dabei entwickelte sich die Europäische Union gar nicht als genuine staatliche Entität. Nach dem Beginn des kalten Krieges 1947 mussten die Gründungsväter und -mütter ihren Traum von einem vereinten politischen Europa begraben. Allerdings sorgten unsere Großmütter und Großväter dafür, dass die europäischen Institutionen von Beginn an eine autonome Handlungsebene hatten, die „sog Hohe Behörde", also von Anfang an nicht einfach zwischenstaatlich organisiert waren. Dass sie nicht völlig aufgaben, sondern zu Interessenpolitik griffen, ist heute unser Glück, denn kontinuierlich arbeiteten sehr viele Generationen von Europäerinnen und Europäer daran, schließlich doch noch so etwas wie eine überstaatliche demokratische Entität schaffen zu können, die zwar weiterhin überwiegend von Interessenpolitik bestimmt ist, aber eben nicht nur.[55]

Nicht umsonst steht die EU vorrangig auf dem Speisezettel aller rechtsextremen Parteien in Europa. Manche wollen sie als Freihandelszone

[54] Quelle: Wikipedia

[55] Es begann mit dem Vertrag zu Kohle und Stahl 1952, gefolgt vom Vertrag von Rom zur EWG 1957, 1965-66 die Blockade durch Frankreichs „Leeren _Stuhl", sodann der Beschluss zur ersten Direktwahl des Europäischen Parlamentes 1976 und dem Beschluss zum Binnenmarkt 1986. Es folgte der Verfassungsauftrag 2001, der 2006 jedoch an negativen Referenden in Frankreich scheiterte und schließlich als Vertrag von Lissabon mit den wesentlichen Änderungen 2007 beschlossen wurde.

erhalten, aber ihre Gesetzeskompetenzen abschaffen. Die Wiederherstellung nationaler Souveränität mit nix darüber ist für die rechtsextremen Parteien eine Herzensangelegenheit. Und die 2027 anstehenden Wahlen in Spanien, Polen und Frankreich werden entscheidend sein für den Weiterbestand der EU wie wir sie kennen.

13. Über die Bedeutung von Wahlen

Ich habe mir nie Gedanken darüber gemacht, welche Bedeutung ein freies und geheimes Wahlsystem hat. Ich habe auch nie darüber nachgedacht, wie aufwendig und kompliziert die Organisierung von Wahlen ist. So gab es in Deutschland bei der Bundestagswahl 2021 rund 60 000 Wahllokale, die alle mit einer Wahlkommission besetzt werden mussten, die mit den Wahllisten und den Wahlscheinen rechtzeitig versorgt werden mussten, die bereits vor Öffnung der Wahllokale vor Ort waren, dann den ganzen Tag die Wahl durchführten und nach der Schließung der Wahllokale die manchmal sehr komplizierte korrekte Auszählung der Stimmen durchführten, alles protokollierten, die Wahlunterlagen verpackten und versiegelten, ihre Ergebnisse an die Kreiswahlleiter meldeten – bis sie dann über die Landeswahlleiter beim Bundeswahlleiter gemeldet wurden. Also ein sehr aufwendiges Verfahren. Und das ist nur der administrative Teil.
Mein Verständnis für diese Dinge änderte sich grundlegend, als ich selbst als Wahlbeobachterin tätig wurde.
Die Bedeutung von Wahlen erweist sich erst, wenn es keine Wahl gibt und wenn der systematische Betrug offensichtlich ist. Die Bürgerinnen und Bürger sind lange Zeit bereit, diese Missachtung ihrer Menschenwürde zu

ertragen – aber irgendwann wehren sie sich. Dies haben sie in der Ukraine 2004 praktiziert und in Belarus 2020 mit dramatischem Ausgang.

Bereits 1993 habe ich als Beobachterin in Russland an den ersten freien Duma-Wahlen teilgenommen. 2004 dann war ich im Dezember in der Ukraine, als die Bürgerproteste eine Wiederholung der Präsidentschaftswahlen erzwangen. Zwischen 2015 und 2025 wiederum habe ich an einer größeren Zahl von Wahlbeobachtungen als „Short-Term-Observator" der von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) organisierten Missionen teilgenommen: 2015 war ich zweimal in der Ukraine, 2016 in Kasachstan, Russland und Nord-Mazedonien, 2017 in Georgien und in der Türkei, 2018 in Bosnien und Herzegowina, 2019 wieder in der Ukraine und in Belarus, 2023 in Albanien und insgesamt zweimal in Moldawien. Die OSZE liebte es offensichtlich, mich vor allem in Mittel- und Osteuropa einzusetzen.

Die OSZE möge mir verzeihen, wenn ich hier einige meiner persönlichen Notizen wiedergebe, die ich bei diesen Wahlbeobachtungen angefertigt habe:

Ukraine 2004, 2015 und 2019 – ein Rückblick auf die Zeit vor Beginn des großen Krieges

Tempi passati. Die Ukraine ist/war ein reiches Land: Reich an Rohstoffen, an klassischer Industrie, reich an prächtigem Agrarland – und reich an gut ausgebildeten Menschen. Mit einer kleinen Ausnahme 1918/19 war die Ukraine niemals ein eigenständiger Staat, aber immer eine kulturelle Einheit. Seit 1991 ist die Ukraine ein eigenständiger Staat. Dass die Entwicklung mit erheblichen „Frösten der Freiheit" verbunden ist, dürfte unmittelbar einsichtig sein. Nicht nur über siebzig Jahre des sowjetischen Kommunismus, auch die anderen, sehr tiefen Wunden in der Geschichte des Landes brauchen Zeit zu heilen.

Die Ukraine war – wie viele der anderen post-sowjetischen Länder – nach 1991 dem Prozess einer ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation ausgesetzt, d.h. der wilden privaten Aneignung der produktiven Reichtümer und der gesetzlosen Ausbeutung der Menschen.

Im Dezember 2004 war ich zum ersten Mal in der Ukraine – im Moment der sogenannten „Orangenen Revolution". Ich war vom Europäischen Parlament als Wahlbeobachterin nominiert worden. Durch den dauerhaften Protest der Bevölkerung war eine zusätzliche Wahl erzwungen worden und ein Regierungswechsel wurde möglich – weg von der strikten Bindung an Russland, hin zum Westen. Die Menschen erhofften sich durch die Öffnung zum Westen eine entscheidende Verbesserung ihrer Situation – sie sagten, nun würde Amerika Computer für ihre Schulen schicken und ihre Kinder könnten in den USA studieren. Nach zwei Jahren waren diese Hoffnungen erschöpft, die Regierung zerfiel im Streit und alles versickerte im traditionellen Korruptionssumpf.

2013 fand ein neuer Versuch statt, ein Assoziationsabkommen zwischen der EU und der Ukraine sollte die West-Orientierung der Ukraine fördern. Alles war verhandelt, im letzten Moment aber legte Russland ein Veto ein und der ukrainische Präsident weigerte sich, den Vertrag zu unterschreiben. Damit begann ein neuer Aufstand der Bevölkerung, der erfolgreich war – aber Russland dazu verführte, völkerrechtswidrig die Krim zur besetzen und im Donbass einen Krieg zu beginnen, der manchmal als „frozen Conflict" aus den Schlagzeilen verschwand, gleichwohl immer weiter ging und die politische und gesellschaftliche Wirklichkeit in der Ukraine dominierte – bis zum 24. Februar 2022, als der große russische Krieg über die Ukraine und Europa hereinbrach.

2014 begann die politische Veränderung mit einer Übergangsregierung, die versprach, die Korruption zu bekämpfen und die politischen Institutionen zu demokratisieren. Das Assoziierungsabkommen mit der EU wurde

implementiert und die OSZE wurde nicht nur für Beobachtermissionen im Kriegsgebiet an der ukrainisch-russischen Grenze gerufen, sondern auch mit vielen kleineren und größeren Demokratie-Projekten im Land betraut.
2015 ist der Staat bankrott: Der Krieg im Osten und die Korruption auf allen Ebenen haben dazu geführt, dass die Ukraine unter dem Regime des Internationalen Währungsfonds steht.
Am 25. Oktober findet ein Wahl-Marathon statt, bei dem Regionalräte, Distrikträte, Stadt- und Gemeinderäte sowie Bürgermeister gewählt werden. Vier Wahlen nach zum Teil unterschiedlichen Verfahren. Kurzum: Eine enorme Herausforderung nicht nur für jede Wählerin und jeden Wähler in der Wahlkabine, sondern ebenso für die Wahlkommissionen. Auch hier ist die OSZE im Vorlauf tätig geworden: Sie hat Schulungen für die Wahlkommissionen durchgeführt und sie hat sogar dafür gesorgt, dass die Kommissionsvorsitzenden ein kleines Salär für ihre Arbeit bekommen.
Insgesamt sind an der OSZE-Wahlbeobachtungsmission über 800 Langzeit- und Kurzzeit-Beobachter beteiligt. Ich bin eine von 800. Zusammen mit meinem französischen Kollegen werde ich zur Wahlbeobachtung nach Kryvyi Rih im Oblast Dnipro im Osten des Landes geschickt. (Die Mehrheit der Menschen in dieser Region sprechen übrigens russisch). Unsere Aufgabe ist es, 10 der insgesamt 33 kleinen Wahllokale in den Dörfern rund um die Stadt zu beobachten, die Auszählung der Stimmen zu verfolgen und schließlich die Sammlung und Weitergabe der lokalen Ergebnisse zu begleiten.
Die Region ist geprägt durch Industrie und Eisenerz. Auf der Fahrt zu den Dörfern sehen wir große Industrie-Anlagen und die riesigen Abräumhalden des Eisenerz-Tagebaus. Hier befinden sich die wichtigsten Eisenerz- und Uranvorkommen Europas - und es finden sich seltene Metalle. Die Hüttenkomplexe umfassen 40 Prozent der ukrainischen Produktion, außerdem sind hier wichtige Maschinenbau-Betriebe angesiedelt.

Die Straßen sind Kraterlandschaften. Die Dörfer bestehen aus armseligen Häuschen (Typ Datscha) mit Gemüse- und Obstgärten. Über die Dorfstraßen spazieren Hühner und Gänse, manchmal sogar eine Kuh, am Straßenrand liegen ausgeschlachtete Autowracks. Wir sehen in Demut ertragene Armut und Subsistenzwirtschaft. Die Wahllokale sind meistens in Schulen eingerichtet worden. Und hier offenbart sich uns etwas vom Wahnsinn dieses Landes: Die Schulen sind in einem erbärmlichen Zustand mit Wasserflecken an den Decken, manchmal hängen sogar die Tapeten von den Wänden. Das Mobiliar ist uralt und die Stühle sind so wackelig, dass wir nicht wagen können uns darauf zu setzen. Die sanitären Einrichtungen sind Drecklöcher. Und hier sollen die Kinder lernen?! Um das Elend etwas zu bedecken haben die Wahlkommissionen (fast ausschließlich Frauen) versucht, von den für die Wahlkabinen gelieferten Stoffen etwas abzuzweigen und die Wände damit zu dekorieren.

Die Auszählung in dem von uns ausgewählten Wahllokal dauert bis zum nächsten Morgen – es handelt sich ja um vier einzelne Wahlen mit unterschiedlichen Regeln – und diese werden sorgfältig eingehalten. Wir begleiten die Wahlkommission mit ihren versiegelten Dokumenten und den Protokollen zum Distrikts-Wahlbüro in der Stadt, wo die Dokumente überprüft und an die nationale Wahlkommission übermittelt werden sollen. Das klappt nicht immer, weil kleine technische Fehler in den handschriftlich erstellten Protokollen festgestellt werden und die inzwischen völlig übermüdeten Menschen mit ihren Dokumenten in die Dörfer zurückgeschickt werden. Da durch Stromausfälle auch die Übermittlung der Ergebnisse nach Kiew verzögert ist, dauert das alles zwei Tage.

Die logistische Perfektion der OSZE ist beeindruckend. Durch die direkte elektronische Übermittlung unserer einzelnen Beobachtungsergebnisse ist es bereits am Tag nach der Wahl möglich, statistisch gesichert zu sagen, dass die Wahlen trotz aller Schwierigkeiten korrekt verlaufen sind. In einigen

Städten und Gemeinden muss eine zweite Runde vorbereitet werden, weil kein Bürgermeisterkandidat die notwendige Mehrheit im ersten Wahlgang bekommen hat.

Für die zweite Runde der Bürgermeisterwahl werde ich direkt in der Stadt Kryvyi Rih eingesetzt. Sie ist in einem verhältnismäßig guten Zustand – auch die Schulen machen einen besseren Eindruck. Im Zweiten Weltkrieg wurde die Stadt beim Kampf der Roten Armee gegen die Wehrmacht fast völlig zerstört, deshalb gibt es sehr wenige historische Gebäude, zum größten Teil besteht sie aus großen Wohnanlagen sowohl älterer sowjetischer wie auch neuerer Bauart. Zwischen den Wohnungskomplexen befinden sich weite Grünflächen, Schulen, Kioske und Kinderspielplätze – es ist das im gesamten ehemals sozialistischen Osten Europas übliche Bild.



Innerhalb des Stadtgebiets liegen aber auch die Eisenerz-Minen im Tagebau, die Abräumhalden, und die Asche- und Schlacke-Berge aus den Industrieanlagen. Unser Fahrer, der normalerweise hier arbeitet, schleust uns in die größte Tagebau-Mine ein. Eine Mondlandschaft ungeheuren Ausmaßes. Die Arbeiter sind rotgefärbt und sagen, sie könnten die Farbe auch nicht mehr abwaschen. Nach kurzer Zeit werden wir vom

Sicherheitsdienst verscheucht.



Von Gesundheitsschutz- und Sicherheit am Arbeitsplatz hat hier noch niemand je etwas gehört. Die hohen Schlote dampfen ohne Filter ihr Gift in die Luft – die Lebenserwartung der Arbeiter beträgt 58 Jahre. Allerdings verdienen sie mehr als „normale“ Leute und sie sehen die Oligarchen, in deren Besitz sich die Minen und die Industrie befinden, durchaus als ihre Gönner – jedenfalls getraut sich niemand, etwas Kritisches zu sagen. Bei der Wahl des Bürgermeisters stellt sich heraus, dass ein unabhängiger Kandidat sehr viele Stimmen bekommen hat, dass aber schließlich doch der Günstling des mächtigsten Oligarchen die Wahl gewinnt. Es bewegt sich also etwas im Land, aber nicht genug.

2019 kehre ich in die Ukraine zurück, um wieder als Wahlbeobachterin die Präsidentschaftswahlen zu begleiten. Nun soll alles doch noch anders werden. Neben dem Amtsinhaber Poroschenko tritt ein neuer Akteur auf die Bühne: Wolodomyr Selenskyi, der bekannte Komiker, der die Herzen der Ukrainerinnen und Ukrainer bis dahin mit seinen Späßen erfreute.

Dieses Mal bin ich im Nordosten des Landes, in Charkiv, der zweitgrößten Stadt der Ukraine, nur 30 Kilometer von der russischen Grenze entfernt. Hier sprechen 90 Prozent der Bürgerinnen und Bürger russisch. Charkiv hat es 2014 geschafft, sich gegen Separatisten zu wehren und hat inzwischen viele Flüchtlinge aus dem Kriegsgebiet um Lugansk und Donezk aufgenommen. Aber jede Kriegsrhetorik sucht man hier umsonst. Charkiv ist eine ingellektuelle Metropole, eine multikulturelle und von Kunst geprägte Stadt. Und: Die Stadt ist schön. Viel funktionale frühe Moderne, Gründerzeit-Gebäude, große gepflegte Parks, Plätze und Avenuen. Ganz ohne post-sowjetische Tristesse. Ein kleines Wunder in diesem zerrissenen Land.



Diese Wahlbeobachtung ist die langweiligste, die ich bis jetzt erlebt habe. Alles geht schnell und professionell und ohne Betrügereien über die Bühne.

Petro Petroschenko gewinnt nur noch in der Region Lviv im Westen, ansonsten erobert Wolodymyr Selenskyi alle Wahlkreise. Drei Projekte hat er sich vorgenommen: den Krieg im Osten zu beenden, die Ukraine noch näher an die Nato und die EU heranzuführen und die Korruption zu bekämpfen. Die ersten beiden Großprojekte stehen in den Sternen. Das dritte liegt in der Hand der ukrainischen Politik. Ob er allerdings die Korruption zurückdrängen kann - also die private Ausbeutung der Reichtümer des Landes, ohne dass wenigstens ein angemessener Teil für die öffentlichen Aufgaben ausgegeben werden kann – ist höchst unklar.

Selenskyi hat 2019 aber etwas anderes geschafft: Nach 2014 war alles Russische, auch die russische Sprache, in der Ukraine verpönt. Es ist aber nicht von der Hand zu weisen, dass auch weiterhin ein beträchtlicher Anteil der Bürgerinnen und Bürger russische Wurzeln hat. Selenskyi hat mit seiner Doppelsprachigkeit im Wahlkampf so etwas wie eine sachte Aussöhnung zwischen den Sprachgruppen signalisiert, ohne damit die Aggression Putins zu akzeptieren. Dies war angesichts der dramatischen Zerrissenheit der sozialen Situation der vergangenen Jahre schon ein großer Schritt.

Die Erwartungen an den neuen Präsidenten waren also sehr hoch. Die Erwartungen an die vergangenen Präsidenten waren es auch. Und immer wieder ist den Leuten etwas Neues eingefallen. Die Ukraine war bis zum 24. Februar 2022 ein Labor der Transformation hin zu einer demokratischen Gesellschaft. Mit allen Schwierigkeiten, die der Prozess im post-sowjetischen Raum mit sich bringt. Seit ich 2004 zum ersten Mal hier war, hat sich eine Zivilgesellschaft entwickelt, die klare Forderungen an die Politik hatte – diese aber noch nicht durchsetzen konnte. Immer noch hat Korruption in den Institutionen die Wirklichkeit überlagert, immer noch gab es die Privatmilizen der Oligarchen. An der Entwicklung der Ukraine konnte man ablesen, wie extrem anstrengend und langwierig es ist, ein korruptes System

zu ändern. Aber zwischen 2015 und 2019 war auch sichtbar, dass es Fortschritte bei der Modernisierung der Infrastruktur gab.
Dann fiel Russland über die Ukraine her und versuchte, das Land und die Menschen auf die grausamste Weise zu vernichten. Die grenzenlose Wut des Vladimir Putin und die Hörigkeit seiner Nomenklatura machen diesen Krieg zur größten Herausforderung für Europa. Nicht nur die Ukraine, ganz Europa wird von Putin in Haft genommen – und nicht zuletzt auch Russland selbst. Welche Schande. Anders aber als im Jugoslawienkrieg in den neunziger Jahren steht Europa diesmal nicht am Rand des Schlachtfelds und schaut zu. Das immerhin ist ein Fortschritt.

Kasachstan 2016 – ein Lehrstück in Wahlbetrug

Kasachstan ist halb so groß wie die gesamte EU, hat aber nur ungefähr 15 Mio. Einwohner. Das Land ist sehr reich an Bodenschätzen, insbesondere an Erdöl, Gas und Uran und ist gerade dabei zum weltgrößten uranproduzierenden Land aufzusteigen. Viele Staatsbetriebe und internationale Konzerne teilen sich das Geschäft. Im Unterschied zu anderen reichen Transitionsländern wird hier aber auch in Infrastruktur, Bildung etc. investiert und das durchschnittliche Jahreseinkommen beträgt immerhin 9.384 US$ (2021). Der untertänig geliebte Präsident Nasarbayev regierte das Land autoritär bis 2021, sein Nachfolger Tokajew macht es nicht besser und immer noch gilt es als hoch korrupt (Platz 126 im internationalen Ranking).
2016 finden Parlaments-, Regional- und Lokalwahlen statt. Wir sind 350 "Short-Term-Observer" für die Beobachtung der Parlamentswahl. Zwei Tage verbringen wir in der neu erbauten Hauptstadt Astana im Norden des Landes. Die Stadt ist ein Albtraum: riesige breite Avenuen, die in der Wüste enden, hässliche postmoderne Paläste, nachts ist alles bunt ausgeleuchtet,

aber menschenleer. Mittendrin gibt es noch die Reste eines kleinen traditionellen Dorfes. Ein geschichtsloses Monstrum.

Dann werden wir zu unseren Einsatzorten verschickt. Für mich und meinen Partner, einen freundlichen russischen Diplomaten, bedeutet dies: wir fliegen erst nach Almaty ganz im Südosten und von dort fahren wir mit dem Auto 5 Stunden nach Taldyqorghan, dem Verwaltungssitz des Oblast Almaty, ziemlich nahe an der Grenze zu China. Was für ein Land! Die Fahrt geht durch hügelige Steppen, schon ein wenig grün, das Frühjahr fängt hier im Süden gerade an, mit großen Seen, manchmal sieht man eine Herde Pferde oder Schafe. Sonst nichts.



Taldyqorghan ist ziemlich überschaubar. Der Name bedeutet „Stadt der Bäume“. Alles ist sehr sauber, die Straßen sind von kugelig beschnittenen

Bäumen gesäumt und es gibt eine Reihe kleinerer Parks. Zwischen den Sozialbauten sowjetischer Art gibt es massenweise kleine Häuschen mit Hausgärten, manchmal sind sie sehr windschief, ja heruntergekommen, manchmal machen sie einen durchaus guten Eindruck, sie schieben sich etwas chaotisch zwischen die prächtigen Plätze und akkuraten Kugelbäumchen. Und natürlich gibt es den großen zentralen Platz mit dem Brunnen „der sieben Flüsse“ (so viele fließen um die Stadt herum) und dem Gouverneurs- und dem Kulturpalast.

Am Wahltag beobachten wir die Wahlen in 10 der 19 städtischen Wahllokale. Überall werden wir sehr freundlich empfangen, wir werden auch in die Nebenräume gebeten, wo auf Tischen Leckereien und Tee dargeboten werden – die wir natürlich ablehnen. Wir stellen fest, dass unsere Dolmetscherin immer telefoniert, wenn wir das nächste Wahllokal anfahren. Offensichtlich werden wir erwartet. Auch stellen wir bei der Einsicht in die Wahllisten immer wieder fest, dass eine ganze Reihe von unterschiedlichen Namen in der gleichen Schrift unterschrieben wurden. Und zwischen 13 und 15 Uhr hat sich die Wahlbeteiligung in den von uns besuchten Wahllokalen plötzlich auf 70 Prozent erhöht – obwohl wir nur wenige Wählerinnen und Wähler in dieser Zeit sehen. Auch stellen wir fest, dass manchmal in den Wahlurnen kleinere Stapel von Wahlscheinen sichtbar sind. Nach 16 Uhr springt die Wahlbeteiligung plötzlich auf über 90 Prozent – dies ist offensichtlich die Chiffre, die vom untertänig geliebten Präsidenten als Ziel ausgegeben wurde. Niemand scheint ein schlechtes Gewissen zu haben – weder unsere sehr freundliche Dolmetscherin und unser Fahrer noch die Wahlkommissionen.

Die Wahllokale sind in Schulen eingerichtet. Sie sind in sehr gutem Zustand. Zumeist tragen sie die Namen kasachischer Dichter oder Komponisten, in den Eingangshallen sind ihre Biografien mit Fotos an der Wand zu finden. Überhaupt: Poesie, Dichtung, Musik werden geschätzt – die sehr laute Musik,

die vor den Wahllokalen gespielt wird, sei „Kasachen-Rock“, sagt unsere Dolmetscherin.

Am Abend beobachten wir die Schließung und Auszählung in einem der Wahllokale. Wiederum werden wir sehr freundlich empfangen und an einen reichhaltig gedeckten Tisch mit kasachischen Spezialitäten gebeten: unter anderem aus getrocknetem Pferde- und Lammfleisch gekochte Gerichte mit raffinierten Sorten von Pasta …

Die Auszählung selbst verläuft in Windeseile. Einige Regeln der OSZE werden nicht beachtet, z.B. die Kontrolle der Zahl der abgegebenen gültigen, ungültigen und insgesamt an das Wahllokal gelieferten Wahlscheine. Bereits gegen 22 Uhr ist die Auszählung beendet. Auf die Erstellung der Protokolle wiederum wird sehr viel Sorgfalt verwendet. Unser Eindruck ist, dass der Wahlakt als solcher als unwichtig empfunden wird. Im Distriktbüro beobachten wir in der Nacht die Weitergabe der Ergebnisse aus den einzelnen Wahllokalen über Excel-Tabellen an die zentrale Wahlkommission. Auch dies geht schnell und reibungslos vonstatten.

Die Partei „Nur Otan“ des Präsidenten hat die Wahl in allen Kategorien mit übergroßer Mehrheit gewonnen. Wie hätte es auch anders sein können. Die OSZE stellt immerhin 8 % Wahlbetrug fest. Meine Erfahrung sagt etwas anderes: in den von uns beobachteten Wahllokalen wurden Wahlscheine in erheblichem Umfang gefälscht – von den Wahlkommissionen selbst. Aber dies ist natürlich nur ein winziger Ausschnitt eines Gesamtbildes.

Die Freundlichkeit der Menschen steht in krassem Gegensatz zu dem Wahlbetrug. Auch die Tatsache, dass wir immer wieder so gut bewirtet wurden, obwohl doch klar war, dass diese Gastfreundschaft extra für uns vorbereitet wurde, ist verstörend. Warum gibt es hier kein Unrechtsempfinden? Darüber kann ich nur spekulieren: Ist dies eine Tradition aus der sowjetischen Zeit, die in Kasachstan vielleicht einfach

weitergeführt wurde? Könnte es sein, dass die Menschen in Kasachstan noch nie eine Wahl erlebten, bei der es keinen massiven Betrug gab?
Der untertänig geliebte Präsident übergab die Präsidentschaft 2019 an seinen Nachfolger, blieb aber weiterhin die zentrale Instanz. Im Januar 2022 explodierte die Situation. Wegen der Verteuerung der Energiekosten wagte die Bevölkerung einen Aufstand. Die Regierung rief das russische Militär zu Hilfe und der Aufstand wurde blutig niedergeschlagen. Seither aber wurden einige Reformen angekündigt und das kasachische Regime bemüht sich, seine guten Beziehungen zum Westen trotz des Krieges in der Ukraine nicht zu gefährden – ohne sich aus der Abhängigkeit von Russland zu lösen. Man weiß sehr genau im post-sowjetischen Raum, was es bedeutet, sich von Russland lösen zu wollen.

Belarus 2019 – Die Perfektion des Betrugs

Den Gipfel der theatralischen Inszenierung erlebte ich bei der Wahlbeobachtung in Belarus im November 2019.
Mein Einsatzort war Minsk. Meine persönlichen Erfahrungen sind nur ein winziger Ausschnitt des Geschehens, gleichwohl werfen sie ein Licht darauf, wie Wahlen in Belarus durch das Regime gesteuert werden. Das war nicht der einfache Betrug im Wahllokal, den wir bei Wahlbeobachtungen immer wieder beobachteten. Das war eine Reality-Show und Ausdruck der Verhöhnung des Wahlrechts der Bürgerinnen und Bürger.



Die Wahlkommissionen in den Wahllokalen waren durchwegs aus Staatsangestellten zusammengesetzt und auch in den großen Betrieben waren Wahllokale eingerichtet. Dort saßen die Chefs in den Wahllokalen und

beobachteten genau, wer zur Wahl kam. Die Opposition hatte zwar dazu aufgerufen, die Wahl zu boykottieren – durch die hier ausgeübte Kontrolle war häufig aber noch nicht einmal der passive Widerstand möglich, weil die Chefs genau sehen konnten, wer von den Angestellten und Arbeitern zur Wahl kam und wer nicht.

Im größten Krankenhaus von Minsk wurden die Stimmen bereits mittags um 12 Uhr ausgezählt – in Windeseile und hochprofessionell. Schluss, aus, fertig. Wie konnte das sein? Man stelle sich vor, in einem Krankenhaus mit hunderten Patienten, die zum großen Teil am Bett aufgesucht werden müssen, …

Ähnliches erlebten wir auch am Abend bei der Beobachtung der Auszählung: da wurde nichts überprüft oder gegengezählt. Besonders merkwürdig war nachts die Erfahrung im Distriktwahlbüro, in dem die versiegelten Wahlunterlagen der ungefähr 40 Wahllokale unseres Wahlbezirks gesammelt wurden. Weder wurde die korrekte Versiegelung der Pakete mit den Wahlscheinen geprüft, noch wurden die Protokolle genauer angeschaut, bevor sie ins zentrale Computersystem eingegeben wurden. Es war sichtbar, dass alle Beteiligten das Verfahren bestens kannten und kein Interesse daran hatten, sich unnötig damit aufzuhalten.

In unserem Wahlbezirk gab es einen einzigen Kandidaten auf der Wahlliste, der nicht der Regierungspartei angehörte. Er war aber bereits vor der Wahl nach Litauen ausgereist, da er um sein Leben fürchten musste. So ging es allen, die sich nicht konform verhielten: entweder sie waren nach Litauen oder Polen emigriert oder sie waren „verschwunden“ – in einem der Verließe des Präsidenten Lukaschenko.

Die politischen Verhältnisse in Belarus lassen sich auch in der Architektur der Stadt „lesen“. Auf dem riesigen zentralen Platz befindet sich auf der einen Seite das Parlament mit einer Lenin-Statue davor, direkt gegenüber auf der anderen Seite der KGB.





Die in ihren Aussagen sehr vorsichtige und für ihre strikte Neutralität bekannte OSZE stellte fest: „MINSK, 18 November 2019 – Fundamental

freedoms were disregarded and the integrity of the election process was not adequately safeguarded. … The enjoyment of fundamental freedoms was hindered by obstacles to political party registration, fees and limited space for holding public gatherings, and criminal sanctions for defamation. At the same time, there was a lack of safeguards in the administration both of election day and early voting procedures, which negatively affected the integrity of the process amidst repeated expressions of distrust in the work and impartiality of the election administration at all levels…"

Die Parlamentswahlen 2019 galten als Vorspiel zu den ungleich wichtigeren Präsidentschaftswahlen 2020. Aus der negativen Bewertung 2019 zog das Regime die Konsequenz, die OSZE zu den Wahlen 2020 gar nicht erst einzuladen. Trotz aller Behinderungen wagte sich bei diesen Wahlen eine echte Opposition aus der Deckung. Und plötzlich erhoben sich die Menschen in Belarus gegen die neuerliche Verhöhnung ihres Wahlrechtes. Der Aufstand wurde brutal niedergeschlagen, klar ist aber, dass sich auch dieses Regime nur noch mit Hilfe Russlands an der Macht halten kann.

Schlussbemerkung: Dort, wo Wahlfälschung in großem Umfang stattfindet, bekommt das Wahlvolk dies unmittelbar mit. Alle Bürgerin und Bürger, die ihre Stimme abgeben wissen, dass sie keine Wahl haben. Sie erfahren dies als unmittelbare Entwürdigung. Gleichzeitig sind Wahlen einer der wenigen Momente, in denen die Menschen kollektiv gefragt werden. Deshalb entzünden sich Aufstände manchmal an diesen Erfahrungen. Auch wenn die Erfahrung der Missachtung des Grundrechts der Wahl nicht unmittelbar in einem Volksaufstand mündet, sondern – wie in Belarus - lange Zeit geduldig ertragen wird, irgendwann kommt es zum Protest. Dies war so in der Ukraine, es ist so in Belarus. In Kasachstan war es die Verteuerung von Benzin (in einem Land, das von seinem Reichtum an fossilen Energien lebt), das zu dem Aufstand geführt hat. Nun aber kündigt das Regime sachte

politische Reformen an – ohne sich von Russland zu lösen. Die Entwicklung bleibt fragil.

Vladimir Putin hat dies richtig erkannt. Er sagte in einer Pressekonferenz kurz vor dem Beginn des Einmarschs in die Ukraine im Januar 2022, Russland werde es nicht zulassen, dass noch einmal eine sog. bunte Revolution (damit meinte er 2004 in der Ukraine) in seinem Einflussbereich geschehe. Dies ist eine klare Ansage an alle, die ihre Abhängigkeit von Russland und ihre autoritären und korrupten Regime loswerden wollen. Bleibt die Frage, wie lange Russland diese Politik durchhalten kann. Die Gewaltherrschaft, die aus den Gewehrläufen kommt, ist bekanntlich endlich. Es wird gerne gesagt, die Ukraine verteidige in ihrem Überlebenskampf auch Europa. Dies stimmt in noch größerem Maße für die ehemals sowjetischen Staaten. Die Selbstbehauptung der Ukraine ist der Weckruf, der in den autoritären Regimes der gesamten post-sowjetischen Welt gehört wird, nicht nur an Russland. Der Überlebenskampf der Ukraine ist von existentieller Bedeutung für die Freiheitsbewegungen in den anderen post-sowjetischen Staaten. Es könnte ein zweites 1989 geben, das den gesamten eurasischen Raum erschüttern wird – und es wird viel Zeit und Geduld brauchen, auch im Westen, diese Erschütterungen zu verarbeiten. Ob und wann daraus neue demokratische Verhältnisse entstehen, ist völlig offen.

14. Anmerkungen zu Bürger- und Menschenrechten

Die modernen Demokratien fußen auf den Menschenrechten. Ihre Geschichte ist aber viel älter als das Zeitalter der Aufklärung und umfasst die gesamte europäische Ideen-Geschichte, beginnend mit der griechischen Stoa und dem Christentum.[56] Zum ersten Mal Grundlage einer Verfassung wurden sie mit

[56] Vgl. hierzu: **Haratsch, Andreas**, Die Geschichte der Menschenrechte, 5. Auflage, Potsdam 2020

der „Virginia Declaration of Rights“ 1776 in Amerika, gefolgt von der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte der französischen Nationalversammlung 1789, und weiterhin als Grundlage der Verfassungen von vielen Staaten. Seit fast 250 Jahren behaupten sich also Erklärungen der Menschenrechte als Fundament demokratischer Systeme. Sie haben zumeist rechtleitenden Charakter, sind aber kein direkt anwendbares Recht (mit wenigen Ausnahmen, s.u.).

Die moderne Geschichte der Menschenrechte umfasst nicht nur Siege, sondern sehr viele Niederlagen, insbesondere auch die Verweigerung dieser Rechte durch die Staaten selbst, die sie verkündeten: In den USA gegenüber den indigenen Nationen und gegenüber der schwarzen Bevölkerung, in Frankreich im Kolonialismus gegenüber den unterworfenen Nationen Afrikas und der Karibik.

Nach der Katastrophe des 2. Weltkriegs konnten sie an Bedeutung gewinnen: Die neu gegründeten Vereinten Nationen verabschiedeten 1948 die allgemeine Erklärung der Menschenrechte[57]. Diese Erklärung der UNO wurde von allen Mitgliedstaaten unterzeichnet. In den liberalen Demokratien sind diejenigen Artikel der Erklärung, die sich mit den individuellen Freiheitsrechten befassen, von vorrangiger Bedeutung, in China z.B. sind es aber die Artikel 22 – 25, die sich mit den sozialen und ökonomischen Rechten befassen. Diese unterschiedliche Bewertung muss man im Blick haben.

Die Erklärung der Menschenrechte der UNO ist das kostbarste Regelwerk, das die Menschheit besitzt und unser grundlegendes „common good of humanity“. Aber sie hat keine völkerrechtliche Verbindlichkeit. Sie waren und sind DAS Instrument, das Allen und jedem Einzelnen, die sich gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Gewalt wehren, den Rücken stärkt. Die

[57] Die UNO-Menschenrechtserklärung umfasst neben den Grundrechten auch soziale und ökonomische Rechte.

Erklärung der Menschenrechte beinhaltet den Schatz an Hoffnung, die wir haben können.
Die Erklärung der Menschenrechte von 1948 ist für alle Menschen und Protestbewegungen existentiell, die sich gegen die Verletzung ihrer Grundrechte zur Wehr setzen: allein das Wissen, dass es diese Rechte gibt, ist in der Ohnmacht gegen autoritäre Gewalt eine moralische Hilfe. Friedrich Schorlemmer, einer der aktiven Bürgerrechtler in der DDR, sagte einmal in einer Diskussion, dass für ihn das kleine Heft mit der Menschenrechtserklärung der UNO ein steter Begleiter in der Zeit des Widerstands gewesen ist.

Ganz ohne verbindlichen Rechtscharakter sind die Menschenrechte nicht geblieben. 1953 folgte die Menschenrechtskonvention des Europarates und die Einrichtung des Menschenrechts-Gerichtshofs in Strasburg, der von besonderer Bedeutung ist, weil ihm alle 47 Mitgliedsstaaten des Europarates angehören. Er fällt bindende Urteile bei Verletzungen der Menschenrechtskonvention des Europarates – und alle Bürgerinnen und Bürger, deren Rechte missachtet werden, können sich an ihn wenden.
Von besonderer Bedeutung für die europäische Geschichte ist noch ein anderes Ereignis: Dies ist die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) von 1975. Im Prinzipienkatalog («Dekalog») der Schlussakte definierten die Teilnehmerstaaten zehn Grundregeln ihrer zukünftigen Beziehung. Im Prinzip VII wurde zur Bedeutung der Menschenrechte unter anderem folgendes festgehalten:

„Die Teilnehmerstaaten anerkennen die universelle Bedeutung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Achtung ein wesentlicher Faktor für den Frieden, die Gerechtigkeit und das Wohlergehen ist, die ihrerseits erforderlich sind, um die Entwicklung freundschaftlicher

Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen ihnen sowie allen Staaten zu gewährleisten.“ [58] Die Schlussakte der KSZE hat wesentlich dazu beigetragen, den Mut der Bürgerinnen und Bürger in Mittel-Ost-Europa und auch in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik zu stärken, gegen staatliche Bevormundung und Unterdrückung zu protestieren. Erwähnung finden muss hier auch die Charta von Paris von 1990, mit der 32 europäische Staaten, die UdSSR eingeschlossen, sowie die USA und Kanada die Teilung Europas für beendet erklärten, sich für Demokratie aussprachen und die Menschenrechte für verbindlich erklärten. Tempi passati.

Inzwischen gibt es einige internationale Institutionen, in denen die Grund- und Menschenrechte direkt angewendet werden und Rechtskraft haben. Der Vorwurf, sie seien nur ein moralisches aber kein rechtsverbindliches Instrument und deswegen ohne rechtliche Relevanz, stimmt auch in dieser Dimension nicht mehr:
Für uns Europäerinnen und Europäer ist es die Grundrechte-Charta der Europäischen Union, die auf das Recht der EU (außer in Polen) angewendet werden muss, d.h. der Europäische Gerichtshof der EU muss sich in seinen Entscheidungen an die Charta der Grundrechte halten.

Es gibt noch andere Fortschritte: Die vom UNO-Sicherheitsrat 1993 für Ex-Jugoslawien und 1994 für Ruanda geschaffenen Ad-hoc-Tribunale waren maßgeblich für die Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag, dem zwar nicht alle Staaten der UNO angehören, der aber dennoch eine Erweiterung des Völkerrechts darstellt. Seine Zuständigkeit umfasst die vier Kernverbrechen des Völkerstrafrechts: Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verbrechen der Aggression und Kriegsverbrechen (soweit

[58] Schlussakte von Helsinki/ www.osce.org

sie nach seiner Gründung begangen wurden). Neu aufgenommen wurde die Misshandlung und Vergewaltigung von Frauen als Kriegsverbrechen.

Das alles ist nicht nichts. Und doch zeigt es, wie zerbrechlich und immer wieder missachtet jener Prozess ist, den Norbert Elias das Erreichen einer höheren Form der Zivilisation nennt. Wir fallen immer wieder zurück und erniedrigen uns selbst.

15. Die autoritäre Regression und das neoliberale Freiheitsversprechen: Donald J.T. und die anderen sowie ein Rückblick auf vordemokratische Machtverhältnisse mit einer Reminiszenz an Niccolò M.

Dass es schnell gehen kann mit der Zerstörung demokratischer Prinzipien haben die USA 2016 mit der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten bewiesen und noch viel mehr seit seiner Wiederwahl 2024. Da spielt die Faktenwahrheit keine Rolle mehr. Mit Verblüffung und zum Schluss mit Entsetzen verfolgt die Welt, wie die USA in der Hand eines nach Fürstenart agierenden Machthabers, der schamlos lügt und sich und seine Familie am Reichtum des Landes bedient, die ganze Welt ins Chaos stürzen kann. Gleichzeitig hat er die Macht über die stärkste Armee der Welt und niemand kann ihn aufhalten, mutwillig Kriege anzuzetteln.

Wir lernen, dass das politische System der Vereinigten Staaten gar nicht so demokratiefest ist, wie wir vielleicht immer glaubten. Das berühmte System von „Checks and Balances“ ist schnell auszuhebeln, denn der Präsident hat die Macht, mit Dekreten am Parlament vorbei zu herrschen und er hat den sehr mächtigen obersten Gerichtshof mit in der Mehrzahl extrem

konservativen Richtern besetzt, die viele der Bürger- und Frauenrechtsreformen seit den späten sechziger und siebziger Jahren rückgängig machen können. Sein großes Projekt, der Kampf gegen die traditionellen Eliten und der Abbau der Macht der institutionellen Demokratie ebenso wie die sowieso im Vergleich zu Europa schwachen Sozialsysteme hat er mit Hilfe von Elon Musk vorangetrieben. Was blieb, war der ausgeprägte Föderalismus in den Vereinigten Staaten, aber auch dieser geriet z.B. was das Wahlrecht anbelangt, unter ständigem Beschuss. Zudem schickt der Präsident seine paramilitärische ICE in die Städte, die Jagd auf Migranten macht und auch schnell mal Menschen erschießt.

Der Präsident hat nicht nur Umweltgesetze außer Kraft gesetzt, sondern verhinderte auch die Regulierung der Digitalisierung und der Künstlichen Intelligenz. Damit hat er die großen, weltbeherrschenden Tech-Firmen auf seiner Seite, auch wenn diese nun selbst nach Regulierung rufen, weil die Entwicklung der Künstlichen Intelligenz sich gegen die Menschheit selbst zu richten droht.

Das Profil von Donald J. Trump erinnert an eine längst vergangene historische Vorlage. Stephen Greenblatt, Shakespeare-Forscher, hat in seinem 2019 auf Deutsch erschienenen Buch „Der Tyrann“ den Rechtspopulismus von Donald J. Trump mit der Verlogenheit und Brutalität der großen Schurken-Könige in Shakespeares Dramen verglichen und sagt: “Populismus mag wie eine Annäherung an die Besitzlosen aussehen, ist aber in Wirklichkeit eine Form zynischer Ausbeutung.“ (GREENBLATT, 2019, S. 45). In den Königs-Dramen Shakespeares ist Lüge und Betrug das Handwerkszeug der Tyrannen. „Mögen Lügen auch keine starke Zustimmung finden, so haben sie doch eine Wirkung. Das Trommelfeuer der Lügen drängt Skeptiker an den Rand, sät Verwirrung, bringt Widerspruch zum Schweigen, der sich sonst vielleicht geregt hätte.“ (GREENBLATT, 2019, S. 93). Und

schließlich: „Tyrannische Macht lässt sich leichter ausüben, wenn es so scheint, als bestehe die alte Ordnung fort.“ (GREENBLATT, 2019, S. 116).

Oder schauen wir auf Wladimir Putin, der jede kritische Opposition unterdrückt und über ein Reich von Geheimdiensten und servilen No-Names herrscht, die gerne auch mal mögliche Kritiker außerhalb Russlands vergiften. Oder Belarus, das Land, in dem die Bevölkerung im Sommer 2020 versuchte, einen Diktator loszuwerden, der alle, die es wagen ihn zu kritisieren ins Ausland vertreibt oder gleich der Folter und der Vernichtung durch seinen Polizeiapparat überantwortet. Es gibt noch eine Reihe weiterer Kandidaten, die hier zu nennen wären.

An dieser Stelle sei ein Blick zurück auf die Renaissance erlaubt – zu Niccolò Macchiavelli. Was kann uns ein Staatsphilosoph und Diplomat in den Diensten der Republik Florenz im 16. Jahrhundert heute noch sagen? Niccoló Macchiavelli erscheint auf den ersten Blick ziemlich verstaubt. Wo gibt es heute noch Fürsten, die durch Kriegskunst glänzen und ihr Volk mit Härte und List beherrschen können? Oder doch?

Er veröffentlichte sein berühmtes Werk „Der Fürst“ 1532 – ein wirklich überschaubares kleines Büchlein und ein wahrer Krimi aus der Zeit der Renaissance. Er bezieht sich auf die Situation in Florenz (und anderen italienischen Städten) sowie auf die Herrschaft der Päpste am Beginn des 16. Jh. – also auf die Machtpolitik der damals herrschenden großen Familien (der Borgia, Medici, Sforza usw.). Deshalb kann er seine Analyse der Macht auch auf die Ausübung individueller Macht konzentrieren. Er sagt „die Fundamente aller Staaten, der neuerworbenen wie der altangestammten oder gemischten, sind die guten Gesetze und die tüchtige Waffenmacht“ (S.54). Er befasst sich aber nur am Rande mit den Gesetzen, im Zentrum steht für ihn das Kriegswesen als wesentliches Element der Herrschaft. Auch sagt Machiavelli, müsse der Fürst Grausamkeit zeigen, um respektiert zu werden. Milde und Großzügigkeit führten dazu, dass er den Respekt seiner

Untertanen verlöre, insbesondere Knausrigkeit sei eine gute Eigenschaft für einen Fürsten. Gleichzeitig aber müsse der Fürst darauf achten, dass das Volk ihm wohlgesonnen sei und keinesfalls feindlich oder hasserfüllt ihm gegenüber. In diesem Zusammenhang findet Machiavelli auch Parlamente als Verfassungseinrichtungen gut, denn damit sei eine Dritte Gewalt neben dem Fürsten, „den Großen" (also den mächtigen Adligen) und dem Volk wirksam, die die unterschiedlichen Interessen zügeln könne und so das Volk beschütze. Er sagt: „das Ziel des Volkes ist viel sittlicher als das der Großen; Diese wollen unterdrücken und jenes nur nicht unterdrückt werden". (S.47).

Eine Lehre Machiavellis haben die Fürsten unserer Tage auf jeden Fall verstanden: Sie müssen darauf achten, dass wenigstens ein Teil des Volkes ihnen gegenüber wohlgesonnen ist und keinesfalls feindlich oder hasserfüllt. Solange sie dies schaffen, können sie sicher sein. Wenn diese Rechnung nicht mehr aufgeht, beginnt der Bürgerkrieg. Friedliche Machtwechsel gibt es nur in funktionierenden Demokratien.

16. „Die dunkle Aufklärung". Über das Projekt der Tech-Bros zur Abschaffung von Demokratie mit Hilfe der Macht über KI und die sog. sozialen Medien und die Antwort von Papst Leo XIV. darauf

> *„Die von Gott geschaffene großartige Menschheit steht heute vor einer entscheidenden Wahl: Entweder sie errichtet einen neuen Turm zu Babel oder sie erbaut die Stadt, in der Gott und die Menschheit gemeinsam wohnen."* Papst Leo XIV

Zurück in die Gegenwart. Donald J. Trump ist der willfährige Diener einer neuen Weltmacht, die über eine bis jetzt in der menschlichen Geschichte

noch nicht gekannten Machtfülle verfügt: Es sind die GAFAM, Google, Amazon, Facebook, Apple, Microsoft, die über Social Media, digitale Dienstleistungen und die rasant wachsende künstliche Intelligenz verfügen. Mit der Transformation unserer Lebensbedingungen in die Welt der Künstlichen Intelligenz besitzen sie eine so ungeheure Macht, wie sie bis dato noch nie ein Herrscher in der Hand hatte. Sie sind sich im Klaren darüber, dass sie nicht nur ungeheure Möglichkeiten der Manipulation und der Kontrolle besitzen, sondern auch der Vernichtung der Menschheit. Die Massen an Energie, die die neuen Technologien benötigen, beschleunigen zudem die Zerstörung der Lebensbedingungen für uns Menschen auf der Erde.

Schauen wir auf Elon Musk, den reichsten Mann der Welt. Er hat für Donald Trump den Kahlschlag der Ministerien und der Regierung nachgeordneter Organisationen bewerkstelligt, immer unter der Überschrift des Kampfes gegen die Eliten und der Reduzierung von Bürokratie, in Wirklichkeit aber wohl um das gewachsene Fachwissen und Regulierungen beiseitezuräumen. Sein Herzensprojekt aber ist die Raumfahrt und die Besiedlung anderer Planeten, um dauerhafte Dependancen für sich und seine Freunde zu schaffen.
Neben Elon Musk sind es vor allem Peter Thiel, Milliardär und Superinvestor, der bei den meisten wesentlichen digitalen Gründungen beteiligt war, und Alex Karp, der Chef von Palantir, jener Gesichtserkennungssoftware, die alle verfügbaren Personendaten sofort zusammenfügt.[59] Sie versuchen die Welt in Atem zu halten, während die augenblicklich wesentlichen Entwickler der Künstlichen Intelligenz um Hilfe rufen, denn ihre Entwicklungsmodelle der

[59] In der Bundesrepublik nutzen bereits die Länder Hessen, NRW und Bayern Palantir.

KI machen sich bereits selbständig und beginnen, sich der menschlichen Kontrolle zu entziehen.

Die Europäische Union versucht es mit Regulierungen. Sie hat mit dem „Digital Services Act (DAS)“, dem „Digital Markets Act (DMA)“ und der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) bereits einige wesentliche Gesetze geschaffen – wendet diese aber nicht konsequent an, weil sie damit immer wieder den amerikanischen Präsidenten erzürnt, der es nicht hinnehmen will, dass die GAFAM nicht die volle uneingeschränkte Herrschaft über Europa ausüben dürfen.

Die Verfechter der „dunklen Aufklärung“ allerdings wollen davon gar nichts wissen und bauen an ihrer eigenen Ideologie. Sie kokettieren mit Carl Schmitt und dessen Kritik des Parlamentarismus, auch finden sie sicherlich seine Definition echter Demokratie als Identität zwischen Herrscher und Beherrschten ganz gut, denn die liberale Demokratie ist ihnen ein Graus. Immer wieder aber wird Ayn Rand, die Erfinderin des sog. Objektivismus, erwähnt. In ihren vielen Romanen und Sachbüchern singt sie das hohe Lied des testosteron-getriebenen genialen Wirtschaftsbosses, dessen von ihr gepriesenen Tugenden durchaus auch toughe Frauen folgen können, wenn sie so wie ihre männlichen Kollegen vollkommen zielgerichtet ihr Business betreiben. Das einzige Ziel ihres Handelns ist Geldverdienen – und das in Massen.

Diese als rationaler Egoismus bezeichneten Eigenschaften ihrer Helden und Heldinnen gilt Ayn Rand als moralisches Ideal. In der Streitschrift „Anthem“ (Lobpreisung) bringt sie den Kern ihres Ideals zum Ausdruck: „Es sind meine Augen, die sehen, und der Anblick meiner Augen verleiht der Erde Schönheit. Es sind meine Ohren, die hören, und das Hören meiner Ohren schenkt der Welt ihre Lieder. Es ist mein Verstand, der denkt, und das Urteil meines Verstandes ist der einzige Suchscheinwerfer, der die Wahrheit finden kann. Es ist mein Wille, der wählt, und die Wahl meines Willens ist das einzige

Gebot, das ich achten muss. Viele Worte sind mir geschenkt worden, und manche sind weise, und manche sind falsch, doch nur drei sind heilig: ‚Ich will es. …Ich bin ein Mensch. Das Wunder meiner Existenz gehört mir, ich darf es besitzen und bewahren, ich darf es hüten, ich darf es nutzen, und ich darf vor ihm niederknien."[60] (Übersetzung B.D.)

In ihrem in den USA sehr weit verbreiteten Roman „Atlas Shrugged"[61] – auf Deutsch „Der Streik" - breitet sie ihre Ideologie aus und erzählt eine heroische Geschichte der Industrialisierung der USA. Ihre Helden verkörpern reine, strahlende Kompetenz, sind skrupellos und eigensinnig in der Verfolgung ihrer Ziele und vor allem vollkommen gefühllos gegenüber sozialen Tatsachen. Ihnen ist jede Art von Sozialpolitik und auch Fairplay Schwäche und Verrat. Einen asozialen und konsequenten Laissez-fair-Kapitalismus sieht Ayn Rand als einzig gerechtes Gesellschaftssystem und staatliche Eingriffe in die Wirtschaft lehnt sie sowieso ab. Es ist eine sehr primitive Geschichte, die sie erzählt, jedoch offensichtlich von großer Bedeutung für das amerikanische Publikum.

Peter Thiel ist nicht so gut zu fassen[62], denn er hält seine Seminare vor ausgewähltem Publikum und es soll möglichst wenig darüber berichtet werden. Manchmal schreibt er einen Zeitungsartikel oder veröffentlicht

[60] Rand, Ayn, S. 94/95, Anthem, London, 1938

[61] „Der Spiegel" schrieb am 22.4.2026: „1991 wurde es zum in den USA einflussreichsten Buch nach der Bibel erklärt – nach einer Umfrage, die die Library of Congress in Auftrag gegeben hatte. Es dürfte eins der wenigen Bücher sein, das zwar schon bei Erscheinen ein Bestseller war, aber seitdem immer weiter zugelegt hat. In den Achtzigern verkaufte es durchschnittlich 77.000 Exemplare pro Jahr, in den Neunzigern 93.000 Stück, in den Nullerjahren 130.000 und in den Zehnerjahren mehr als 300.000 pro Jahr. Geht es wichtiger?

[62] Der Deutschlandfunk hat eine sehr gut recherchierte sechs-teilige Podcast-Serie über Thiel verfasst.

etwas in einer katholischen Zeitschrift. 2015 hat Thiel zusammen mit Sam Wolfe ein Buch veröffentlicht und sagt, wirtschaftlicher Wettbewerb fördere Mittelmäßigkeit und sei nur etwas für Verlierer, einzig Monopole seien zukunftsweisend. Sie seien die Unternehmensform, die eigentumsgesicherte Technologie, Netzwerk- und Skaleneffekte wie auch Markenbildung erlaubten. Außerdem könnten einige wenige Unternehmen große Erträge sichern. Dafür brauche es aber starke Gründerpersönlichkeiten und Investoren. Die liberale Demokratie findet Peter Thiel völlig veraltet und nicht mehr brauchbar. Er räumt also direkt zwei Prinzipien der westlichen kapitalistischen Geschichte ab: Demokratie und Wettbewerb. Das ist vielleicht angesichts der irren Beschleunigung der gesamtgesellschaftlichen Transformation durch die KI durch jemanden, der sich im Auge des Zyklons bewegt, nicht unverständlich – aber wollen wir das? Er sagt, Staaten müssten wie Unternehmen – also in seinem Sinn Monopole – geführt werden. Seine Vorstellungen erscheinen als eine Art chinesisches System auf amerikanisch getrimmt. Über die destruktive Potenz der KI scheint sich Thiel jedoch durchaus bewusst zu sein, denn inzwischen hat er sich der katholischen Religion zugewendet, da er ist überzeugt ist, dass sich die Welt sich auf einen Zusammenbruch zu bewegt.

Seine Variante der Religion ist allerdings etwas merkwürdig. Er benutzt die beiden Gegenbegriffe des Katechon und des Antichrist. „Der Antichrist interessiert mich aus mehreren Gründen“, schreibt Thiel, „vor allem, weil sonst niemand darüber spricht – was über weite Teile der christlichen Geschichte hinweg als klares Zeichen für sein bevorstehendes Erscheinen gegolten hätte.“ In der bislang ausführlichsten öffentlichen Darlegung dieser Gedanken schreiben Thiel und sein Co-Autor Sam Wolfe, dass die Figur des ultimativen Bösen am besten nicht als Monster oder Tyrann, sondern als

Technokrat verstanden werde.“[63] Als drohenden "Antichristen" versteht Thiel aber nicht die destruktive Potenz der KI, sondern tendenziell alles, was globale, zentralisierte Regulierung anstrebt. In privaten Vorträgen spricht er über Antichrist und Apokalypse und die Gefahr einer Weltregierung, die KI, Klimawandel und Atomrisiken regulieren will – wodurch alles, was globale Regeln setzt, leicht in den Verdacht gerät, "antichristlich" zu sein.

Der Katechon hingegen ist für Peter Thiel die Kraft, die das Erscheinen des Antichristen und damit den Beginn der Endzeit, das Chaos und den Zusammenbruch aufhält. Thiel überträgt diese biblisch-theologische Figur in ein politisch-technologisches Deutungsmuster der Gegenwart:

Innovation und technischer Fortschritt seien das, was Gesellschaften wehrhaft macht; die "Tech-Nerds" betrachtet er als moderne Aufhalter der drohenden Apokalypse, wobei aktuell vor allem die USA diese Rolle einnähmen. In einer englischsprachigen Analyse wird das so zusammengefasst: Thiel gehe von einem ständigen Sog zur Weltregierung als Ausdruck menschlicher Natur aus – eine Art Zentralisierungstrieb, dem nur die schöpferische Kraft einer neuen Macht entgegenwirken könne; jede Epoche habe in Thiels biblischer Sprache ihren eigenen "Katechon“.

Mit diesem Versuch einer logischen Zusammenfassung einiger der wenigen bekannten Aspekte der „dunklen Aufklärung“, die mir allerdings einigermaßen wirr und wenig geschichtlich verknüpft erscheint, verlasse ich das schwankende Terrain.

Womit die Vertreter der „dunklen Aufklärung“ auf jeden Fall recht haben: Der ungebremste Auftritt der Künstlichen Intelligenz auf der Weltbühne

[63] In: Fortune, 2025

verändert alles. Das Zeitalter der klassischen Industrie ist zu Ende. Die klassische Industrie verschwindet nicht, auch die Ausbeutung der Ressourcen und der Menschen findet weiter statt, aber der Prozess der Wertschöpfung ist völlig neu sortiert: die digitalen Techniken und die mediale d.h. kulturelle Verfügung über uns Menschen haben eine neue Dimension. Da ist es von ausschlaggebender Bedeutung, dass wir in der Lage sind, die Dinge einzugrenzen, wie es die Europäische Union versucht. Das reicht aber bei weitem nicht. Einen Versuch hierzu wagt der Papst in Rom.

Ich bin keine gläubige Katholikin, finde aber, dass die katholische Soziallehre angesichts der neoliberalen Stürme, in die wir geraten sind, wichtige Impulse geben kann. Der neue amerikanische Papst Leo der XIV. hat nun eine neue „Enzyklika. Magnifica“ der katholischen Soziallehre vorgelegt, in der er sich in 245 kurzen Abschnitten ausführlich mit Künstlicher Intelligenz befasst. Er bezeichnet die Soziallehre als eine Form der Weisheit. Sie steht für ihn für „die Würde der Person, den Wert der Arbeit, die allgemeine Bestimmung der Güter, Solidarität und Subsidiarität, die Bewahrung der Schöpfung, die zentrale Bedeutung von Frieden und Geschwisterlichkeit.“ (Art. 45) Er sagt auch, „Technik ist kein bloßes Werkzeug, wenn sie selbst zum Beurteilungsmaßstab wird, letztlich bestimmt, was zählt und was aussortiert werden kann. Damit wird die Schöpfung zu einem Objekt der Ausbeutung und werden die Menschen zu Rädchen in einem System erniedrigt, das immer effizienter werden muss.“ (Art. 92)

Die KI kann sensible Entscheidungen nach den Stereotypen ihrer Entwickler bestimmen und es kann zu menschenverachtenden Anwendungen kommen. KI kann nicht als moralisch neutral gesehen werden, es muss gefragt werden, wie ist sie konzipiert und welches Bild von Menschen und Gesellschaft in die Daten und Modelle eingeschrieben ist. Die Verantwortlichkeiten müssen

jederzeit klar sein. Accountability erfordert die Möglichkeit festzustellen, wer für Entscheidungen Rechenschaft ablegen muss, wer sie begründen, kontrollieren und falls notwendig, anfechten muss. Es ist unerlässlich, dass der Einsatz von KI – insbesondere, wenn es um öffentliche Güter und Grundrechte geht – von klaren Kriterien und wirksamen Kontrollen begleitet wird, die von Partizipation und Subsidiarität geprägt sind. (Art.108)

„Die Prinzipien der Soziallehre helfen uns, diese neue Wirklichkeit zu deuten. In einer Welt, in der wenige Akteure Daten, Rechenkapital und Regulierungsmacht konzentrieren, bedeutet Sprechen von Gemeinwohl diese epistemische, wirtschaftliche und politische Asymmetrie zu entlarven und die neuen Monopole von KI beim Namen zu nennen." (Art.109)

Papst Leo XIV. hebt besonders hervor: „Schließlich möchte ich KI „entwaffnen". KI zu entwaffnen bedeutet, sie der Logik des bewaffneten Wettbewerbs zu entziehen, der heute nicht mehr nur militärischer, sondern auch wirtschaftlicher und kognitiver Natur ist. „Entwaffnen" bedeutet, diese Gleichsetzung von technischer Macht und Recht aufzubrechen. Es bedeutet nicht, auf die Techniken zu verzichten, sondern zu verhindern, dass sie Menschen beherrscht." /Art.110)

Inzwischen geht es aber nicht nur darum, dass KI uns Menschen beherrscht, sondern dass sie uns schwer schädigen oder sogar als Menschheit vernichten kann. Damit ist – gegen den Wunsch der Vertreter der „dunklen Aufklärung" – die Frage der globalen Regulierung gestellt. Hier ist die UNO gefragt und die Formulierung eines neuen Kapitels der universellen Menschenrechte. Die Enzyklika des Papstes liefert dazu einen wichtigen Beitrag, weil sie die KI in einen universellen Wertekontext einordnet, der weit über den christlichen Glauben hinausgeht.

Ende

Literatur

Alexander, Robin, Machtverfall: Merkels Ende und das Drama der deutschen Politik: Ein Report, München 2021

Arendt, Hannah, Wahrheit und Lüge in der Politik, München 1972

Arendt, Hannah, Macht und Gewalt, München 1970

Bisky Jens, Interview in: Soziopolis vom 26.10.2021

Brand, Ulrich, Wohlstand sichern durch Degrowth, in: Arbeit und Wirtschaft, Wien, 2023

Brandt, Willy, Erinnerungen, Hamburg, 1989

Bühl, Achim, Die Habermas-Foucault-Debatte neu gelesen,

Missverständnis, Diffamierung oder Abgrenzung gegen Rechts? In: Prokla 130, S.159-182, Hamburg 2003

Brunkhorst, Hauke, Macht und Verfassung im Werk Hannah Arendts, Vortrag, Hoger Instituut voor Wijsbegeerte, Katholische Universität Leuven im Dezember 2006, publiziert in: HannaArendt.net, Zeitschrift für Politisches Denken, o.Jg.

De Maizière, Thomas, Regieren, Innenansichten der Politik, Freiburg, 2019

Demirovic. Alex, Das Problem der Macht bei Michel Foucault, IPW Working Paper 2/2008, Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien

Elias, Norbert, Über den Prozess der Zivilisation. Soziogenetische Untersuchungen, Zweiter Band, Wandlungen der Gesellschaft, Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation, Frankfurt/Main, 1997

Elias, Norbert, Studien über die Deutschen, Machtkämpfe und Habitusentwicklung im q9. Und 20. Jahrhundert, Frankfurt/Main, 1992

Enzyklika Magnifica Humanitas des Heiligen Vaters Leo XIV. über die Bewahrung des Menschen im Zeitalter der künstlichen Intelligenz

Göpel, Maja, Unsere Welt neu denken. Eine Einladung, Berlin, 2020

Greenblatt, Stephen, Der Tyrann, Shakespeares Machtkunde für das 21. Jahrhundert, München, 2019

Foucault, Michel, Die Intellektuellen und die Macht. In: Foucault Michel Hrsg., Dits et Ecrits. Schriften, Bd. 2, Frankfurt/Main, 2002

Foucault, Michel, Subjekt und Macht, in: Foucault, Michel, Hrsg. Dits et Ecrits, Schriften Bd. 4, Frankfurt/Main, 2005

Foucault, Michel, Folter ist Vernunft. In: Foucault, Michel (Hg.), *Dits et Ecrits. Schriften, Bd. 3*, Frankfurt am Main, 2003

Habermas, Jürgen, Auch eine Geschichte der Philosophie, Band 1, Die okzidentale Konstellation von Glauben und Wissen, Berlin 2019

Habermas, Jürgen, Theorie des kommunikativen Handelns. (Bd. 1: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung, Bd. 2: Zur Kritik der *funktionalistischen Vernunft), Frankfurt am Main 1981.*

Hermann, Ulrike, Das Ende des Kapitalismus – Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind und wie wir in Zukunft leben werden, Köln, 2023

Horkheimer, Max und Adorno Th.W., Dialektik der Aufklärung, Philosophische Fragmente, Frankfurt/M, 2006

Imbusch, Peter, Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Konzeptionen und Theorien. 2. Auflage, Wiesbaden 2012

Kant, Immanuel, Was ist Aufklärung? in: Utopie kreativ, Heft 159, Januar 2004, S. 5-10, Berlin

Kluge, Alexander, Das Bohren harter Bretter, 133 politische Geschichten, Berlin, 2011

Macchiavelli, Niccolò, Der Fürst, deutsch, Wiesbaden ohne Jahrgang, Hrsg. von Werner Bahner

Mantel, Hilary, Wölfe, Falken, zwei Romane, Köln, 2020

Mantel, Hilary, Spiegel und Licht, Köln, 2020

Priddat, Birger P., Antike Polis und Demokratie, in: Lettre International 132, Frühjahr 2021

Rand, Ayn, Anthem, London, 1938

Rand, Ayn, Der Streik, München, 2012

Schaible, Jonas, Demokratie im Feuer. Warum wir die Freiheit nur bewahren, wenn wir das Klima retten – und umgekehrt, München, 2023

Schneidewind, Uwe, Die große Transformation: Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels, Frankfurt/Main, 2018

Tremmel, Jörg, Normative politische Theorie: Wissenschaftstheoretische Grundlagen und Anwendungen am Beispiel des politischen Mordverbots, Wiesbaden, 2020

Varoufakis, Yanis, Die ganze Geschichte – meine Auseinandersetzung mit Europas Establishment, München 2017